Willy Brandt – das Ende einer Legende

Von Joachim Siegerist

Willy Brandt -

das Ende einer Legende

Von
Joachim Siegerist

Herausgeber und Verleger:
Wirtschafts- und Verbands PR (GmbH) im Auftrag des Vereins »Die Deutschen Konservativen e. V.«

Adresse der Wirtschafts- und Verbands PR (WPR):
2000 Hamburg 76, Hamburger Straße 3, Telefon: 0 40/2 29 52 12

Druck: Moritz Deter, Bremen

2. Auflage Dezember 1986

Inhaltsverzeichnis

Vorwort

Der Jumbo 747 der Thai International aus Bangkok ist pünktlich gelandet. 20. März 1986 – später Nachmittag. Zwei anstrengende Wochen liegen hinter mir. Zusammen mit meiner Schwester war ich sieben Tage im Goldenen Dreieck gewesen – dem berüchtigten Grenzgebiet zu Laos, Burma und Thailand. Dort pflanzen die fast noch steinzeitlich lebenden Bergbauern in den schwer einzusehenden Tälern weißen Mohn an. Direkt im Anbaugebiet wird er zu Roh-Opium verarbeitet. Skrupellose Händler »veredeln« ihn dann in kleinen Urwald-Labors zu Heroin und schleusen ihn – meist über Rot-China - in den Westen. Persönliche Bereicherung, »kapitalistische« Devisen, Zersetzung der westlichen Welt – das ist das Ziel. Die traurige Bilanz: Allein in der Bundesrepublik sterben jährlich rund 500 junge Menschen an diesem Rauschgift.

Als junger Reporter hatte ich Thailand 1975 das erste Mal bereist. Trotz der Schattenseiten: Inzwischen ist das »Land der Freien« zu meiner »großen Liebe« geworden. Anfang 1985 flog ich per Hubschrauber mit König Bumibhol als erster westlicher Journalist ins Goldene Dreieck. Seine vom Volk verehrte Tochter, Prinzessin Sirinthorn, die diesen Besuch für mich eingefädelt hatte, begleitete uns – die großartigste Frau, der ich je begegnet bin.

Als Chefreporter von HÖR ZU schrieb ich große Serien über das Goldene Dreieck, versuchte die Öffentlichkeit aufzurütteln. Sehr bald wurde mir klar, daß Schreiben allein nicht genügt. Ich wollte dem König und seiner Tochter aktiv helfen, den »weißen Tod« im Goldenen Dreieck zu bekämpfen.

Zusammen mit meiner Schwester gründete ich den Kinderhilfsverein »Aktion Reiskorn«. Der Verein sammelte Geld. Die Spenden gaben wir Prinzessin Sirinthorn. Mit ihrem Vater versucht sie seit Jahren, die Bergbauern vom Mohnanbau abzubringen. Ein mühevoller und langwieriger Weg. Denn seit mehr als 300 Jahren bauen diese Menschen Mohn an. »Unmoralisch« ist für sie daran nichts. Genauso wenig, wie für uns das Lutschen von Pfefferminzbonbons.

Am 20. März kamen wir aus Doi Ang Khan zurück. Das ist ein kleines Musterdorf im Goldenen Dreieck, in dem unter der Aufsicht des Königs die Bergbauern im Anbau von Obst und Gemüse unterrichtet werden. Für ihre Kinder wurde inzwischen die erste kleine Schule errichtet.

Während wir in Frankfurt auf unser Gepäck warteten, rief ich in meiner Hamburger Wohnung an. In meiner Abwesenheit war sie von einer guten Freundin betreut worden. »Hausdurchsuchung. Bei uns war eine Haus-

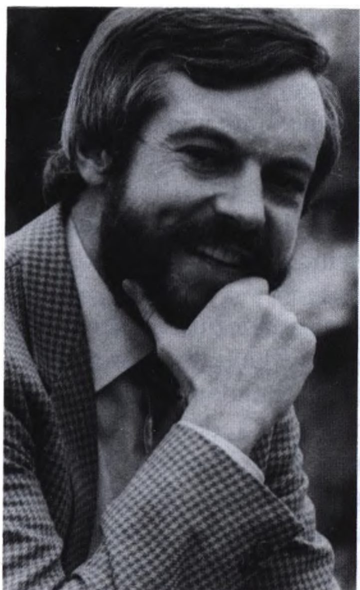
durchsuchung. Der Staatsanwalt und die Polizei sind erst vor kurzer Zeit gegangen«, empfing sie mich aufgeregt am Telefon in Deutschland. »Willy Brandt?« fragte ich nur. »Ja« – kam die Antwort. Ich legte den Hörer auf, weil ich sicher war, daß die Leitung abgehört wurde.
In den frühen Abendstunden erfuhr ich dann – in Hamburg angekommen – das ganze Ausmaß der Hausdurchsuchung. Brandt hatte mich wegen eines Rundbriefes angezeigt, in dem erstmals das Erscheinen eines Buches über ihn angekündigt worden war.
Die Abteilung 163 des Hamburger Amtsgerichts hatte am 19.3.1986 die Hausdurchsuchung genehmigt. Begründung: »Es ist zu vermuten, daß die Durchsuchung zum Auffinden von Gegenständen führen wird, die als Beweismittel für das Verfahren in Betracht kommen, insbesondere Beweismittel zur Feststellung der Person, der für das Verfassen, Herstellen und Verbreiten der Druckschrift Verantwortlichen sowie des Umfangs der Verbreitung«.
Im Klartext: Es sollte angeblich festgestellt werden, wer für den Rundbrief, durch den Brandt sich beleidigt fühlte, verantwortlich zeichnete. Der Brief selber gab eigentlich die Antwort. Deutlich sichtbar war er von vier Personen unterzeichnet worden: Chlodwig Prinz zur Lippe, Michael Stange, Ludek Pachmann (er fiel inzwischen um) und Joachim Siegerist. Noch am selben Tag protestierte ich gegen die Durchsuchung.
Bei der Durchsuchung waren persönliche Briefe und vertrauliche Geschäfts-Korrespondenz meiner Firma, der Werbeagentur »Wirtschafts- und Verbands PR (WPR, 2000 Hamburg 76, Hamburger Straße 3, Telefon: 040/2 29 52 12)«, mitgenommen worden. Unterlagen, die mit dem Fall Brandt absolut nichts zu tun hatten. Das empörte mich am meisten, und ich legte mir einen neuen Aktenordner an. Die Aufschrift »GeStaPo 1986«.
Froh war ich nur darüber, daß ich vor meiner Abreise nach Thailand die ersten Manuskriptseiten des Brandt-Buches zu guten Freunden der Konservativen Partei nach London gebracht hatte.
Wenig später sollte die planmäßig gesteuerte Kampagne gegen mich erst richtig beginnen. Zielsetzung: Wirtschaftliche, politische und moralische Demontage von Joachim Siegerist. Dadurch sollte auch – schon im Vorweg – das Buch über Brandt abgewertet, die für den Rundbrief verantwortliche »Konservative Aktion«, deren Geschäftsführer ich damals war, zerstört werden.
Verrat in den eigenen Reihen, schmutzige Verleumdungs-Kampagnen, ein dubioser Einbruch in meine Hamburger Wohnung (bei dem bis heute nicht aufgetauchte Akten verschwanden), Droh-Anrufe, Hetz-Artikel

übelster Sorte. Die vereinigte Links-Mafia hatte sich gegen mich formiert. Ein Kratzen am »Heiligtum Brandt« – das durfte nicht zugelassen werden. Bald die ersten wütenden Artikel im SPIEGEL. Bei der Hausdurchsuchung beschlagnahmte Geschäfts-Korrespondenz wurde auszugsweise veröffentlicht. Ein vergeblicher Protest meines Anwalts, Dr. Günther Ossmann aus München bei der Hamburger Staatsanwaltschaft.
Ich hatte einige schwere Monate mitzumachen. Zum Glück bin ich nicht ängstlich. »Jetzt erst recht« setzte ich mir in den Kopf. Meine wirklichen Freunde scharten sich noch enger um mich. Von den Verrätern aus eigenen Reihen trennten wir uns. Die Deutschen Konservativen formierten sich neu. Ich wurde zum Vorsitzenden gewählt. Die Arbeit am Brandt-Buch ging weiter.
Große Hilfestellung dabei leistete mir Michael Stange, Vorsitzender der Konservativen Jugend Deutschlands, der selber den Beruf des Journalisten erlernen möchte.
Vergessen möchte ich auch nicht den guten, alten Heinrich Hellwege, ehemaliger Ministerpräsident von Niedersachsen, früherer Bundesvorsitzender der Deutschen Partei (DP) und Minister im Kabinett Adenauer. Der alte Herr, dessen politische Auffassungen mit meinen eigenen voll übereinstimmen, hatte mich schon Wochen vor Beginn der Kampagne gewarnt: »Junger Freund, Sie wissen noch gar nicht, was auf Sie zukommt, wenn Sie sich an das Thema Brandt wagen. Es wird dicker, als Sie sich vorstellen.«
Geahnt hatte ich es. Ich wußte nur nicht, daß die Kampagne gegen mich so niederträchtig sein würde und von »Freunden« ausgeführt werden sollte, die mir persönlich einen Großteil ihrer gesamten wirtschaftlichen Existenz zu verdanken haben und die ich – mehr als nur einmal – aus erheblichen Schwierigkeiten herausgeboxt hatte.
Carl-Heinz Hagen, früher Chefredakteur von BILD, ELTERN, QUICK, JASMIN, den ich für den größten deutschen Journalisten halte, »tröstete« mich: »Wenn Sie bei einem Mann Zeuge im schwächsten Augenblick seines Lebens geworden sind – gehen Sie davon aus, daß er es Ihnen nie verzeihen wird. Er wird sich rächen.«
Zweimal war ich bei »Freunden« – unfreiwillig – in solche Zeugenrolle geraten. Verraten wurde ich von beiden.
Menschlich hat mich vor allem die Tatsache getroffen, daß ausgerechnet mein früherer Weggefährte, ZDF-Moderator Gerhard Löwenthal, am wütendsten über mich herfiel. Aus dem SPIEGEL mußte ich erfahren, daß er sich bei Brandt sogar schriftlich entschuldigt hat.
Aber so ist die Politik.

Aus der Bahn geworfen hat mich das nicht. Ich bin froh, daß dieses Buch jetzt schon mit der 2. Auflage auf dem Markt ist. Ohne die wirklichen Freunde und Förderer der Deutschen Konservativen wäre das nie möglich gewesen.
Ich hoffe, daß es nicht ohne Wirkung bleibt und den zersplitterten Konsevativen in unserem Land Mut gibt und ihnen klar macht, daß wir »guten Biß« haben – selbst dann, wenn uns das Leben noch so schwer gemacht wird.

Hamburg/Bremen, im Dezember 1986 Joachim Siegerist

Alle Freunde, die uns bei der Verbreitung dieses Buches (vor allem bei der Jugend) helfen möchten, hier die Adresse und die Kontonummer des eingetragenen Vereins »Die Deutschen Konservativen«, 2155 Jork, Postfach 1170, Konto: Dresdner Bank, Hamburg 0 35 35 35 600, Bankleitzahl: 200 800 00.



**Der Autor
Joachim Siegerist**

Bequem und anpasserisch war er nie. Joachim Siegerist, am 29. Januar 1947 in Schleswig-Holstein geboren, eckte immer wieder mit »den Großen« der Politik an. Kaum 23jährig deckte er als jüngster Redaktionsleiter (des von ihm nie verleugneten AXEL-SPRINGER-VERLAGES) in Bremen auf, daß ein hoher Bremer Beamter in den Notizbüchern von Baader-Meinhoff-Banditen als Anlauf-Adresse angegeben worden war. Bremens Innensenator Franz Löbert (SPD) setzte dem Beamten den Stuhl vor die Tür.
Bald legte sich Siegerist mit dem sozialdemokratischen Regierungschef Hans Koschnick an. Koschnick prozessierte gegen den »BILD-Rabauken«. Aber Siegerist hatte sauber recherchiert. Eine peinliche Prozeßpanne für Koschnick war die Folge.
Wenig später zog es Siegerist ganz in die Politik. Als »Wahlkampf-Manager« von Ernst Albrecht in Niedersachsen, trug er maßgeblich dazu bei, daß der CDU-Politiker Ministerpräsident von Niedersachsen wurde. Als Albrecht mit Strauß auf Konfrontation ging, trennte sich Siegerist enttäuscht von dem Mann, der sich vor der Wahl als der »Konservative Nr. 1« ausgegeben hatte und danach (so Siegerist), den »Liberalen« regelrecht nachlief.
Dann beging Siegerist einen schweren Fehler, an dem er lange zu »beißen« hatte: Als engagiertes CDU-Mitglied (seit seinem 18. Lebensjahr) übernahm er bei einem Bremer Wahlkampf die Verantwortung für ein

mitgeschnittenes Telefonat, das zum Sturz des SPD-Polizeipräsidenten führte. Auch bei diesem Telefonat war es um Verbindungen von Sozialdemokraten zur Gruppe Baader/Meinhoff gegangen.
Die Wahrheit: Siegerist selber hatte das zwischen ihm und dem Polizeipräsidenten geführte Telefonat überhaupt nicht auf Band aufgenommen. In Wirklichkeit war das Gespräch in der CDU-Fraktionsgeschäftsstelle von anderen aufgezeichnet worden. Fast die gesamte CDU-Spitze war dabei. Siegerist wollte seine Parteifreunde schonen und nahm die »Schuld« auf sich.
Nach dem »Telefon-Skandal« wurde es – aber nur vorübergehend – ruhiger um den jungen Journalisten. Fast 8 Jahre arbeitete er »im Stillen« für Freunde aus der CDU und der ihm näherstehenden CSU. Nur einmal machte Siegerist in dieser Zeit wieder von sich reden. Er hatte sich darüber empört, daß ausgerechnet der damalige DGB-Chef Heinz-Oskar Vetter Ministerpräsident Hans Filbinger wegen dessen »Nazi-Vergangenheit« angegangen war. In harter journalistischer Recherche wies Siegerist nach, daß Vetter in seinen jungen Jahren ein besonders »mieser Naziführer und Hitler-Gefolgsmann« gewesen war. Vetter prozessierte gegen Siegerist – und verlor. Die linken Medien verschwiegen diesen sensationellen Prozeß-Sieg nahezu ganz.
Danach schrieb Siegerist die Wahlkampfzeitungen für Gerhard Stoltenberg, Ministerpräsident Barschel, den Kanzler-Kandidaten Strauß, Walter Wallmann, Alfred Dregger und Dutzende von Unions-Politikern. Damals wurde auch der Grundstock für die spätere »Konservative Aktion Deutschland« gelegt, die heute unter dem Namen »Die Deutschen Konservativen« bekannt ist und von Siegerist zu einer kleinen, aber politisch schlagkräftigen Gruppe aufgebaut werden konnte. Doch den engagierten und begabten Journalisten zog es zurück zur Presse. Siegerist wurde Chefreporter der HÖR ZU und machte sich einen Namen als konservativer Journalist, der komplizierte wirtschaftliche Vorgänge genauso verständlich und lesbar schreiben konnte, wie große Serien aus aller Welt, die immer mit einem Schuß Politik gewürzt waren.
Vor gut einem Jahr baute er sich eine Werbeagentur auf, die ihm die seit langem erwünschte »völlige politische Unabhängigkeit« gewähren sollte. Jetzt war Siegerist frei für seine politischen Ziele, die er nie aufgegeben hat – konservative Politik und Sammlung der deutschen Rechten.
Siegerist wurde Vorsitzender der Deutschen Konservativen. Es ist nur eine Frage der Zeit, wann diese Gruppe auch parlamentarisch »auf der Matte« stehen wird. An der dazu notwendigen Streitlust mangelt es dem 39jährigen jedenfalls nicht. M. R.

Am Grab der Mutter

»Kapelle 1, Kapelle 2, Krematorium« – Ein schwarz-weißes Schild vor der Gärtnerei Otto Wulf in der Friedhofsallee 118. Ich stehe vor dem Eingang des Vorwerker Friedhofs in Lübeck-Krempelsdorf. 54 Hektar Bestattungsfläche. Der Friedhof wurde 1907 angelegt. »Arme-Leute-Friedhof« nannte man ihn bis vor 20 Jahren, erklärt mir der Friedhofsgärtner. »Wer damals in Lübeck etwas auf sich hielt, der ließ sich auf dem Burgtor-Friedhof beisetzen – aber nicht hier. Heute ist das anders geworden. Mit dem Burgtor können wir allemal konkurrieren. Außerdem birgt unser Friedhof einige Geheimnisse, von denen die Öffentlichkeit nichts ahnt«, sagt der alte Gärtner bedeutungsvoll. »Aber darüber sage ich besser nichts, sonst verlier' ich noch meinen Job. Hier ist selbst die Friedhofsverwaltung rot. Und da kann man nie wissen ...« Als ein jüngerer Gärtner auf uns zukommt, dreht der alte Mann sich um, nimmt seine Gießkanne und die Harke. Langsam schlurft er auf das große Gittertor des Eingangs zu. Dort ist ein Kranz abgelegt worden, der für eine Trauerfeier in der Kapelle 1 gedacht ist.

60 Schritt hinter dem Eingangstor, halbrechts um die Ecke, ein großer Granit-Grabstein mit einem fein modellierten Trompeten-Engel, über dessen Kopf ein rot-weißes Kreuz prangt. Es sieht aus wie das Kreuz aus der Schweizer Fahne. Das Grab einer Familie Heffi. Zehn Schritte weiter – an frisch geharkten Wegen gelegen – die Gräber von Herbert Näcke und von Fritz Gercken. Dazwischen ein weiß-grauer Marmorstein. Die Aufschrift: »Emil Kuhlmann, *11.7.1880 †31.3.1969«. Darunter »Martha Kuhlmann, geb. Frahm *16.3.1894 †3.8.1969«.

Mit dem Namen Frahm beginnt die abenteuerliche Geschichte des Lübecker Jungen Herbert Ernst Karl Frahm – besser bekannt unter dem Namen Willy Brandt. Nach langer Suche – und noch am Anfang meiner Recherchen – stehe ich am Grab seiner Mutter, die am 17. September 1927 den Maurer Emil Kuhlmann geheiratet hatte. Die erste Ehe, aus der später ein weiteres Kind hervorgeht, ein Halbbruder von Willy Brandt.

Das Grab liegt in der Nähe eines Brunnens, der von einem kleinen grauen Blumenmädchen aus Sandstein verziert wird. An dem Brunnen füllen die Friedhofs-Besucher ihre Gießkannen, um die Blumen auf den Gräbern ihrer Hinterbliebenen zu gießen. Das Grab von Martha Frahm wird von den Hinterbliebenen nicht mehr gepflegt. Willy Brandt hat die Pflege des Grabes an eine Gärtnerei abgegeben. Seit 1984 zahlt er für die Sommerbepflanzung 73 Mark, für die Winterabdeckung 38 Mark. Ganze 111 Mark im Jahr. Billiger ist nur noch die reine Grabpflege ohne Bepflanzung, bei

der Unkraut gejätet und die Erde ein wenig aufgehäufelt wird. 147 Mark kostet die Grabpflege mittlerer Preisklasse, 206 Mark die aufwendigste. »Willy Brandt, 5463 Unkel« steht auf dem Grabpflege-Formular, daneben die Straße und die Hausnummer.
Friedhofswärter Otto Sperling, geboren 1931 und Mitglied der SPD seit 1946, erklärt mir wütend: »Bis 1984 haben wir sozialdemokratischen Friedhofsgärtner das Grab von Martha Frahm stillschweigend mitgepflegt. Damals war das Grab von der Mutter unseres Vorsitzenden ein einziger Dreckfleck. Eine Sauerei, wie es ausschaute. Politisch kann man ja denken wie man will, aber das Grab seiner eigenen Mutter sollte man schon pflegen. 1 22 67 45 – das ist meine Durchwahlnummer hier auf dem Friedhof. Wenn Sie noch mehr wissen wollen, können Sie später ja noch einmal anrufen.« »Danke«, sage ich. »Die Auskunft genügt.« Im stillen denke ich aber: »Was muß das für ein Mann sein, der auf fremder Erde in Polen – vor den Fernseh-Kameras der Welt – an den Gräbern von unbekannten Opfern der Nazi-Diktatur auf die Knie fällt, aber das Grab seiner eigenen Mutter fast schamhaft meidet.« Ungefähr 8 Jahre soll es her sein – so erinnern sich einzelne Friedhofsgärtner – daß man Willy Brandt zuletzt an diesem Grab gesehen hat.
Eine orangefarbene Begonie, drei »Fleißige Lieschen« mit rosa Blüten – etwas grüner Blattbewuchs. Die Grabbepflanzung für eine Mutter, deren Sohn zu einem der bedeutendsten Politiker der westlichen Welt geworden ist. Aber was für ein Sohn ...

Siehe die Fotos auf den Seiten 7 bis 11



Im August 1969: SPD-Chef Willy Brandt mit seiner damaligen Frau (Ruth) bei der Beerdigung der Mutter. Martha Frahm liebte und verehrte ihren Sohn über alles.



Joachim Siegerist (39), der Autor dieses Buches am Grab von Brandts Mutter. Lange mußte Siegerist nach dem Grab suchen, weil er nicht wissen konnte, daß Martha Frahm unter dem Namen Martha Kuhlmann beigesetzt worden war.



Martha Frahm und ihr Ehemann, der Maurer Emil Kuhlmann. Sie führten eine glückliche Ehe. Beide starben 1969.



Willy Brandt bei der Mutter – zusammen mit den Söhnen. Im Hintergrund sein Halbbruder, ganz rechts Emil Kuhlmann.



Martha Frahm wird von ihren früheren Freunden als eine herzensgute Frau geschildert. Die kleine sozialistische Verkäuferin vom »Konsum« – die Karriere ihres Sohnes war ihr größtes Glück.

Noch nie in der Geschichte der Demokratien gab es einen politischen Führer, dessen Vergangenheit so zwielichtig war, wie die des SPD-Vorsitzenden Willy Brandt. Über alle wichtigen Stationen seiner Kindheit – Herkunft, Geburt, Familie – gibt es mehrere, sich zum Teil widersprechende Versionen. Brandt selbst hat seine Vergangenheit nachweislich mehrmals revidiert, wichtige Fakten ausgelöscht, andere hinzugefügt oder hinzufügen lassen. Alle diese Glättungen und Schönfärbereien hatten nur einen Sinn: Sie sollten Brandt in das Licht rücken, in dem er sich selber gerne sieht – ein makelloser Mensch voller Ideale; einer, den niemand von seinem aufrechten Weg abzubringen vermag, sofern es der Sache des Friedens dient. Ein Mann also, der nichts so hoch ansiedelt, wie die Pflege und Verbreitung eines hohen Gutes: Der Wahrheit. Schauen wir uns den Wahrheitsgehalt seines Lebenslaufes doch einmal an. Die Fakten sprechen für sich.

Willy Brandt wurde am 18. Dezember 1913 als Herbert Ernst Karl Frahm in Lübeck geboren. Das Geburtsregister der Hansestadt Lübeck bleibt für Neugierige verschlossen, wenn man nach Herbert Frahm fragt – obgleich es (so die Lübecker Nachrichten vom 20. Februar 1972, Seite 25) »kein Geheimnis birgt. Es verzeichnet die Geburt eines Knaben im Hause Meierstraße 16 am 18. Dezember 1913 ein viertel vor ein Uhr, bezeugt von der Hebamme«.

Brandt ist das uneheliche Kind von Martha Frahm, damals Verkäuferin in einem Lübecker Konsumverein, die am 3. August 1969 im Alter von annähernd 75 Jahren starb, nachdem sie noch etwa 4 Jahre in einem Lübekker Pflegeheim mit ihrem Mann gelebt hatte, der im selben Jahr starb. Alte Lübecker Sozialdemokraten erinnern sich fast schwärmerisch an Martha Frahm.

Martha Kock (87), die am 30. Januar 1899 geboren wurde und 1920 der SPD beitrat: »Martha hat ihren Sohn Herbert geliebt wie keinen anderen. Sie war eine liebe, herzensgute Frau. 1924 lernte ich sie in der Partei kennen. Sie nahm zur Pflege fremde Kinder ins Haus und war unglaublich hilfsbereit.« Martha Kock, die später eine führende Rolle in der sozialdemokratischen Frauenbewegung Lübecks spielen sollte: »Martha Frahm war meine beste Freundin. Was man ihr anvertraute, behielt sie für sich. Sie war absolut verschwiegen. Manchmal spürte ich, daß sie mir etwas sagen wollte. Es war wohl das große Geheimnis, das sie später mit ins Grab nehmen sollte: Wer ist der Vater von Herbert Frahm? Nach so vielen Jahren kann ich heute ja sagen, worüber damals viele Genossen sprachen und wovon auch ich überzeugt bin: Herberts Vater – das kann nur unser großer Julius Leber sein, der sozialdemokratische Reichstagsab-

geordnete, den die Nazis 1945 als einen der führenden Köpfe des Widerstandes gegen Hitler umbrachten. Wir alle sprachen davon, daß Martha ein Verhältnis mit Julius hat. Nach 1945 gab es eine große Trauerfeier für Julius Leber. Martha Frahm saß in der ersten Reihe. Das war im Stadttheater von Lübeck. Plötzlich wurde sie ohnmächtig. Wir mußten sie heraustragen. Von da an gab es keine Zweifel mehr.«



Martha Kock (87), Lübecker Sozialdemokratin: »Der Vater von Herbert Frahm kann nur Julius Leber gewesen sein.«

Der sozialdemokratische Parteiführer mit dem heldenmütigen, von den Nazis umgebrachten Vater Julius Leber (also eine proletarische Traumvergangenheit für einen Sozialdemokraten). Die edelmütige Mutter, die das große Geheimnis vom Vater ihres Sohnes mit ins Grab nimmt. Natürlich um das Ansehen dieses Mannes auch nicht im Ansatz zu gefährden. Vermutlich hört Willy Brandt diese Geschichte nur allzu gern. Immer wie-

der wird in seinen Biographien vom »Vater-Sohn-Verhältnis« geschrieben, und Brandt selber ließ die Öffentlichkeit wissen: »In meiner Zuneigung zu Leber fand ich mich selbst bestätigt. Sein Zuspruch und seine Anerkennung halfen Zweifel, die ich an mir haben mochte, zu zerstreuen.« Neuen Auftrieb erhielt die Vater-Sohn-Geschichte, als Brandt – zusammen mit Golo Mann – das Vorwort zu einer Julius-Leber-Biographie schrieb.

Die ganze Geschichte von Vater und Sohn hat nur einen Haken: Sie ist erlogen von hinten bis vorne und nichts anderes als ein sozialistisches Märchen. Aber dazu im nächsten Kapitel mehr. Soviel vorab: Mit Julius Leber hat die gute Martha Kock auf den Falschen getippt.



Martha Frahm als junge »Konsum«-Verkäuferin: Bei Julius Lebers Trauerfeier fiel sie in Ohnmacht und wurde herausgetragen.

Martha Frahm, die von morgens bis abends schwer beim »Konsum« arbeiten mußte, hatte nur wenig Zeit für ihren Sohn Herbert. Der Junge wuchs beim Großvater auf. Im Munzinger Archiv, dem wichtigsten und angesehensten deutschen Presse-Archiv, heißt es über ihn: »Er kam als Knecht aus Mecklenburg und war Sozialdemokrat.«
Im Lebenslauf, den Brandt selbst von sich verfassen ließ, ist sein richtiger Name mit keiner Silbe erwähnt. Da gibt es keinen Herbert Frahm. Im Amtlichen Handbuch des Deutschen Bundestages (6. und 7. Legislaturperiode) ließ Brandt folgendes veröffentlichen: »Geboren am 18. Dezember in Lübeck; verheiratet, 4 Kinder. Abitur am Johanneum in Lübeck.«
Wenn ich mich hier etwas näher mit dem »richtigen« Namen von Willy Brandt befasse – dann geht es überhaupt nicht um die Tatsache, daß der heutige SPD-Vorsitzende und Chef der Sozialistischen Internationale ein uneheliches Kind war. Dafür kann er nichts, und es ist auch völlig unerheblich. Für seinen Namen, Herbert Frahm, kann er zwar auch nichts. Aber er zeichnet sehr wohl dafür verantwortlich, daß er sich zeitlebens, bis jetzt, anders nennt als er eigentlich heißt. Denn Brandt ist der einzige westliche Staatsmann, der einen Tarnnamen auch dann behielt, als es aus Sicherheitsgründen überhaupt nicht mehr notwendig war. Lediglich in kommunistischen Staaten war und ist so etwas üblich:
Lenin hieß in Wirklichkeit Uljanow, Stalin hieß Tchugaschwili, Molotow nannte sich Skriabin, Radek hieß in Wahrheit Sobelsohn, Trotzkis richtiger Name war Bronstein, Kamanew hieß Rosenfeld und Litwinow wurde unter dem Namen Wallach geboren.
Diese sowjetischen Politiker behielten ihre Tarnnamen bei, als sie nach dem Zusammenbruch des Zarenreiches die Führung der von Kerenski gemachten Revolution mit blutigem Terror an sich gerissen hatten.
In der nicht-bolschewistischen Welt war dieser Brauch bisher nicht üblich. Kein deutscher, englischer oder amerikanischer Staatsmann, nicht einmal die Desperados der kurzlebigen lateinamerikanischen Diktaturen hielten es für richtig, sich als etablierte Politiker unter einem Alias zu empfehlen, das sie in der Zeit geheimer Verschwörung angenommen hatten.
Willy Brandt war der einzige deutsche Staatsmann – wenn man von Adolf Hitler (richtiger Name Schickelgruber) absieht – der sich unter einem Tarnnamen um ein hohes Staatsamt bewarb und damit sogar Kanzler wurde.
Im übrigen bediente sich Herbert Frahm auch anderer Tarnnamen. Zum Beispiel Willy Flamme oder Karl Martin (unter anderem).
Der falsche Name ist nicht die einzige Ungereimtheit im Lebenslauf Willy Brandts. Ich werde später die Geschichte seiner »Flucht« genauer be-

leuchten oder das, was er als »journalistische Tätigkeit« bezeichnete. Jetzt wende ich mich erst einmal den Jugendjahren des Herbert Frahm zu. Jener Zeit, die ihn wie jeden anderen Menschen entscheidend geprägt hat.

Wie in nahezu allen Lebensstationen sind auch die ersten Jahre des heranwachsenden Willy Brandt von Unklarheiten durchsetzt. Brandt selber hat dies in seiner wenig bekannten Autographie »Mein Weg nach Berlin« nicht bestritten. Über seine Kindheit hat er in der dritten Person folgendes geschrieben: »Von dem Knaben Herbert Frahm habe ich nur eine sehr unklare Erinnerung behalten. Schattenhaft sind Gestalten und Gesichter, sie tauchen auf, um gleich wieder zu verschwinden, wie Strandgut auf den Wellen der nordischen See. Ein undurchsichtiger Schleier hängt über diesen Jahren, grau wie der Nebel über dem Lübecker Hafen ... Es ist schwer für mich, zu glauben, daß der Knabe Herbert Frahm ich selber war.«

Über seine eigene Mutter schreibt Willy Brandt (wieder in der dritten Person): »Die Mutter war noch sehr jung, eine tüchtige kleine Verkäuferin im Konsumverein. Den Vater hat er nie gekannt, er wußte nicht einmal, wer er war. Und wollte es auch nie wissen. Er trug den Namen der Mutter, vom Vater wurde daheim nie gesprochen.« Wie so oft, hat sich Willy Brandt später selbst widerlegt. In der Biographie »Willy Brandt« von Carola Stern, die 1975 im Rowohlt-Verlag erschien, wird folgendes Interview Willy Brandts zitiert, das er der italienischen Journalistin Oriana Fallaci gewährte und das in der Schweizer Zeitung »Die Weltwoche« am 3. Oktober 1973 erschien. Darin heißt es: »Den Namen seines Vaters erfuhr der Junge später, weigerte sich jedoch nach dem Zweiten Weltkrieg noch, dem Vater zu begegnen.«

Der Vater von Willy Brandt

Das wohl bestgehütete Geheimnis der SPD bis zum heutigen Tage, ist das Geheimnis von Willy Brandts Vater. Brandt hat – aus seiner Sicht – menschlich verständliche Gründe, diesen Namen zu verschweigen. Ich enthülle dieses Geheimnis auch nur deswegen, weil ich es unanständig finde, daß der große Sozialdemokrat Julius Leber als sein Vater dargestellt wird. Denn im schwersten Kampf seines politischen Lebens, dem Kampf gegen die herannahende Nazi-Diktatur, wurde dieser Mann von Willy Brandt auf unanständige Art und Weise verraten. Nicht nur das. Brandt verriet damals die gesamte SPD. Doch zunächst die Wahrheit über den Vater von Willy Brandt.

Vergeblich hatte ich versucht, an das Geburtsregister im Lübecker Standesamt heranzukommen. Ich glaubte, daß dort der Name von Willy Brandts Vater verzeichnet sein müßte. Aber Zugang zu solchen Unterlagen haben nur Verwandte. Erst später erfahre ich, daß das Sichten der Geburtsurkunde des Herbert Frahm mir auch nicht weitergeholfen hätte. Denn selbst in diesem amtlichen Papier ist der Name des Vaters nicht verzeichnet. Das jedenfalls erklärt mir Günter-Ludwig-Franz Kuhlmann, Justizvollzugsbeamter in Lübeck und Halbbruder von Willy Brandt (siehe dazu auch den Abschnitt auf Seite 157 dieses Buches). Und Günter Kuhlmann versicherte mir glaubwürdig: »Auch ich kenne Herberts Vater nicht.«

Zu diesem Zeitpunkt hatte ich bereits mit etwa 20 früheren Weggefährten, Klassenkameraden und Schulfreunden von Willy Brandt gesprochen, die heute noch »Herbert« sagen, wenn sie über Willy Brandt reden. Als ich mit meinen Recherchen nicht weiterkomme, entschließe ich mich zu einem außergewöhnlichen Schritt. In den Lübecker Nachrichten veröffentliche ich mehrere Suchanzeigen. Darin bitte ich die Leser um Hinweise.

Am 12. Oktober 1986 kann ich das große Fragezeichen nach der Herkunft Willy Brandts aus meinen umfangreichen Notizen streichen. Im Hause Strandallee 62 in Timmendorfer Strand sitze ich der 100 Jahre alten Magda Ella Elisabeth Carstens gegenüber.

Am 18. Juli 1886 wurde sie als Tochter eines wohlhabenden Landwirts in Schönbruch in Ostpreußen geboren. Noch heute ist die alte Frau reich. Hotels, Cafés und andere Geschäfte gehörten und gehören zum Familienbesitz.

Die Zimmer in ihrer gemütlich eingerichteten Wohnung sind vollgestopft mit Antiquitäten: Wertvolle Teppiche und Möbel, Silber auf und in den Vitrinen, kostbare Ölgemälde an den Wänden. In einem vergoldeten Rah-

men das gemalte Porträt ihres Mannes, Amtsgerichtsrat Otto Carstens aus Bad Schwartau. »Das ist der Vater von Willy Brandt«, erklärt mir die alte Frau. »Eine Jugendsünde meines Mannes.« Schweigen.
Ich bin noch am zweifeln. Ich betrachte mir das Gesicht des Mannes auf dem Ölbild, vergleiche es gedanklich mit den Gesichtszügen von Willy Brandt. Eine geringe Ähnlichkeit ist zweifellos vorhanden. Dann sehe ich die Kinderbilder dieses Mannes, lege die Kinderbilder von Herbert Frahm daneben. »Ja, ja«, sagt die alte Frau Carstens, »da sehen sie es noch besser. Eine enorme Ähnlichkeit.« Die Hundertjährige ist erstaunlich rüstig und geistig rege. Sie erinnert sich noch an viele Einzelheiten. Zum Beispiel auch daran, daß ihr Mann, der im politischen Leben Bad Schwartaus als Deutsch-Nationaler eine wichtige Rolle spielte, Monat für Monat 30 bis 50 Mark an eine Martha Frahm in Lübeck überwies.
»Die beiden hatten sich auf einer Kirmes in Lübeck kennengelernt. Ja, und dann ist es halt passiert. Mein späterer Mann war damals 32 Jahre alt, Martha Frahm ganze 18 Jahre. 1926 habe ich Otto Carstens geheiratet. Als Richter in Bad Schwartau hatte er meine erste Ehe geschieden. Er selber war vorher auch schon einmal verheiratet. Noch vor unserer Heirat erzählte er mir die Geschichte von Martha Frahm und dem gemeinsamen Sohn, den wir alle Peter nannten. Der Kleine ging bei uns ein und aus. Wir hatten ein wunderschönes Haus in der Elisabethstraße 24 in Bad Schwartau – ganz in der Nähe der Bahnstation. Von dort kam Peter an den Wochenenden oft zu uns nach Hause. Am Mittagstisch saß er immer neben mir. Man spürte förmlich, daß er menschliche Wärme suchte. Ich hatte Mitleid mit dem Kleinen und redete meinem Mann zu, ihn als Sohn anzuerkennen und in die Familie aufzunehmen. Ich selber hatte aus erster Ehe drei Kinder mitgebracht. ›Und wo drei Kinder sind, kann auch ein viertes groß werden‹, sagte ich häufiger zu Otto. Aber er war dagegen. Er fand keinen echten Kontakt zu seinem Sohn. Ja, sie waren Vater und Sohn – aber sie blieben sich fremd bis zum frühen Tod meines Mannes.«
Böse werden kann die alte Frau, wenn sie auf die angebliche Vaterschaft von SPD-Politiker Julius Leber angesprochen wird. »Ein Lügenmärchen, mit dem er meinen verstorbenen Mann und seinen eigenen Vater verleugnet.«

Inzwischen hat sich die 76 Jahre alte Margot Horstmann eingeschaltet – eine verwitwete Tochter der alten Frau Carstens aus erster Ehe. Auch sie erinnert sich noch lebhaft an den kleinen Herbert Frahm. Margot Horstmann: »Wenn ich Willy Brandt heute im Fernsehen sehe, dann höre ich immer wieder die Stimme von Otto Carstens. Die Bewegungen, das Re-

detalent – genau wie der Vater. Nur, daß Otto Carstens nicht so schleppend sprach wie sein Sohn.«
Margot Horstmann weiß auch noch genau, wie Otto Carstens die Überweisungen an Martha Frahm in einem kleinen Notizbuch verzeichnete. Nach seinem Tode hatte sie dieses Notizbuch aufbewahrt.
»Ich hatte nichts dagegen, daß Martha Frahm das Geld von meinem Mann erhielt«, beteuert mir die hundertjährige Magda Carstens. »Das junge Mädchen hatte es ja schließlich schwer genug. Ich glaube, daß mein Mann sie und den Sohn am liebsten aus den Gedanken verdrängt hätte. Ich weiß noch, wie der kleine Herbert Frahm – warum nannten wir ihn damals nur Peter? – in unserem Haus in der Elisabethstraße die schönen Blumengestecke bewunderte und traurig sagte: ›Als ich geboren wurde, bekam meine Mutter von ihm nur einen Veilchenstrauß‹. Bei diesem Satz tat der Junge mir aufrichtig leid. Wieder bat ich meinen Mann, das Kind in die Familie aufzunehmen. Diesmal unterstützte mich massiv seine Schwester. Aber mein Mann wollte nicht.
Inzwischen hatten wir erfahren, daß Martha Frahm in Lübeck einen braven Mann geheiratet hatte, den Maurer Emil Kuhlmann. Das war 1927. Ein Jahr nachdem Otto Carstens mich zu seiner Frau gemacht hatte. Vielleicht hatte Martha Frahm bis dahin immer noch im stillen gehofft, daß sie es sein würde, die Otto Carstens zur Ehefrau wählen würde. Schließlich hatten die beiden ja einen gemeinsamen Sohn.«

Die Politik war es schließlich, die Vater und Sohn vollends auseinanderbrachte.
»Der konservative Deutsch-Nationale haßte aus tiefster Seele die Roten und die Braunen. Wenn die Sozialisten, Kommunisten oder Nazis bei ihren Aufmärschen an unserem Haus in der Elisabethstraße vorbeizogen und dabei ihre Kampflieder sangen – dann mußten wir sofort die Fenster schließen«, erinnert sich Magda Carstens. »Der kleine Frahm war damals politisch schon sehr radikal und links. Mein Mann wollte von radikalen Ideen nichts wissen. Bei uns gingen viele junge Leute ein und aus. Oft kamen abends 10 bis 15 junge Studenten in unser Haus. Aber Linke waren da nicht bei. Ich spielte dann auf dem Klavier, und wir sangen gemeinsam. Fernsehen gab es ja noch nicht.«
»Schließlich der große Krach zwischen Vater und Sohn. Es muß an einem Wochenende im Frühjahr 1930 gewesen sein«. Ganz genau kann sich Magda Carstens nicht mehr erinnern. »Jedenfalls ging es wieder einmal um Politik. Ein Wort ergab das andere. Schließlich jagte der Vater seinen Sohn aus dem Haus«. Die beiden sollten sich nie wiedersehen. Otto Car-

stens, am 1. Dezember 1930 50 Jahre alt geworden, starb nur zwanzig Tage später.
In seiner Todesanzeige, die hier im Original abgedruckt wird, hieß es:

Nach Gottes unerforschlichem Ratschluß verstarb heute abend 11¾ Uhr plötzlich und unerwartet mein über alles geliebter Mann, mein lieber Bruder, Schwiegersohn, Schwager und Onkel

der Amtsgerichtsrat

Otto Carstens

Oberleutnant der Reserve Inf.-Regt. 1
Inhaber des Hohenzollernordens, des Eisernen Kreuzes 1. Kl. und anderer
nach soeben vollendetem 50. Lebensjahre.

Um stille Teilnahme bittet im Namen der Hinterbliebenen:

Magda Carstens, geb. Gross.

Bad Schwartau, den 20. Dezember 1930.

Trauerfeier im Sterbehause, Elisabethstraße 24, Mittwoch morgen 11 Uhr. Beerdigung in Eutin 1,30 Uhr, von der Friedhofskapelle aus.

Otto Carstens hatte mit seinem frühen Tod nicht gerechnet. Bei der Feier zu seinem 50. Geburtstag hatte er sich noch behaglich im Sessel zurückgelehnt und seiner Frau gestanden: »So glücklich wie mit Dir war ich noch nie. Jetzt möchte ich noch mindestens 20 Jahre mit Dir zusammenleben.« Er konnte nicht wissen, daß seine Frau ihn weit mehr als 50 Jahre überleben sollte.
Sein Grab ist auf dem Eutiner Friedhof. Ein großer, grünverwitterter Grabstein aus Granit.
Orangefarbene Begonien und »Fleißige Lieschen« zieren das Grab. Die gleichen Blumen wie auf dem Grab der Martha Frahm. Nur alles ein wenig größer und stattlicher.
Zur Beerdigung von Otto Carstens kam Herbert Frahm nicht. Vielleicht hatte er vom Tode des Amtsgerichtsrates noch nicht einmal etwas gehört, oder wollte von sich aus jede Erinnerung verdrängen. Er meldete sich auch nie wieder bei der Familie Carstens. Nur, als er nach dem Kriege einmal in Eutin sprach, lag wenig später auf dem Grab von Otto Carstens ein großer Kranz. Magda Carstens: »Woher er kam wußte keiner. Wir konnten es nur ahnen.« Die alte Frau: »Als wir in den fünfziger Jahren zum ersten Mal wieder sein Gesicht in den Zeitungen entdeckten und den Namen Willy Brandt lasen, waren wir alle überrascht. Wir erkannten ihn sofort. Und als wir dann noch seine Stimme im Rundfunk hörten, da sagte ich zu meiner Tochter, ›das ist doch Peter, der kleine Frahm aus Lübeck‹.«
Wie schrieb der Wahrheitsapostel Willy Brandt doch so schön?: »Den Vater hat er nie gekannt, er wußte nicht einmal, wer er war. Und wollte es auch nie wissen.«
Zwei Tage nach dem ersten Gespräch mit der alten Frau Carstens fahre ich nach Bad Schwartau. Ich möchte wissen, ob das Carstensche Haus in der Elisabethstraße 24 noch steht. Als ich dort ankomme, bin ich überrascht. Seit dem Krieg hat sich die Straße wohl nur wenig verändert. Die Bahnschranken, die Schienen. Nur von der kleinen Bahnstation ist nichts mehr zu entdecken. Dort steht jetzt das Klinkerhäuschen eines Schrankenwärters. Es muß derselbe Platz sein, an dem der kleine Herbert Frahm an freien Wochenenden mit dem Zug aus Lübeck ankam, um seinen angeblichen Vater zu besuchen. Wenige Schritte weiter das Haus Elisabethstraße 24. Es kann sich nicht verändert haben. »Des Gottes Friedens Heimat sei mein Haus« steht holzgeschnitzt in einem grüngestrichenen Balken, der sich quer durch das Mauerwerk des zweistöckigen vornehmen Jungendstilhauses zieht. »Villa Frieda 1908«. Ein schönes Haus. Selbst von innen ist es noch weitgehend erhalten. Herrliche Jugendstil-Fensterscheiben in den Türen, edle Holzfußböden. Noch heute ist der

Wohlstand der ehemaligen Besitzer zu spüren. Vor und hinter dem weiß gestrichenen Haus große Gartenflächen.
Wie muß dem kleinen Frahm zumute gewesen sein, als er an Wochenenden in dieses Haus kam – aus einer dunklen, kleinen Arbeiterwohnung in Lübeck? In Lübeck eine trostlose Umgebung, Hunger, Armut – keine echte Elternliebe für das Kind. Hinzu kam: Auch Herbert Frahm wollte unbedingt, daß Otto Carstens ihn anerkannte und damit als Sohn »legitimierte«. So jedenfalls berichtet es sehr glaubwürdig die alte Frau Carstens, die sich noch detailliert an solche Gespräche erinnern kann.
Aber immer wieder die schroffe Ablehnung des »Vaters«. Mußte ein solches Verhalten nicht automatisch zur Radikalisierung des Jungen beitragen? Müssen diese Kindheitserlebnisse, um die Willy Brandt nicht zu beneiden ist, später nicht geradezu dazu beigetragen haben, daß er Artikel über »die vollproletarische Familie« schrieb, die eigentlich nur diejenigen begreifen konnten, die sein Schicksal kannten? (siehe Seite 39).
Nach dem Tod von Otto Carstens blieb dessen Frau nicht mehr in Bad Schwartau wohnen. Sie hatte ihren Mann zu sehr geliebt. Das Haus, in dem sie mit ihm die schönsten Jahre ihres Lebens verbracht hatte, rief ständig Erinnerungen an den Toten wach. Sie versuchte den Schmerz zu vergessen und zog mit ihren Kindern nach Timmendorf an die Ostsee. Doch wieder zurück nach Lübeck.

Siehe die Fotos auf den Seiten 23 bis 30



Magda Carstens betrachtet mit Joachim Siegerist ein Foto von Willy Brandt und dessen Halbbruder. Die 100jährige erklärt glaubwürdig: »Otto Carstens, mein Ehemann, ist der Vater von Willy Brandt. Aber Otto wollte ihn nicht anerkennen. Wegen der Politik kam es zum Bruch«.



Amtsgerichtsrat Otto Carstens, ein Deutsch-Nationaler aus Bad Schwartau. Seine Ehefrau: »Er wollte den jungen Frahm aus seinen Gedanken verdrängen. Die offizielle Anerkennung als Sohn lehnte er ab«.



Otto Carstens: Alles spricht dafür, daß er der Vater von Willy Brandt ist. Monatlich schickte er Martha Frahm »zwischen 30 bis 50 Mark«.



Weltkriegs-Offizier. Amtsgerichtsrat in einer Kleinstadt. Ein uneheliches Kind konnte in dieser Welt zur damaligen Zeit bei Otto Carstens keinen Platz finden.



Otto Carstens: »Als Kind sah mein Mann aus wie Herbert Frahm« – sagt Magda Carstens, die Witwe des »Brandt-Vaters« (siehe die Seiten 34–38).



Willy Brandts »Vater« Otto Carstens. Im Gegensatz zu Herbert Frahm hatte er eine wohlbehütete Kindheit ohne Sorgen.



Nur 50 Jahre alt wurde Otto Carstens. Er starb am 20. Dezember 1930. Ein wuchtiger Grabstein in Eutin erinnert an den Deutsch-Nationalen, der Rote und Braune aus »tiefer Seele« haßte – wie seine Witwe sich erinnert.



Das stattliche Haus der Familie Carstens in Bad Schwartau. Noch heute steht es fast unverändert in der Elisabethstraße.

Der rote Großvater Frahm

Sicher ist, daß die Stelle des »nicht vorhandenen« Vaters der Großvater Ludwig Frahm einnahm. Er hat den jungen Willy Brandt weit mehr beeinflußt als die Mutter. Der Großvater war, wie Carola Stern schreibt, aus dem Mecklenburgischen nach Lübeck zugezogen, zunächst Arbeiter, dann Lastwagenfahrer in einem Großbetrieb und aktives SPD-Mitglied geworden. Genauer wissen es die Lübecker Nachrichten. Als Willy Brandt 1972 Ehrenbürger der Stadt Lübeck werden sollte, erschien in dieser Zeitung eine große Serie über den damaligen Bundeskanzler. Darin heißt es über den Großvater: Er »fuhr den ersten Lastwagen der Firma, denn er hatte als einer der ersten in der Stadt einen Führerschein für Lastwagen. Es war ein kleiner 1,5-Tonner von Daimler Benz, mit offenem Fahrerhaus und Pritsche, auf dem die Waren zum nahen Bahnhof geschafft wurden«. Das war bei den berühmten Dräger-Werken in Lübeck. Ein Arbeitskollege erinnerte sich in den Lübecker Nachrichten an den Lastwagenfahrer Ludwig Frahm, »Ludwig Frahm war ein annehmbarer Mensch mit guten Umgangsformen.« Derselbe Mann weiß auch noch, daß »Ludden Frahm« Sozialdemokrat war. »Das hat man gemerkt im Gespräch bei einem Glas Bier. Aber im Betrieb hat er davon nicht gesprochen.«

Zu dieser Zeit lebte Willy Brandt bei seinem Großvater in einer bescheidenen Werkswohnung der Dräger-Werke in der Moislinger Allee 49 a. Ein roter Backsteinklotz. Unten im Haus waren Garagen. Die Vorderfront wird nur durch drei Fensteröffnungen in der oberen Hälfte und eine Reihe schießschartenähnlicher Bodenluken unterbrochen. Die Lübecker Nachrichten: »Der Bau liegt versteckt hinter Büschen und Bäumen, als sollte keiner der zahllosen Passanten in der Moislinger Allee auf den Gedanken kommen, dort habe Willy Brandt zehn Jahre seines Lebens verbracht. In diesem bescheidenen Quartier wartete der Junge darauf, daß der Großvater mit dem Lastwagen von der Arbeit oder von einer Parteiversammlung nach Hause kam. Die Mutter sah er in dieser Zeit nur selten. Sie hatte ihn ganz zum Großvater gegeben, weil sie ständig im Konsumverein arbeiten mußte. Als Großvater wieder heiratete, blieb der Enkel bei ihm. Doch zur Frau sagte er nur Tante.«

Wenn Ludwig Frahm nach Hause kam, wollte der kleine Enkel immer wieder die alten Geschichten hören, die der Alte so lebendig erzählen konnte. Die Geschichte des Urgroßvaters, so die Lübecker Nachrichten, der noch auf einem gräflichen Gut in Mecklenburg wie ein Leibeigener behandelt und »über den Bock gelegt« worden war. Und dann die Geschichte seines Jungen, der von dem Sozialdemokraten August Bebel gehört hatte

und einer der ersten »Roten« im Dorf war. Die Lübecker Nachrichten weiter: »Er wollte es nicht dulden, daß der Gutsherr vor den Reichstagswahlen immer Schnaps an die Arbeiter verteilen ließ. Die stolperten dann einer nach dem anderen in das Büro des Verwalters und legten ihre Wahlzettel fein säuberlich aufeinander in eine große Suppenterrine. Der Verwalter saß daneben und notierte sich die Namen, damit der Gutsherr hinterher genau erkennen konnte, wie jeder gewählt hatte. Der Großvater aber stieß die Terrine um, daß alle Zettel durcheinander gerieten, und der Verwalter tobte. Er war ein sehr einfacher, aber echter großartiger Mensch, sagt der Enkel später von seinem Großvater.« Ob die Geschichte wahr ist – überprüfen läßt sie sich heute nicht mehr. Genausowenig wie folgende Erzählung aus dem Lübecker Lokalblatt, die kräftig nach sozialistischem Märchen riecht und eigentlich nur von Willy Brandt selber stammen kann, weil sie so schön in das Bild einer »ehrlichen, proletarischen SPD-Familie« paßt:

»Er mochte acht oder neun Jahre alt gewesen sein, als die Lübecker Arbeiter streikten. Die Arbeitgeber antworteten mit Aussperrung. Krasse Not hatte der Junge bis dahin nicht kennengelernt. Er wußte wohl schon, daß er zu den »Armen« gehörte, daß es vieles gab, was für seinesgleichen unerreichbar war. Nun aber erfuhr er, was Hunger bedeutet. Eines Tages stand er vor dem Schaufenster eines Bäckerladens und starrte auf die Semmeln und Brote. Das Wasser lief ihm im Mund zusammen. Da sprach ihn ein feiner Herr an. Er kannte ihn als den »Herrn Staatsanwalt«, einen der Direktoren der Dräger-Werke, in denen der Großvater arbeitete. »Bist Du hungrig?« fragte der Herr, und als der Kleine nickte, ging er mit ihm in den Laden, kaufte zwei Laib Brot und schenkte sie ihm. Atemlos rannte der Junge nach Haus und zeigte seine Brote vor. Der Großvater aber wurde ernst, so ernst, wie ihn der Enkel noch nie erlebt hatte. »Ein streikender Arbeiter nimmt kein Geschenk vom Arbeitgeber an. Wir lassen uns nicht vom Feind bestechen. Wir sind keine Bettler, die man mit Almosen abspeist. Wir wollen unser Recht, keine Geschenke. Bring' das Brot zurück, sofort!«

Das waren die Worte des erzürnten Großvaters, die der Knabe nie vergaß und noch nach vierzig, fünfzig Jahren wiederholen konnte. Es war eine erste Lektion, die der Alte ihm erteilte, und er verstand sie, ohne viel zu fragen. Er lief zum Bäckerladen zurück und lieferte die Brote wieder ab. Wie ein Soldat fühlte er sich, der mit einer Botschaft ins Lager der Feinde geschickt wird. Trotzig legte er die Brote auf den Ladentisch. Der Triumph, den er dabei empfand, ließ ihn sogar den Hunger vergessen.« Soweit die Lübecker Nachrichten.

In dieser Passage über die Lebensgeschichte von Willy Brandt wurde ganz offensichtlich der entscheidende Satz vergessen: »Es war einmal.« Brandt selber schreibt später über den Großvater: »Sozialismus war dem Großvater mehr als ein politisches Programm, es war ihm eine Art Religion. Sie würde alle Menschen zu Brüdern machen, alle Ungleichheit aus der Welt schaffen, sogar das Geld würde verschwinden.«



Großvater Ludwig Frahm: Er zog den Enkel groß.



Ein erstes Kinderbild von Herbert Frahm. Die Mutter hatte für den Jungen nur wenig Zeit. Sie mußte arbeiten.



Wie sich die Bilder gleichen (siehe Seite 26). Der kleine Herbert Frahm in Uniform: Hier als Fotospaß die des Kaisers. Als Mann trug Brandt die norwegische Uniform.



Herbert Frahm war ein begabtes Kind. Als 14jähriger bekam er einen »Freiplatz« an dem Lübecker Gymnasium Johanneum.



Harmlose Spiele als Junge. Später wurde Herbert Frahm bei den jungen Sozialisten sehr viel »handfester« – im wahrsten Sinne des Wortes.



Sozialistische Jugendgruppen wurden für Herbert Frahm zum Familien-Ersatz. Hier knieend in Matrosen-Uniform in der ersten Reihe. Er sieht seine Mutter an: Dritte von links in der zweiten Reihe.

Brandts erste Schritte in die Politik

Zweifellos wahr ist die Tatsache, daß der junge Herbert Frahm diese »Ungleichheit« als besonders kränkend empfunden haben muß. Sein Biograph Hans Dollinger berichtet über Schmähungen und Erniedrigungen, die der Junge auf dem Gymnasium habe erdulden müssen. Seine Mitschüler aus »gutbürgerlichen Verhältnissen« hätten ihn wegen seiner proletarischen Herkunft gehänselt. Aber auch diese Angaben werden mir gegenüber später von Schulkameraden des SPD-Vorsitzenden als »reine Erfindung« abgetan. Richtig ist wohl, daß Brandt auch selber lieber aus »gutbürgerlichen Verhältnissen« gekommen wäre. Das wird aus den Erzählungen der 100 Jahre alten Magda Carstens mehr als deutlich, die mir immer wieder davon berichtet hatte, wie Herbert Frahm darum kämpfte, von ihrem Mann, dem wohlhabenden deutsch-nationalen Amtsgerichtsrat, als Sohn anerkannt und wohl auch in die Familie aufgenommen zu werden.

Brandt-Biographin Carola Stern meint: »Jugendliches Aufbegehren richtet sich nicht gegen die Familie, sondern mit der zusammen gegen eine Bürgerwelt, in der nichtehelich geboren zu werden, als Makel gilt. Der Glaube an den Sozialismus wird bekräftigt durch das doppelte Zurückgesetztsein.«

Tatsache ist, daß sich in dem jungen Herbert Frahm damals ungeheure Aggressionen aufgestaut haben müssen, die sehr bald ihren Niederschlag in ersten Artikeln fanden, die er als junger Sozialist im »Lübecker Volksboten« schrieb, dem Blatt, bei dem Julius Leber Chèfredakteur war. Herbert Frahm, nach seinen eigenen Worten »sozusagen in den Sozialismus hineingeboren«, der zu den »Sozialistischen Kinderfreunden«, später zu den »Roten Falken« und dann, mit 15 Jahren, zu den »Roten Pionieren« gegangen war, wörtlich:

»Der Jugendliche aus dem vollproletarischen Haushalt sucht Anlehnung. Und das ist leicht erklärlich, denn im Elternhaus wird er sie meistens nicht finden können. Woher kommt es, daß Jugendliche aus unseren Gruppen ein ganz anderes Leben führen als ihre gleichaltrigen Kameraden aus ihrer Straße? Es kommt daher, daß die Jugendbewegung dem Genossen einen Halt gibt, einen Halt, den die Kameraden auf der Straße nicht haben. Die Jugendlichen des vollproletarischen Haushalts werden sich also leicht in die Gemeinschaft einordnen. Das ist für die Bewegung wichtig, wenn wir auch erkennen müssen, daß diese Genossen sich nicht so leicht an Ordnung und Disziplin gewöhnen können. Aber auch das ist erklärlich, denn durch die Zustände der proletarischen Klasse wird sicher nicht das

konnte ich selber erschreckende politische Parallelen zwischen Rot und Braun feststellen, die auch heute noch mit dem allergrößten Wortschwall nicht wegdiskutiert werden können.
Als Brandt 14 Jahre alt war, erhielt er eine Freistelle am Johanneum, einem der ältesten Gymnasien der Stadt. Er nannte es »eine wichtige Etappe in meinem Leben..., vor allem, weil ich zum ersten Mal in eine, wenn nicht feindliche, so doch mir fremde Welt geriet«.
Nach Biograph Dollinger muß Brandt heftig auf die ungewohnte schulische Umgebung reagiert haben: »Der schon als Knabe oft auf sich allein gestellte Gymnasiast wurde nun noch verschlossener und trotzte seinen Mitschülern und wohl auch den Lehrern, indem er oft in der Uniform der Sozialistischen Arbeiterjugend, in blauer Bluse und mit roter Krawatte, in die Schule ging.«
Abfällig äußerte sich Willy Brandt später über seine Mitschüler: »Meine Schulkameraden waren Experten in Autos, Fußball, Segelflug – ich war der Politiker.«
Ein wenig nüchterner sah es in der Wirklichkeit aus. Am Johanneum gab es Schüler aller politischen Richtungen. Nur fiel – außer Herbert Frahm – keiner so sehr durch seine politische Radikalität auf. Am 11. August, dem Verfassungstag der Republik von Weimar – so erinnert sich ein früherer Mitschüler – sei Herbert regelmäßig in seiner Uniform in der Schule erschienen und ebenso regelmäßig wieder nach Hause geschickt worden. Denn selbst HJ-Mitglieder kamen in ihrer Uniform nicht in die Schule. Ein anderer Mitschüler weiß noch: »Es paßte uns einfach nicht, daß Brandt das Johanneum politisieren wollte. Als er zum zweiten Mal mit der Uniform in die Schule kam, drohten wir ihm Dresche an. Von da an lief er wieder normal herum.«

Siehe Fotos auf den Seiten 43 bis 46



Herbert Frahm (rechts) als Gymnasiast und in Schüleruniform. Lieber trug er die Uniform der Sozialistischen Jugend.



Schon als Junge hielt Herbert Frahm im Sozialistischen Zeltlager erste »Rundfunkansprachen«. Frühere Weggefährten beurteilen ihn heute kraß unterschiedlich.



Brandt als junger Mann. Er wurde von Jahr zu Jahr radikaler und störte massiv SPD-Veranstaltungen.



Das Bild eines jungen Revolutionärs. Selbst in NSDAP-Veranstaltungen zog er kräftig vom Leder. Herbert Frahm war damals zweifellos ein Linksradikaler.

Herbert Frahm als Schüler
»Republik – das ist nicht viel«

Die ansonsten eher konservativ ausgerichteten »Lübecker Nachrichten« mußten politisch wohl ein wenig schwache Stunden gehabt haben und auf einem Auge blind gewesen sein, als sie 1972 in den großartigsten Farben das Kolossalgemälde von Willy Brandt in einer fünfteiligen Serie entwarfen. Vielleicht war es auch nur eine Gefälligkeit gegenüber dem »großen Sohn der Stadt«, dem die Ehrenbürgerwürde verliehen werden sollte. Etliche Lübecker liefen damals nämlich dagegen Sturm, weil sie den jungen Herbert Frahm in ganz anderer Erinnerung behalten hatten. Dessen ungeachtet schönte das Lokalblatt am 29. Februar 1972 auf der Seite 11 weiter: »So war auch der Arbeiterjunge auf der Bürgerschule kein Einzelgänger, kein Sonderling, obgleich er sich schwer anderen anschloß und wenig privaten Kontakt zu seinen Mitschülern hatte. Seine Leistungen waren gut, er konnte gut reden, besser sogar als alle anderen, und so wurde er ›voll akzeptiert‹. Sein Lieblingslehrer war Professor Eilhard Erich Pauls, dessen er noch heute in Dankbarkeit gedenkt. Mit seinem Kneifer und seinem mächtigen Schnurrbart habe er wie der typische Professor ausgesehen, erinnert sich der spätere Willy Brandt. Aber seine Lehrmethode sei alles andere als professoral gewesen. Statt vom Katheder herab zu dozieren, sei er im Klassenzimmer auf und ab gewandert und habe die Schüler im zwanglosen Gespräch zur Diskussion herausgefordert.

Professor Pauls unterrichtete Deutsch und Geschichte, die beiden bevorzugten Fächer Herbert Frahms. Er zeigte Verständnis für das politische Engagement des Schülers und ließ ihn als Primaner eine Jahresarbeit über den Marxismus schreiben. Jede seiner Deutschstunden wurde von einem Schüler mit einem Gedicht freier Wahl eingeleitet. Auch hier blieb ›der Politiker‹ seinen Ambitionen treu und wählte jedesmal ein zeitkritisches Poem, das er mit Leidenschaft und lauter Stimme vortrug. ›Wir anderen duckten uns in den Bänken, wenn er loslegte‹, erzählt ein Mitschüler. ›Mit vor Erregung hochrotem Kopf ging er dann wieder auf seinen Platz zurück und bekam prompt eine eins.‹ ....Der Klassenlehrer Dr. Kramer erkannte und förderte die Sprachbegabung des Jungen. Er unterrichtete Englisch und Französisch und war auch politisch engagiert. So mag er das beste gewollt haben, als er der Mutter riet: ›Halten Sie Ihren Sohn von der Politik fern. Der Junge hat gute Anlagen, es ist schade um ihn. Die Politik wird ihn ruinieren.‹ Aber es war der Lehrer selbst, den sie auf tragische Weise zugrunde richtete. Er mußte 1933 wegen seiner Geg-

nerschaft zum Nationalsozialismus das Johanneum verlassen und gab sich in seiner Verzweiflung selbst den Tod.
Da er kein Musterschüler war und einen großen Teil seiner Freizeit bei der Arbeiterjugend verbracht hatte, zitterte auch Herbert Frahm vor dem Abitur im Februar 1932. Professor Pauls hatte für den Abitur-Aufsatz drei Themen zur Wahl gestellt: Ein geschichtliches, ein Goethe-Zitat und ein ausgefallenes .... Es hieß: ›Ein Neuköllner Abiturient sagte bei der Schulentlassungsfeier: Die Schule hat uns nichts Wesentliches für das Leben gegeben. Wir sind ihr nicht zu Dank verpflichtet. Wir sind eine Jugend ohne Hoffnung.‹
Herbert Frahm wählte natürlich dieses Thema. Er wollte zeigen, daß der Neuköllner Abiturient eigentlich gar nicht so unrecht habe. Professor Pauls aber freute sich, daß Frahm ›prompt darauf hereingefallen‹ war. Er hatte auch bei der mündlichen Prüfung Verständnis für den ›Politiker‹. Mit einem Vortrag über den Unterschied zwischen Ursache und äußerem Anlaß von Kriegen konnte Herbert Frahm seine eins in Geschichte verteidigen«.
Soweit die Lübecker Nachrichten.
In Wirklichkeit beschäftigte sich Herbert Frahm damals in der Praxis mit Kriegen ganz anderer Art – nämlich mit dem terroristischen Bürgerkrieg, der mit aller Brutalität zwischen Rot und Braun in Lübeck tobte. Ein wirklicher Bürgerkrieg – der Brandt später sogar den unberechtigten Vorwurf eines politischen Mordes einbrachte (siehe dazu Seite 62).
Die NSDAP holte in diesen Jahren Goebbels und den damaligen nationalsozialistischen Generalsekretär Strasser nach Lübeck. Beide schimpften auf die »verrottete Weimarer Republik«.
Laut Lübecker Nachrichten demonstrierte Herbert Frahm bei einem Umzug zum 1. Mai mit dem Transparent »Republik, das ist nicht viel – Sozialismus ist das Ziel!« Für die älteren Sozialdemokraten war das eine Herausforderung. Der Großvater schalt den undankbaren Jungen, der die Weimarer Errungenschaften nicht zu würdigen wußte. Allgemeines, gleiches und geheimes Wahlrecht, der Acht-Stunden-Tag und – nicht zuletzt – gemeinnütziger Wohnungsbau für die Sozialschwachen: Das waren gewaltige Fortschritte in den Augen der Alten, die den Vergleich mit der Kaiserzeit noch deutlich vor Augen hatten.
»Wie könnt ihr eigentlich so undankbar sein!« wunderte sich Großvater Ludwig Frahm. Und der Enkel antwortete ihm in der Jugendbeilage des »Volksboten«: »Erkennt doch endlich auch andere Anschauungen neben eurer an. Dabei herrscht ja auch meistens bei den Parteigenossen noch vollkommene Unklarheit über die wirklichen Gedankengänge dieser ›radi-

kalen Jugendlichen‹. So kann zum Beispiel die Jugend mit vollem Recht den Satz: ›Republik, das ist nicht viel – Sozialismus ist das Ziel!‹ zu ihrer Parole machen, ohne damit die Republik als Kampfobjekt der Alten zu verkennen...«

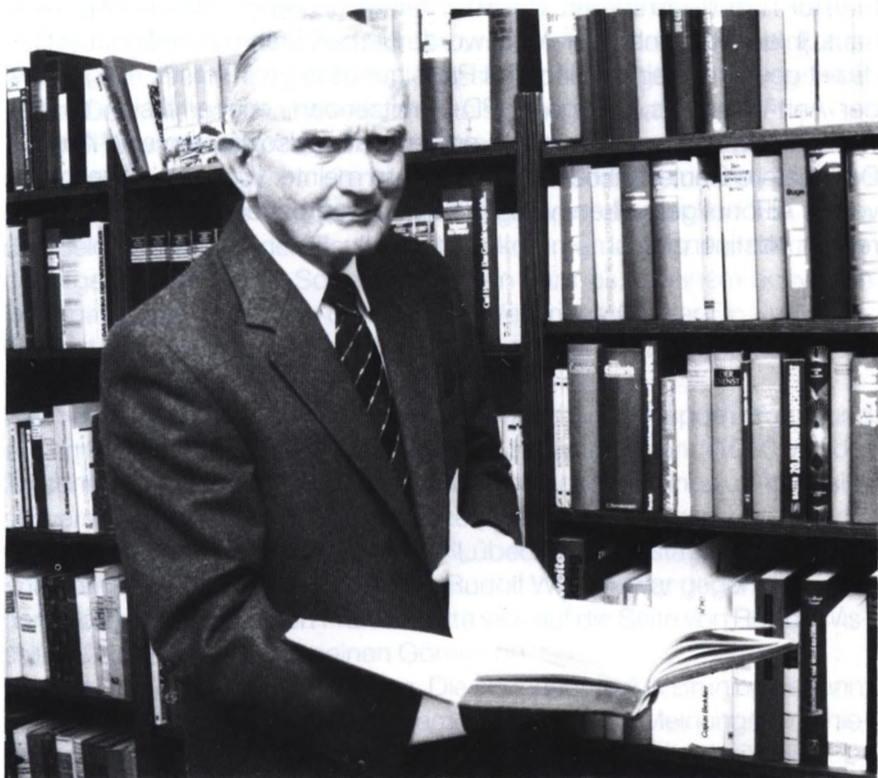
Brandt konnte handfest dreinschlagen

Der Chefredakteur dieser Zeitung, der später hingerichtete Reichstagsabgeordnete und Widerstandskämpfer Julius Leber, war zu dieser Zeit noch eindeutig Brandts Förderer und Mentor. Er hatte die Aufnahme des erst 16jährigen in die SPD durchgesetzt. Es ist nicht bekannt, ob Julius Leber etwas von den handfesten Eskapaden seines Schützlings wußte. Zum Beispiel von der Tatsache, daß Herbert Frahm damals immer wieder mit etwa zehn bis fünfzehn Mann seiner sozialistischen Jugendgruppe zwei Hitlerjungen überfiel und verdrosch, die in der Lübecker Mühlenstraße als Lehrlinge arbeiteten. Fritz Schmidt, der am 19.12.1912 geboren wurde und in Willy Brandts Parallelklasse ging, erinnert sich daran noch genau. Er macht keinen Hehl daraus, daß er seinerzeit – wie Millionen andere auch – erst dem Nationalsozialistischen Schülerbund und später der Hitlerjugend beigetreten war.

Fritz Schmidt, der heute als pensionierter Jurist in Hamburg lebt und nie wieder politisch tätig wurde (»ich habe das Recht darauf verwirkt, weil ich einmal in meinem Leben so gravierend geirrt habe«): »Die beiden Lehrlinge hatten uns um Hilfe gebeten, weil sie sich gegen die Übermacht der Roten allein nicht wehren konnten. Solche Überfälle waren damals keine Seltenheit. Ich erinnere mich noch genau daran, wie im Sommer 1929 Lübecker Sozialdemokraten mit dem stadtbekannten SPD-Mann Paul Bromme an der Spitze, eine Veranstaltung der Hitlerjugend im Katholischen Gesellenhaus in der Fischstraße sprengten und unsere Kasse klauten, die von mir verwaltet wurde. Damals bewarfen uns die Sozis sogar mit Mauersteinen. Einer meiner Freunde bekam solch einen Mauerstein auf den Kopf und mußte sich danach eine Silberplatte auf der Schädeldecke einsetzen lassen.

Bei solchen Prügeleien war Herbert Frahm nicht feige. Er griff immer von vorne an. Diesmal wollten wir ihm Lehrgeld zahlen. Etwa 15 Jungs vom Nationalsozialistischen Schülerbund hatten den beiden Lehrlingen Hilfe versprochen. Wie brave Bürgersöhne zogen wir unsere damals üblichen Schülermützen auf und gingen Richtung Mühlenstraße. Es war im Herbst 1931. Wir legten uns dort unauffällig auf die Lauer. Lange warten mußten wir nicht. Bald kam Herbert Frahm mit seiner wilden Horde. Mit Hallo fielen sie wieder über die beiden Hitlerjungen her, die gerade Feierabend gemacht hatten. Es kam zu einer wilden Schlägerei, bei der Herbert Frahm fleißig mitmischte. Aber diesmal zogen die Roten den kürzeren. Wir haben ihnen kräftig das Fell versohlt. Es sollte ihnen eine Lehre sein, um nie wieder mit solcher Überzahl über unsere politischen Freunde herzufallen.

Nach der Prügelei setzten wir unsere Schülermützen wieder auf den Kopf und schlenderten wie die braven Bürgersöhnchen von dannen. Am nächsten Tag sagte Herbert Frahm kein Wort über diesen Zwischenfall. Trotzdem muß ich in aller Fairneß heute nochmals sagen: »Feige war der Herbert nicht.«



Der Jurist Fritz Schmidt erinnert sich an Brandt's Prügeleien genau.

Ganz anders sieht das der Maschinenbau-Ingenieur Walter Wegener. Er wurde am 1. September 1909 geboren und war bis 1932 in der Sozialistischen Arbeiterjugend tätig. Er erinnert sich nur negativ an seinen früheren Genossen Herbert Frahm: »Herbert war ängstlich und feige. Der wollte unbedingt etwas werden und spannte gern andere Leute vor seinen Wagen. Er konnte andere gut aufpeitschen und vorschicken. Er selber ballte die Faust nur in der Tasche. Schon damals war mir klar, daß der etwas werden und nicht zuviel riskieren wollte.«
Die Aussage eines politischen Rivalen aus gleichem Lager? Fest steht, daß ich Aussagen ähnlicher Art auch von anderen Bekannten Willy

Brandts hörte. Bei meinen Recherchen fiel mir sowieso auf, daß ich meist nur glühende Befürworter oder aber erbitterte Gegner des SPD-Vorsitzenden traf.
Unbestritten war Brandt in jener Zeit von Jahr zu Jahr radikaler geworden. Er ging sogar in die Veranstaltungen der Nazis, um dort durch seine Auftritte für Tumulte zu sorgen. Bei einer Veranstaltung im Lübecker Konzerthaus, in der Fackenburger Allee, wurde Herbert Frahm zehn Minuten Redezeit gewährt. Sein Freund und Parteigenosse Emil Peters, ein glühender Anhänger des heutigen SPD-Vorsitzenden, erinnerte sich später: »Scharf und konzentriert erteilte er den Nationalsozialisten eine Abfuhr. Der spätere Gauleiter Friedrich Hildebrand meinte, wir beide hätten wohl vorher Alkohol getrunken, weil wir so gut gesprochen hätten. Dabei waren wir Abstinenzler.«

Der Bruch mit Julius Leber

Herbert Frahm war nicht mehr zu bremsen. Der Bruch mit Julius Leber und der SPD war vorprogrammiert. Es zeichnete sich eine dramatische Entwicklung ab. Es war die Zeit des Niedergangs der Republik von Weimar. 1928 war die sozialdemokratische Regierung Hermann Müller angetreten. Zwei Jahre später stand sie vor unüberwindlichen Schwierigkeiten wegen der Weltwirtschaftskrise. Massenarbeitslosigkeit, Hunger und Elend. Der politische Kampf verschärfte sich von Monat zu Monat.
In der SPD war ein Streit unter dem Schlagwort entbrannt »Panzerkreuzer oder Kinderspeisung«. Im Klartext: Ein Teil der Sozialdemokratie sah die Notwendigkeit eines Verteidigungsbeitrages ein, der andere Teil wollte das Geld der hungernden Bevölkerung zukommen lassen. Auf dem Magdeburger Parteitag der Sozialdemokraten kam es zu einem schweren Schlagabtausch zwischen dem Ersten-Weltkriegs-Offizier Dr. Julius Leber und dem Linksaußen Paul Levy. Herbert Frahm stellte sich offen auf die Seite von Paul Levy.
Dann der zweite Streit zwischen dem jugendlichen Heißsporn Frahm und seinem Förderer Julius Leber. Die Regierung Müller stand 1930 vor der Entscheidung, wegen einer lächerlichen Beitragserhöhung zur Arbeitslosenversicherung von ein Viertel Prozent, die aber dringend notwendig war, abzutreten oder zu bleiben. Der Lübecker Reichstagsabgeordnete und damalige Reichsarbeitsminister, Rudolf Wissell, war gegen die Erhöhung, Leber dafür. Herbert Frahm stellte sich auf die Seite von Rudolf Wissell und trat erneut gegen seinen Gönner an.
Die Regierung Müller mußte gehen. Die sogenannte Ära Brüning begann, zum Teil toleriert von den Sozialdemokraten. Neue Meinungsverschiedenheiten in der SPD waren die Folge. Die gemäßigte Mehrheit der SPD-Reichstagsfraktion wollte Brüning und der Weimarer Demokratie eine Chance lassen. Aber eine Minderheit des linken Flügels, unter Führung von Max Seydewitz und Kurt Rosenfeld, lief Sturm. Natürlich auch Herbert Frahm. Erneut standen sich Julius Leber und Herbert Frahm, sein damaliger junger Mitarbeiter am »Volksboten«, gegenüber. Immer wütender attackierte der fanatische Frahm den großen Sozialdemokraten Julius Leber. Im Sommer 1931 hatte der linke Flügel der SPD-Reichstagsfraktion offen mit den Kommunisten und anderen Gruppen gegen die eigene Fraktion gestimmt.
Es kam zur Trennung von den Rebellen. Max Seydewitz gründete die Sozialistische Arbeiterpartei (SAP). Das geschah ausgerechnet zu einer Zeit, als die Sozialdemokraten und Julius Leber um den Erhalt der Weimarer

Demokratie rangen und einen schweren Existenzkampf zwischen den totalitären Parteien zur Rechten und zur Linken, zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten zu bestehen hatten.
Und in dieser Stunde verriet Herbert Frahm Dr. Julius Leber. Wieder die Lübecker Nachrichten vom 5. März 1972: »In den ersten Oktobertagen des Jahres 1931 wurde auch in Lübeck ein Ortsverband der Sozialistischen Arbeiterpartei aus der Taufe gehoben. Erster Vorsitzender wurde der Schneider Fritz Natzke, zweite Vorsitzende waren Heinrich Wigger, von Beruf Eisenbahner und nach dem Krieg bis 1960 Mitglied der Bürgerschaft und Emil Peters, damals Student und später Lübecker Senator. Kassierer wurde Heinrich Bruhn. Herbert Frahm gehörte dem Vorstand als Leiter der örtlichen Jugendgruppe des Sozialistischen Jugendverbandes (SJV) an. Es war auch der junge Frahm, der in der Gaststätte Lender in der Lübecker Hundestraße einen Appell an die Arbeiterschaft verlas«.
Ein Ort, der später Schauplatz eines gräßlichen Mordes werden sollte.
»Unter seinem Einfluß liefen rund hundert Jugendliche von den Roten Pionieren zum neuen Sozialistischen Jugendverband über: Das war ein Viertel der Mitgliederschaft, der Sozialdemokratischen Jugendorganisation, der SAJ. Der SPD-Vorstand, mit Dr. Julius Leber an der Spitze, sah sich gezwungen, einzugreifen, um das Auseinanderfallen der SAJ zu verhindern. Im Gewerkschaftshaus kam es zu einer stürmischen Sitzung, die von lärmenden Jugendlichen gestört wurde. Leber schreibt darüber selbst im ›Volksboten‹: ›Und es standen als Anführer inmitten des wilden Haufens der Student Peters und der Schüler Frahm, die beide zu den Spaltern gehören.‹ Vergeblich hatte er zuvor versucht, seinen jungen Mitarbeiter Frahm zu überreden, sich nicht der neuen Partei anzuschließen.«
Bei dieser stürmischen Sitzung war auch Heinrich Bruhn (geboren am 11.11.1912) anwesend. Wie bereits erwähnt, war er damals im Ortsvorstand der Sozialistischen Arbeiterpartei als Kassierer tätig. Er sagte mir in einem Gespräch: »Als wir schließlich Flugblätter an die SPD-Mitglieder verteilten, die Herbert Frahm aufgesetzt hatte, prügelten uns die Reichsbanner-Leute aus dem Saal. Solche Prügeleien waren ja damals nicht selten. Herbert und ich haben immer kräftig mitgemischt.
Warum soll man das heute verheimlichen? Im übrigen glaube ich, daß der junge Herbert Frahm damals Recht hatte. Er war davon überzeugt, daß die SPD die Nazis falsch einschätzte. Julius Leber war der Meinung, daß man die Nazis an die Macht kommen lassen müsse. Sie würden sich dann als totale Versager erweisen und wieder abgewählt werden.«
Für Julius Leber muß es bitter gewesen sein, daß ihm ausgerechnet sein Schützling Herbert Frahm in den Rücken gefallen war.

Willy Brandt: »Leber versuchte, mich zurückzuhalten. Ob ich denn von allen guten Geistern verlassen sei? Die SAP sei doch nur ein halber Krüppelverein. Revolutionäre wollen sie sein? Impotente waren sie, die aus der Erkenntnis ihrer physischen oder sonstigen Unzulänglichkeit in den Radikalismus flüchten.«
Später versuchte Willy Brandt, die Einigungsversuche von Julius Leber zu bagatellisieren. Leber soll ihm damals gesagt haben: »Sie wissen doch trotz Ihrer Jugend ein gutes Buch, einen guten Tropfen, die Gunst eines schönen Mädchens zu schätzen...« Natürlich gibt es für dieses Gespräch heute keinen Zeugen mehr. Aber es ist wohl mehr als unwahrscheinlich, daß der gestandene Reichstagsabgeordnete Dr. Leber einem damals knapp 18jährigen solche Worte sagte.
Interessant nur, daß Brandt die angeblich von Leber gebrauchten Worte von »guten Tropfen« und »schönen Mädchen« in Erinnerung behalten haben will. Es liest sich wie eine vorgezogene Rehabilitierung für seine späteren unrühmlichen Sauf- und Weibergeschichten.
Julius Leber muß seinerzeit wohl wegen der SAP ganz andere Sorgen gehabt haben. Denn diese Partei bestand nicht nur aus linken SPD-Leuten, sondern auch aus Mitgliedern der sogenannten Großkommunistischen Parteiopposition (KPO), die von der KPD als »Trotzkisten« ausgestoßen worden waren. In dem Programm der SAP, das am 4. Oktober 1931 angenommen worden war, wurden als Ziele der »Sturz des Kapitalismus«, entweder »auf demokratischem Wege« oder in der Form der »proletarischen Diktatur« genannt. Die SAP verpflichtete sich in ihrem Programm, die Sowjetunion gegen Aggressionen kapitalistischer Staaten zu unterstützen.
Unter den Mitgliedern des ersten SAP-Vorstandes waren drei Persönlichkeiten, die nach 1945 in der sowjetzonalen SED eine führende Rolle spielen sollten: Max Seydewitz, der spätere sächsische Ministerpräsident, Edith Baumann, die langjährige FDJ-Führerin und Lebensgefährtin von SED-Chef Erich Honecker, und Hans Seigewasser, der Ostberliner Staatssekretär für Kirchenfragen. Sie waren die geistigen und politischen Weggefährten des jungen Herbert Frahm. Man muß es hier einmal klar betonen: Als Willy Brandt 1933 Deutschland verließ, war er nicht etwa Mitglied der SPD, jener aufrechten, kämpferischen und demokratischen Partei, deren Führer und Mitstreiter größtenteils in Deutschland blieben, gegen den Nationalsozialismus kämpften und für diesen Kampf in die Zuchthäuser Hitlers wanderten – Fritz Erler, Kurt Schumacher – sondern Brandt war erklärter Gegner der demokratischen SPD, war fanatischer Gegner der Weimarer Demokratie und propagierte als SAP-Mann mit den

Kommunisten die Volksfront. Und das eigentlich Tragische daran: Brandt kann diese Zeit nicht mit jugendlicher Unreife entschuldigen. Er hat seine Taten von damals auch niemals bedauert oder gar revidiert. Im Gegenteil. Fast vierzig Jahre später, am 9. Dezember 1971, bekannte Brandt anläßlich der Verleihung des Friedensnobelpreises in Oslo auf einer Pressekonferenz bei der Erläuterung seines politischen Lebenswerkes: »Ich glaube, meine grundlegenden Überzeugungen haben sich nicht geändert.«
Was meinte er mit seinen »grundlegenden Überzeugungen«? Das Parteiprogramm der SAP, seine Prügeleien mit den Nazis, den Sozaldemokraten oder gar sein pöbelhaftes Verhalten gegenüber Julius Leber?
Kommunisten und SAP-Leute stürmten damals fast ständig die NSDAP-Veranstaltungen. Bei meinen wochenlangen Recherchen in Lübeck habe ich begreifen müssen, daß es eine geschichtliche Lüge ist, daß es ausschließlich die Nazis sind, die vor 1933 mit ihrer SA in die Reihe der Schlägertruppen eingereiht werden müssen. Die SPD-Schutztruppe »Reichsbanner« war in Lübeck beweisbar mit polizeilich verbotenen Waffen ausgerüstet. Beweisbar ist auch die Tatsache, daß vor 1933 in Lübeck mehrere braune Fanatiker von roten Fanatikern umgebracht worden waren, aber kein roter Fanatiker von einem braunen. Zumindest in Lübeck waren es die radikalen Sozialisten und Kommunisten, die vor 1933 mit der Eskalation der Gewalt bei politischen Veranstaltungen begannen.
Die Reihen der Nazis wurden dadurch nur noch enger geschlossen und ihr Zulauf größer. Allein in der Zeit vom 1. Oktober 1930 bis zum 1. Februar 1931 hatte es etwa 20 Zusammenstöße zwischen »Rotfront« von der KPD und »Reichsbanner« von der SPD einerseits und der SA von der NSDAP andererseits gegeben. Den Nazis mußten die Überfälle wie ein Geschenk des Himmels vorgekommen sein. Und Willy Brandt selber bestreitet ja überhaupt nicht, kräftig mitgemischt zu haben. Wenn die Roten in die Veranstaltungen der Braunen gingen, stimmten sie gemeinsam die »Internationale« an. Dann sangen die Nationalsozialisten das Lied »Nun Hitler-Leute schließt die Reihe, zum letzten Kampf sind wir bereit, mit Blut woll'n wir das Banner weihen, zum Zeichen einer neuen Zeit«.
Die erste große Saalschlacht, die damals die Lübecker Zeitungen füllte, war am 11. Mai 1928. In einer 1935 erschienenen NSDAP-Broschüre schwelgen die Nazis geradezu in Erinnerungen an solche Wahlgeschenke der Roten. Wörtlich heißt es in dieser Broschüre:
»Schon eine Stunde vor Beginn war der Saal überfüllt. Insbesondere die Kommunisten unter ihrem Führer Klann waren überaus zahlreich vertreten. Sie hatten fast den ganzen Raum besetzt. Schon beim Betreten des Saales konnte man feststellen, daß es wie eine elektrische Spannung

über der Versammlung schwebte. Sie entlud sich denn auch hernach in einem Gewitter schwerster Art.
Die Kommunisten hatten offenbar planmäßig eine Störung der Versammlung vorbereitet. Sobald der Redner begonnen hatte, ließ sich deutlich erkennen, daß an verschiedenen Stellen des Saales bestimmte Gruppen die Aufgabe hatten, den Redner durch ständige Zwischenrufe zu unterbrechen, wenn nicht ihm das Reden unmöglich zu machen. Die Zwischenrufe nahmen zu, als der Gauleiter, wohl in Anbetracht der Zusammensetzung der Versammlung, vielleicht auch durch die Zwischenrufe veranlaßt, dazu überging, das Parteiprogramm zu entwickeln... Als dann aber in der Diskussion der Kommunistenführer Klann sprach, dabei die Redezeit überschritt und trotz wiederholter Verwarnungen kein Ende finden konnte, wurde er schließlich vom Versammlungsleiter und SA-Führer Pg. Schröder vom Versammlungspult entfernt. Das war für die Kommunisten das Signal zu einem wilden Tumult und wüsten Geschrei. Gauleiter Hildebrandt drohte daher, wie schon wiederholt vorher, von dem Hausrecht Gebrauch zu machen und durch die SA-Leute den Saal von den Ruhestörern räumen zu lassen. ›Wo sind sie denn, diese Säuglinge?‹ hohnlachten die Kommunisten. Aus taktischen Gründen hatte nämlich die Ortsgruppe nur 12 SA-Kameraden in SA-Uniform Aufstellung nehmen lassen, während die übrigen in Zivil und sogar ohne Abzeichen waren und die Kommunisten waren daher des Wahns, daß das von ihnen erblickte Dutzend SA-Uniformierter der ganze Saalschutz sei.
Sie sollten aber bald eines besseren belehrt werden, als nunmehr der Tumult in eine Saalschlacht, die schwerste der Lübecker Kampfzeit, überging.
Im Nu hatte sich die SA zu einer Linie formiert, und die ›Säuglinge‹ zeigten den Kommunisten, wo der Bartel Most holt. Die Lage war freilich verteufelt ungleich. Dort die durch nichts im schrankenlosen Besitz von Waffen aller Art behinderten Gegner. Hier die im Banne einer sie knebelnden Polizeiverordnung völlig waffenlosen Pg. Aber man wußte sich zu helfen: Tische, Bänke und Stühle wurden zu Schlag- und Wurfwerkzeugen. Pg. Otto Schneider aus Stuttgart erfaßte einen Tisch, drehte ihn mit solcher Vehemenz um, daß die Tischbeine sich lösten und zu Boden polterten, und während Schneider mit der Tischplatte dreinhieb, benutzten andere die Tischbeine als Prügelstöcke, mit denen sie Stockprügel wahllos nach rechts, nach links und geradeaus niederprasseln ließen. Pg. Himmelheber, gleichfalls aus Stuttgart, ergriff eine riesenlange Bank, mit der er Hiebe austeilte. Ähnliche Bilder boten sich dem Auge, wohin es blickte. Dazwischen sausten Biergläser durch die Luft und klirrten zersplittert zur Er-

de. Glasscherben und Mobiliartrümmer bedeckten den Boden. Ein wüstes Durcheinander sich prügelnder und tobender Massen. Mitten darin eine besonders rabiate Kommunistin, die an das Dichterwort denken ließ: ›Da werden Weiber zu Hyänen‹! Wie eine Furie sprang sie dem Pg. Kegel an die Gurgel, krampfte sich an ihm fest und wollte ihn beißen.
Alles das ging fast rascher vor sich, als es sich beschreiben läßt. In wenigen Minuten war der Saal von den Kommunisten gesäubert. Nicht wenige von ihnen hatten es bei der Flucht so eilig, daß sie den weiteren Weg durch den am Ende des langgestreckten Saales befindlichen Türausgang, den Weg durch das erste beste, ihnen nächstgelegene Fenster der langen Fensterfront, vorzogen. Einen baumlangen Kommunisten, der sich bei der Störung der Versammlung besonders hervorgetan hatte, bekam man, als er durch eines der Fenster Reißaus nehmen wollte, noch gerade zu fassen. Die Pg. Hans Koop und Gustav Mermer trieben ihn in die Enge und einer der SA-Männer, Pg. Erich Pahl, streckte ihn mit einem einzigen Schlage nieder.
Als das Überfallkommando erschien, war der ganze rote Spuk verflogen. Doch nein: Einige kommunistische ›Helden‹ hatten sich, wie sich hernach ergab, in den Toiletten und hinter der Bühne verkrochen.
Aber auch auf unserer Seite waren bei der Saalschlacht etliche verletzt worden. Am schwersten Mettscher. Seine Verletzungen waren derartige, daß er erst am 10. Oktober, also nach 5 Monaten, aus der ärztlichen Behandlung des Professor Hartmann entlassen werden konnte. Pg. Schröder hatte eine Armverletzung davongetragen. Pg. Kähler war am Kopfe erheblich verwundet worden. Dem Pg. Max Schreiner hatte man die oberen Zähne eingeschlagen. Der rundliche Pg. Schwohn lag besinnungslos am Boden. Die Sanitätskolonne leistete die erste Hilfe.
Als die Versammlung abgeklungen war, und der Saal still und menschenleer dalag, überblickte die Wirtin der ›Zentralhallen‹ händeringend und tränenden Auges das Trümmerfeld, das sich ihr bot. Zwanzig zertrümmerte Tische und drei zertrümmerte Stühle sowie viele Dutzend zu Glasscherben verwandelte Biergläser starrten sie wehmütig an. Für diesen Materialschaden verlangte sie von der Partei unter Klageandrohung 170,-- RM Schadenersatz. Man einigte sich vergleichsweise auf die Hälfte. Nun waren beide Teile mit dem Ergebnis der Zentralhallenversammlung zufrieden; die Wirtin wirtschaftlich und die Partei politisch.
›Pfui‹, sagten, verächtlich die Nase rümpfend, diese oder jene aus den oberen Gesellschaftsschichten Lübecks, als sie beim nächsten Morgenkaffee von den Vorfällen in der Zentralhallenschlacht in ihrer Zeitung lasen, ›pfui, sie prügeln sich, die Nazis mit den Roten? Igitt, Igitt, wie roh!‹ Frei-

lich, freilich meine Herrschaften, sie prügelten sich mit den Roten, verprügelten die Roten. Nicht nur in den Zentralhallen, sondern auch anderwärts, wo es nottat. Und das war gut so. Denn auch die schwächste in Betrieb gesetzte Denkmaschine ergibt, daß Terror nur durch Terror und nicht durch Geist gebrochen werden kann.
Großspurig aber erklärte der Kommunisten-Häuptling Klann nach dieser Versammlung trotz ihres für ihn und seine Genossen wenig rühmlichen Ausganges, daß ›diese Versammlung die letzte der verfluchten Nazis in Lübeck gewesen sei‹, und – bewies damit sein erstaunlich geringes Augenmaß.«
Soweit die Schilderung der Nazis, aus der deutlich wird, wie sehr die Roten in dieser Zeit die NSDAP »hochjubelten«.
Tatsache ist, daß es nach der Zentralhallenschlacht mit der NSDAP in Lübeck geradezu stürmisch bergauf ging. Die NSDAP, in Lübeck zunächst völlig unbedeutend, nahm der SPD und der KPD von Wahl zu Wahl mehr Stimmen ab. Mit dem Schlagwort »Wir sind Sozialisten der Tat« liefen die Arbeiter zu den Nazis über.
Bei der Reichstagswahl vom 31. Juli 1932 eroberte die NSDAP 230 Sitze, die SPD 130, die Kommunisten 89, das Zentrum 75, die Deutsch-Nationalen 37 und die Bayerische Volkspartei 22.
Bei der Bürgerschaftswahl in Lübeck im November 1932 errangen die Nazis einen geradezu sensationellen Wahlerfolg. Hier das Ergebnis (die in Klammern angegebenen Zahlen zeigen die Zahl der Sitze aus der Wahl von 1929 an):
SPD 29 (34), NSDAP 27 (6), KPD 9 (7), HVB 5 (29), Haus- und Grundbesitzer 4 (1), Deutschnationale Volkspartei 4, Deutsche Staatspartei 1, Zentrum 1.
Es ist überflüssig, diese Zahlen näher zu kommentieren.
Das war die Zeit, in der Herbert Frahm vor allem SPD-Veranstaltungen störte und von sozialdemokratischen Reichsbanner-Leuten aus SPD-Veranstaltungen geprügelt werden mußte!

Siehe Fotos Seite 60 und 61





Nazis in Lübeck: Die Linksradikalen schaukelten sie hoch. Aber es ärgerte die Nazis, daß man sie für »Sozialisten« hielt.



»Gauleiter« Hildebrandt hielt den jungen Frahm schlicht für besoffen, weil er so gut geredet hatte.

Der Mord in der Hundestraße

In der Nacht zur Reichstagswahl, am 31. Juli 1932, wurde in der Lübecker Hundestraße ein grauenvoller Mord begangen, den politische Gegner später nur allzu gern Willy Brandt in die Schuhe schieben wollten. In dieser Nacht wurde der Kaufmannsgehilfe Willi Meinen erstochen und erschlagen. Als Täter wurden ein Jahr später zwei SPD-Mitglieder festgenommen. Einer der beiden war kriminell, der andere völlig unbescholten. In einem aufsehenerregenden Gerichtsverfahren wurde beiden die Tat nachgewiesen.

Fest steht, daß Willy Brandt an diesem Mord nicht beteiligt war. Trotzdem: Die Gerüchte verstummten nie. Durch eine lange Reihe ungewöhnlicher Vorkommnisse und durch die Flucht des jungen Frahm 1933 aus Deutschland bekamen sie neuen Auftrieb. Noch heute sind diese Gerüchte nicht verstummt. Fast alle Lübecker Sozialdemokraten, die sich an die damalige Mordnacht noch erinnern können, behaupten bis zum heutigen Tage: »Einer der Täter hat die Schuld auf sich genommen, um einen Unbekannten zu decken.«

Um jegliche Spekulationen zu diesem Thema zu beenden, habe ich den Mord in der Hundestraße noch einmal in allen Einzelheiten rekonstruiert – soweit das nach fast 55 Jahren noch möglich ist.

1932 war die politische Stimmung in Lübeck auf dem absoluten Siedepunkt. Die Schuldenlast Lübecks war auf etwa 57 Millionen Reichsmark angewachsen. Für die damaligen Verhältnisse eine schier unvorstellbare Summe. Für Verzinsung und Amortisation mußten fast 5 Millionen, das heißt fast 15 Prozent der Gesamteinnahmen aufgebracht werden. Das Defizit im Lübecker Haushalt betrug bereits 8 Millionen Reichsmark. Mit seinen 130.000 Einwohnern zählte die alte Hansestadt 21.000 Erwerbslose und stand damit an dritter Stelle in ganz Deutschland. In diesem Jahr hatte die NSDAP vor der Machtübernahme den größten Zulauf. Bei der Reichspräsidentenwahl kandidierten Hindenburg, Hitler und der KPD-Führer Ernst Thälmann. Hindenburg bekam schließlich 19 Millionen Stimmen, Adolf Hitler 13 Millionen und Ernst Thälmann 3 Millionen Stimmen.

Die Lübecker Polizei ließ wenig später die SA-Unterkünfte in der Stadt schließen. Hindenburg protestierte dagegen, weil »insbesondere durch Schließung irgendwelcher Unterkunftsräume niemand obdachlos werden solle«. Solche Maßnahmen gaben den Nazis nur weiteren Auftrieb. Im benachbarten Mecklenburg bekam die NSDAP bei der Landtagswahl am 5. Juni 1932 30 Mandate, alle übrigen Parteien zusammen dagegen nur

29. In Scharen waren die Arbeiter, bislang sozialdemokratische Stammwähler, zur NSDAP übergelaufen. Dann die Reichstagswahl.
In dieser Nacht war der Handlungsgehilfe Willi Meinen in der Lübecker Hundestraße in die Gastwirtschaft Feller gegangen. Er arbeitete bei seinen Eltern in einem Geschäft in der Kleinen Burgstraße. Es war die Nacht von Sonnabend auf Sonntag. Sein Geburtstag. Kurz nach Mitternacht hatte er sich am Schanktisch ein Glas Bier bestellt. Willi Meinen trug einen NSDAP-Anstecker am Revers. Mitglied der Partei war er nicht. Mit einem Bekannten sprach er über Politik. Zwei junge Sozialdemokraten hatten das gehört. Beide waren Minuten zuvor mit dem Ruf »Freiheit« und erhobener Faust in die Wirtschaft gekommen. Mit dem Wort »Freiheit« begrüßten sich damals die Mitglieder des sozialdemokratischen Reichsbanner. Am Biertresen kam es zwischen den beiden und Willi Meinen zu einer harten Diskussion. Schließlich rissen sie dem 26jährigen das NSDAP-Zeichen ab.

Der »Lübecker General-Anzeiger« vom 31. Juli 1932 berichtete: »Da die Lage bedrohlich wurde, verließen verschiedene Gäste das Lokal, und auch Meinen folgte ihnen, um nach Hause zu gehen. Die beiden Skandallustigen stürmten hinter Meinen her und riefen ihm an der Ecke Tünkenhagen zu, er möge sich aus dem Staube machen, sonst bekäme er noch Schläge. Meinen eilte die Hundestraße hinauf, verfolgt von den beiden Gegnern. Diese schrien nun laut, man möge den Nazi halten. Aus Gängen und Höfen sprangen Männer heraus und verstellten Meinen den Weg, so daß ihn seine Verfolger erreichten. Sie fielen sofort über ihn her und bearbeiteten ihn namentlich mit Messern auf geradezu bestialische Weise. Meinen wurde am Hals und in der Herzgegend so schwer getroffen, daß er tot zu Boden fiel. Die Leiche wurde in die Leichenhalle des Allgemeinen Krankenhauses gebracht. Der Kriminalpolizei konnte erfreulicherweise eine derartig genaue Beschreibung der Täter gegeben werden, daß ihre Festnahme nur eine Frage kurzer Zeit sein dürfte. Die Nachricht von der Bluttat durcheilte noch am Sonntag die ganze Stadt und rief überall tiefste Empörung hervor.
Von der Nationalsozialistischen Partei wird uns zu der Bluttat noch mitgeteilt, daß Meinen gar nicht der Nationalsozialistischen Partei angehörte. Auf die Rufe: ›Haltet den Nazi!‹ sollen besonders aus dem Verkehrslokal des Arbeitersportvereins zahlreiche Männer herausgestürzt sein, die Meinen die Flucht unmöglich machten.
Am Nachmittag kam es noch in der Fischstraße zu Zusammenstößen, wobei einige Scheiben zertrümmert wurden.«

Auf einer anderen Seite der selben Zeitung hieß es unter der Überschrift »Die Bluttat in der Hundestraße«:
»Der auf so niederträchtige Weise hingemordete Handlungsgehilfe Meinen mußte auf seiner Flucht vor den beiden ihn verfolgenden Reichsbanner-Leuten die Lendersche Wirtschaft in der Hundestraße passieren. In der Lenderschen Wirtschaft, (der Verfasser: eine von Herbert Frahm bevorzugte Gastwirtschaft. Siehe dazu Seite 54) dem Verkehrslokale des Arbeitersportvereins, befand sich eine Wache von dreißig Mann. Vor der Tür standen ständig zwei Posten. Als diese Posten die Rufe der verfolgenden beiden Leute hörten, den ›Nazi‹ festzuhalten, sprangen sie vor und stellten dem flüchtenden Meinen ein Bein. So erreichten die Verfolger und vielleicht auch weitere Personen ihr Opfer, das sie mit Schlägen und Messerstichen grauenhaft zurichteten. Die Halsschlagadern waren aufgerissen und auch die Brust in der Gegend des Herzens. Obgleich die Polizei unmittelbar darauf zur Stelle war, kam jede Hilfe zu spät...«
Mit ihrer Vermutung, daß die Festnahme der Täter nur eine Frage von Tagen sein werde, behielt die Zeitung unrecht. Die Hundestraße gehörte damals zu einem knallroten, von Sozialdemokraten und Kommunisten bevorzugten Wohngebiet. Eine fast sektiererisch verschworene Gemeinschaft unter Sozialdemokraten, die fest zusammenhielt. Es konnte überhaupt keinen Zweifel geben: Etliche Männer mußten die Mörder erkannt haben.
Aber am 4. August 1932 berichtete der Lübecker General-Anzeiger unter Lübeckische Angelegenheiten: »Die Nachforschungen der Kriminalpolizei wegen der Untat in der Hundestraße in der Nacht zum Sonntag scheinen auf einem toten Punkt angelangt zu sein. Es besteht die Gefahr, daß die unmenschlichen Täter, die den einzigen Sohn alter Eltern auf so niederträchtige Art und Weise abschlachteten, unentdeckt bleiben werden. Fünf Zeugen, Reichsbanner-Leute und Kommunisten, waren bei der Tat zugegen. Sie haben den Mann stürzen sehen und müssen auch gesehen haben, wer über ihn herfiel. Aber keiner von ihnen kann Angaben über die Messerstecher machen. Das ist denn noch *höchst merkwürdig....*
Die Polizei meldet heute zu der Bluttat in der Hundestraße: Die bisherigen Nachforschungen und die Vernehmungen zahlreicher Personen in der Mordsache Meinen in der Nacht zum Sonntag in der Hundestraße haben noch nicht zur Ergreifung der Täter, die den Meinen die tödlichen Dolchstiche beigebracht haben, geführt. Die Mithilfe des Publikums, dessen Mitarbeit gerade in diesem Fall von größtem Wert ist, fiel bisher sehr spärlich aus. Von einer weiblichen Person wurden fernmündliche Angaben über die Täter gemacht, sie waren aber so undeutlich, daß weder Namen

noch Adresse verstanden wurden. Bei Nachfrage hatte die Anrufende das Gespräch unterbrochen, so daß deren Mitteilung wertlos blieb. Die Frau wird ersucht, sich nochmals auf irgendeine Weise mit der Kriminalpolizei in Verbindung zu setzen und ihre Angaben zu wiederholen. Strengste Verschwiegenheit wird zugesichert. Das Polizeiamt sichert demjenigen, dessen Angaben die Überführung der Täter ermöglichen, *eine Belohnung von 500 RM* zu. Kommen für diese Belohnung mehrere Personen in Frage, so behält das Polizeiamt sich vor, die Summe unter die Beteiligten nach seinem Ermessen zu verteilen.«
500 Reichsmark als Belohnung – das war 1933 eine stattliche Summe. Soviel bekam ein Arbeitsloser noch nicht einmal in einem ganzen Jahr gezahlt. Aus den immer noch vorhandenen Gerichtsunterlagen der damaligen Zeit geht hervor, daß eine junge Kellnerin mehrfach unschuldige Personen als Täter angab. Dieses Mädchen hatte nur ein Ziel: Die Belohnung kassieren. Alle ihre Angaben stellten sich später als falsch heraus.
Fast zur gleichen Zeit waren von der Polizei als mögliche Täter die beiden Reichsbanner - und SPD-Mitglieder Lagerarbeiter Karl Kaehding (26) und Nieter Johannes Fick (29) festgenommen worden. Der unverheiratete Kaehding war völlig unbescholten, Johannes Fick dagegen hatte ein langes Sündenregister: Diebstahl, Körperverletzung, Widerstand gegen die Staatsgewalt, Gefangenenbefreiung. Doch beide mußten nach kurzer Zeit wieder auf freien Fuß gesetzt werden. Die Reichsbanner-Leute, Maschinenschlosser Heinrich Koop und Hafenarbeiter Hans Kreutzfeldt, machten zugunsten der Festgenommenen eine Falschaussage. Das rettete den beiden Beschuldigten zunächst den Kopf.
Karl Kaehding war in der Mordnacht gegen zwei Uhr morgens nach Hause gekommen und hatte sich schlafen gelegt. Mit seinem Bruder Ernst hatte er ein gemeinsames Zimmer. Der heute 78 Jahre alte Rentner Ernst Kaehding erinnert sich noch an die Nacht: »Karl legte sich zu Bett, als wenn nichts gewesen wäre. Mein Bruder war überaus gutmütig, nur beim Trinken neigte er zum Jähzorn. 2 Tage nach dem Mord in der Hundestraße nahm man ihn fest. Er blieb 48 Stunden hinter Gittern. Wir waren uns alle aber sicher, daß er mit dem Mord nichts zu tun haben konnte. Gesprochen wurde in der Familie über die Bluttat nicht. Ich hätte so gern, daß sich die Unschuld meines Bruders herausstellt. Er war es nicht, er war es nicht.« (Siehe Foto auf Seite 66.)
Die schon erwähnte Sozialdemokratin Martha Kock (87) ist genau – wie fast alle Sozialdemokraten – fest von der Unschuld des Karl Kaehding überzeugt: »Ich erinnere mich noch genau daran, wie die Familie Kaehding in der Nazizeit verpönt wurde. Dabei hatte Kaehding den Mord über-

haupt nicht begangen. Wir glaubten damals alle, daß er die Schuld für einen anderen auf sich genommen hatte.«
Willy Brandts Halbbruder, der Justizvollzugs-Beamte Günter-Ludwig-Franz Kuhlmann (58) (siehe dazu Seite 159) wird in einem Gespräch mit mir noch konkreter: »Mutter hat mir immer erzählt, daß Karl Kaehding den Mord auf sich genommen hat, um einen Familienvater zu schützen, der 4 oder 5 Kinder hat.«



Ernst Kaehding, der Bruder des Verurteilten, ist noch heute davon überzeugt: »Karl wurde zu Unrecht verurteilt.« Hier mit Joachim Siegerist.

Die 1921 geborene Sozialdemokratin Helga Wiedera, deren Vater, Wilhelm Schmuhl, bei der SPD die Beiträge kassierte, erklärte mir: »In der SPD waren für Karl Kaehding schon gefälschte Fluchtpapiere besorgt worden. Ich weiß es von Vater. Karl Kaehding sollte zusammen mit Herbert Frahm fliehen. Aber Karl Kaehding wollte nicht. Er sagte immer wieder: Ich gehe nicht. Ich habe nichts getan.«
Auch auf mehrfaches Befragen blieb Helga Wiedera dabei, daß Karl Kaehding zusammen mit Herbert Frahm fliehen sollte. Ich selber halte die-

se Version aber für unwahrscheinlich. Da Herbert Frahm zu der damaligen Zeit als Mitglied der kommunistenfreundlichen Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP) die SPD und das Reichsbanner wütend bekämpfte (er war als Störenfried selber vom Reichsbanner verdroschen worden), ist kaum anzunehmen, daß ein SPD- und Reichsbanner-Mann ausgerechnet mit ihm zusammen fliehen wollte.
Ich glaube allerdings, daß Helga Wiedera diese Angaben aus tiefer Überzeugung gemacht hat, weil sie absolut sicher ist, die Angaben ihres Vaters noch in genauer Erinnerung zu haben. Noch heute ist sie Sozialdemokratin. Sie erinnert sich noch daran, wie nach 1933 die Nazis die Wohnung ihrer Eltern stürmten und jeden Winkel nach der Mitglieder-Liste der Partei absuchten. Aber ihr Vater hatte sie vorher in eine Milchflasche gestopft und im Garten vergraben. Dieser tapfere Mann ließ sich von der Gestapo lieber vor seiner Frau und den Kindern verprügeln und längere Zeit ins Gefängnis stecken, als seine Parteifreunde zu verraten. Helga Wiedera: »Schon allein aus Liebe zu Papa würde ich nie etwas anderes als die SPD wählen.«
Ist einer solch überzeugten Sozialdemokratin etwa der Vorwurf zu machen, daß sie bewußt falsche Angaben über den heutigen SPD-Vorsitzenden Willy Brandt macht?
Trotz entlastender Aussagen: Karl Kaehding blieb bei der Polizei weiter in Verdacht. Wähnte er sich in völliger Sicherheit, war er wirklich unschuldig? Fest steht, daß er eine Flucht ins sichere Ausland ablehnte. Karl Kaehding hatte ein seetüchtiges Motorboot. Die unauffällige Flucht – zum Beispiel nach Dänemark – wäre für ihn eine Leichtigkeit gewesen.
Dann kamen die Nazis an die Macht. Karl Kaehding und Johannes Fick wurden erneut festgenommen. Mitte September 1933 begann der Prozeß. Inzwischen unterstanden nahezu alle deutschen Zeitungen der Zensur von Reichspropaganda-Minister Joseph Goebbels. Deswegen müssen auch die nachfolgenden Berichte aus dem »Lübecker Volksboten« mit Vorsicht genossen werden. Sie decken sich allerdings in den wesentlichen Punkten mit den aufbewahrten Gerichtsunterlagen und mit den Aussagen von Zuhörern dieses Prozesses, mit denen ich gesprochen habe. Hinzu kommt, daß die Lübecker Justiz 1933 noch weitgehend frei von NSDAP-Mitgliedern war und an einem fairen Verfahren – nach Aussagen der Lübecker Staatsanwaltschaft von heute - kein Zweifel bestehen kann.

Am 15. September 1933 berichtete der »Lübecker Volksbote« folgendes: »Schon Stunden vor Beginn der heutigen Schwurgerichtsverhandlung versammelten sich in der Nähe des Gerichtsgebäudes viele Hunderte von

Menschen, die im Zuschauerraum des Strafkammersaals den Prozeß gegen die beiden Meinen-Mörder Karl Kaehding und Johannes Fick sowie gegen Koop und Kreutzfeldt, die bei der Vernehmung über die Mordsache Meinen Meineide geleistet haben, miterleben wollten. Der Strafkammersaal selbst war besonders in den Reihen, die für Beamte des Gerichts bestimmt sind, gedrängt voll. An dem Prozeß nahmen von Anfang an teil der Reichsstatthalter Friedrich Hildebrandt, der Bürgermeister Dr. Drechsler, Justizsenator Dr. Böhmcker und Staatsrat Helm. Ferner bemerkte man hohe Beamte der Staats- und der politischen Polizei: Kommissar Bock, Oberstleutnant Kriebaum u.a.
Kurz nach 9 Uhr erschien das Gericht unter Führung von Landgerichtsdirektor Schrader, dem die beiden Beisitzer Landgerichtsrat Mollwo und Landgerichtsrat Staunau zur Seite stehen. Oberstaatsanwalt Dr. Lienau vertrat die Staatsanwaltschaft, am Tisch der Verteidiger nahmen die Rechtsanwälte Dr. Hartmann (Offizialverteidiger Ficks), Dr. Dose (für Kaehding) und Dr. Meyer-Lüerßen (für Koop und Kreutzfeldt) Platz. Als Sachverständige bemerkte man die beiden Polizeiärzte Dr. Diederichs und Dr. Matthias und, von der Heilanstalt Strecknitz, Dr. Enge. Die beiden Hauptangeklagten Kaehding und Fick saßen in der ersten Angeklagtenreihe, dahinter Koop und Kreutzfeldt.
Als der Gerichtshof erschien, erhoben sich alle Anwesenden und grüßten mit dem Hitlergruß, den das Gericht erwiderte. Darauf wurden die sechs Geschworenen König, Morgenstern, Hardt, Multhaupt, Blecker und Lützenkirchen für die neue Schwurgerichtsperiode vereidigt.
Als Zeugen sind geladen: Polizeihauptwachtmeister Fokuhl, Kriminalkommissar a. D. Raht, Kriminalsekretär Schmidt, Schuhmachermeister Voß, Schankwirtin Feller, Ehefrau Karg, Steinschleifer Roggenkamp, Arbeiter Gründert, Kellner Petersen, Arbeiter Falkenhagen, Arbeiter Winkelmann, Schneider Prestin, Arbeiter Schulz, Arbeiter Arndt, Arbeiter Haertel, Arbeiter Haase, Schuhmacher Meier, Ehefrau Meier, Ehefrau Klaßen, Hausangestellte Klafak, Posthelfer Schwarz, Vorarbeiterin Schwarz, Seemann Kniephof, Schneidermeister Hartwig, Arbeiter Randow, Arbeiter Neelsen, Schlosser Urbahn, Klempner Hannemann, Schmiedemeister Meyer, Lagermeister Henck, Kriegsinvalide Schäfer, Karl Drefers, Polizeibeamter a. D. Koop, Hartwig Myrau, Kaufmann Callsen, Abteiungsleiter Oldorp, Gloe, Engel. – Die Zeugen Falkenhagen, Prestin, Hannemann, Schmiedemeister Meyer, Polizeibeamter a. D. Koop, Myrau und Abteilungsleiter Oldorp werden aus der Schutzhaft vorgeführt.
Nach dem Aufruf der Namen dieser Zeugen wurden diese zunächst bis zur Beendigung der Vernehmung der vier Angeklagten entlassen.

Der Vorsitzende Landgerichtsdirektor Schrader ging dann die Personalien der vier Angeklagten durch.
Karl Hans Friedrich Kaehding wurde am 16. März 1906 in Lübeck geboren. Von Beruf ist er Lagerarbeiter. Zuletzt wohnte er Meierstraße 32. Er hat die Volksschule besucht und ist nicht vorbestraft. Er hatte einen Wochenverdienst von 31,50 Mark.
Der Nieter Johannes Martin Georg Fick wurde am 18. April 1903 in Lübeck geboren. Er ist verheiratet und hat zwei Kinder im Alter von sieben und einem Jahr. Auch er hat die Volksschule besucht. Im Gegensatz zu Kaehding ist er aber ganz erheblich vorbestraft. Bereits 1920 erhielt er vom Jugendgericht eine Gefängnisstrafe. Noch im gleichen Jahre verurteilte ihn das Schöffengericht wegen gemeinsamen schweren Diebstahls zu sechs Monaten Gefängnis. 1922 erhielt er wegen Diebstahls im Rückfalle ein Jahr Gefängnis. Die weiteren Strafen: 1927 wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt und Körperverletzung drei Monate Gefängnis, 1927 wegen Diebstahls im Rückfalle ein Jahr und einen Monat Gefängnis; 1929 wegen gemeinschaftlicher Körperverletzung und groben Unfugs neun Monate Gefängnis und zwei Wochen Haft, wegen Gefangenenbefreiung und Widerstand gegen die Staatsgewalt zwei Monate Gefängnis; 1932 wegen Unterschlagung fünf Monate Gefängnis! – Man sieht: bei Fick handelt es sich um einen geborenen Verbrecher.
Der Maschinenschlosser Heinrich Friedrich Christian Koop wurde am 12. August 1904 in Lübeck geboren. Er ist verheiratet, hat die Volksschule besucht und ist nicht vorbestraft.
Der Hafenarbeiter Arthur Heinrich Hans Kreutzfeldt wurde am 16. Februar 1905 in Lübeck geboren. Er wohnte zuletzt Friedenstraße 52, er ist ohne Vermögen und hat Volksschulbildung.

Der Eröffnungsbeschluß

Das Hauptverfahren gegen die vier Angeklagten wurde eröffnet durch Beschluß der Strafkammer vom 25. August 1933
gegen Kaehding und Fick, weil sie am 31. Juli 1932 den am 31. Juli 1906 in Lübeck geborenen Handlungsgehilfen Wilhelm Meinen vorsätzlich getötet und diese Tötung mit Überlegung ausgeführt haben sollen;
gegen Koop und Kreutzfeldt, weil sie, Koop am 13. Oktober 1932 und Kreutzfeldt am 3. November 1932, vor einer zur Abnahme von Eiden zuständigen Stelle, nämlich dem Lübecker Amtsgericht, ein wissentlich falsches Zeugnis mit dem Eide bekräftigt haben.
Nach Verlesung des Eröffnungsbeschlusses begann die Vernehmung des Angeklagten Karl Kaehding.

Der Vorsitzende forderte ihn auf, seinen Lebenslauf zu schildern. Kaehding besuchte zunächst sieben Jahre die St.-Gertrud-Schule in Lübeck und ging dann aufs Land, wo er den Schulbesuch abschloß und anschließend anderhalb Jahre bei Bauern arbeitete. Dann kehrte er nach Lübeck zurück und nahm Arbeit bei der Firma Hans Neelsen. Dort hat er die Stellung eines Hausburschen bekleidet. 2½ Jahre arbeitete er bei der Firma Ernst Callsen in der Mengstraße. 1927 kam er dann bei Haukohl an, bei dem er seit 1927 Lagerarbeiter war. Bis zu seiner Verhaftung hat er dort gearbeitet.
Vors.: Von wann ab haben Sie sich mit Politik beschäftigt?
Angekl. Kaehding: Seit 1924. Damals sah ich das Jungbanner durch die Straßen marschieren, und da die Soldatenspielerei mir Spaß machte, bin ich dem Reichsbanner beigetreten. Dem Reichsbanner und der Sozialdemokratischen Partei habe ich angehört bis beides aufgelöst wurde.
Vors.: Haben Sie sich im Reichsbanner besonders hervorgetan?
Angekl.: Ämter hatte ich nicht, ich gehörte aber später der sog. Technischen Abteilung an, die immer für Saalschutz und für Werbemärsche herangezogen wurde. In der Technischen Abteilung befanden sich in der Hauptsache nur Jugendliche, weil die Älteren die Anstrengungen nicht ertragen hätten.
Vors.: Sie sollen auf Ihrer Arbeitsstelle eine ziemlich starke Werbetätigkeit ausgeübt haben; man hat gesagt, Sie seien fanatisch für die SPD eingetreten.
Angekl.: Ja, es waren viele Lehrlinge bei uns; mit denen habe ich über diese politischen Dinge gesprochen. Ich war wohl Fanatiker, denn ich habe selten im Reichsbannerdienst gefehlt. Verschiedentlich habe ich auch Zusammenstöße mit Nationalsozialisten mitgemacht.
Vors.: Hatten Sie bei diesen Zusammenstößen auch Waffen mit?
Angekl.: Nicht immer. Aber es ist sehr häufig vorgekommen, daß unser Führer, der Kesselschmied Meyer, uns auf dem Hof des Gewerkschaftshauses gesagt hat: Bringt Kaffeemühlen und Bohnen mit!
Vors.: Was war denn das?
Angekl.: Da kam allerhand Scheißdreck zusammen: Revolver, Messer, Gummiknüppel...
Vors.: Verwenden Sie nicht solche Ausdrücke!
Angekl.: Manchmal haben wir auch direkt Order von Meyer bekommen, Schlägereien mit den Nationalsozialisten zu inszenieren, z.B. einmal auf Marli. Da hatte aber offenbar die Polizei schon vorher den Braten gerochen, und so konnten wir die Nationalsozialisten nicht, wie es geplant war, verdreschen.

Vors.: Nun erzählen Sie, was Sie am 30. Juli 1932, am Tage vor der Tat und vor den Reichstagswahlen gemacht haben.
Angekl.: An dem Sonnabend bin ich früh aufgestanden, denn meine Arbeit begann um 7 Uhr. Mittags um 2 Uhr bin ich von der Arbeit nach Hause gefahren. Nachdem ich dann abends gegessen hatte, habe ich mich zu den Ausstellungshallen begeben, wo eine Versammlung der SPD stattfand. Nach Beendigung dieser Versammlung sind wir vom Reichsbanner eingeteilt worden. Acht Mann, darunter Fick und ich, sollten zur Roeckstraße gehen, um dort die Filiale des Konsumvereins zu schützen. Als wir dort ankamen, wurde uns von dem Filialleiter gesagt, das sei nicht nötig. Deshalb gingen wir in das Lokal von Lender in der Hundestraße, wo wir vom Reichsbanner stationiert waren. Wir mußten uns also von amtswegen dorthin begeben. Unsere Reichsbannerhundertschaft sollte im Lokal von Lender in Bereitschaft liegen.
Vors.: Waren Sie an diesem Abend auch bewaffnet?
Angekl.: Offiziell nicht, aber ich hatte, da mir die Lage kritisch schien, einen etwa 15 Zentimeter langen Dolch zu mir gesteckt, um im Falle eines Falles etwas bei mir zu haben. Dieses Dolchmesser habe ich einer Kiste oder einem Schrank im Gewerkschaftshaus entnommen. Nachdem wir bei Lender etwa 2½ Stunden gesessen und etwa vier kleine Bier getrunken hatten – in der Ausstellungshalle hatte ich ebenfalls Bier getrunken, etwa zwei Glas – kriegten Fick und ich Bescheid, uns nach der Breiten Straße in der Höhe der Schiffergesellschaft zu begeben, um dort bis zur Ablösung Wache zu halten. Wir blieben aber nur eine halbe Stunde bei dem Haus der Schiffergesellschaft und gingen dann die Engelsgrube hinunter. In der Böttcherstraße kehrten wir dann im »Leuchtturm« ein. Dort haben wir ordentlich was getrunken: wohl wieder vier Glas Bier.
Vors.: Sie haben also statt Wache zu halten, bei der Schiffergesellschaft getrunken und haben den Dienst geschwänzt?

Angekl.: Ja. Mehrere Stunden später kehrten wir dann in der Gastwirtschaft von Feller in der Hundestraße ein. Beim Betreten des Saals grüßten wir die Anwesenden mit unserem Ruf: »Freiheit!« Eine Uniform trugen wir nicht, wir waren aber als Reichsbannerleute durch den Riemen an der Mütze kenntlich. Ich glaube, wir mußten an dem Abend alle Abzeichen zu Hause lassen.
Vors.: War die Wirtschaft gefüllt?
Angekl.: Es war allerhand Betrieb!
Vors.: Haben Sie den später getöteten Meinen gesehen?
Angekl.: Ja, nicht aber sein Abzeichen. Ich hätte ihn nicht als Nationalso-

zialisten erkannt, wenn Fick dem Meinen nicht das Abzeichen heruntergerissen hätte.
Vors.: Wie bekam denn Fick Streit mit Meinen?
Angekl.: Als Fick sich zur Tonbank begab, an der noch der mir damals unbekannte Charly Falkenhagen stand, glaubte ich, Fick wolle mit Meinen einen trinken. Deshalb habe ich Fick nicht weiter beachtet. Mit einem Mal kam zwischen den beiden die Kabbelei.
Vors.: Fick behauptet, Sie hätten zuerst mit Meinen Streit angefangen!
Angekl.: Das ist nicht wahr! Fick rief mir zu: Kiek mal, Korl! und riß Meinen das Abzeichen herunter.
Vors.: Hat sich denn Meinen nicht gewehrt?
Angekl.: Er hat geschimpft! Als wir dann, nachdem Fick und ich noch ein Glas Bier getrunken hatten, auf die Straße gingen, verließen auch bald Meinen und noch einige andere das Lokal. Diese gingen die Hundestraße hinauf zur Königstraße. Wir gingen hinterher. An der Ecke Tünkenhagen und Hundestraße blieben Meinen und die anderen stehen. Ich bin auf die Gruppe zugegangen und habe zu Meinen gesagt: Mak blot, dat du wegkummst, sonst kriggst du noch de Jack vull! Darauf hat Meinen erwidert: »Wat wullt du denn?« Das klang mir so herausfordernd, daß ich Meinen schlug, der darauf flüchtete.
Vors.: Aber ist nicht schon vorher beschlossen worden, Meinen eine Abreibung zu verabfolgen?
Angekl.: Ja, davon hat Fick gesprochen, als wir die Fellersche Wirtschaft verließen.
Vors.: Wie haben Sie Meinen denn an der Ecke geschlagen?
Angekl.: Mit der Faust ins Gesicht! Darauf lief er weg. Fick lief gleich hinterher und rief mir zu: Kumm Korl, dann mütt wi lopen! Ich war erbost über Meinen und lief ebenfalls hinterher.
Vors.: Dann müßten Sie uns doch auch erzählen können, worüber Sie erbost hätten sein können!
Angekl.: Ja, weil Meinen gesagt hatte: Wat wullt du denn?
Vors.: Also dann wollten Sie ihm eine Abreibung geben. Was verstehen Sie darunter?
Angekl.: Wir wollten ihn ein bißchen prügeln!
Vors.: Wann haben Sie nun zugestochen?
Angekl.: Als wir Meinen erreicht hatten, kriegte er zunächst einen Schlag auf den Kopf. Dann glaubte ich, daß Meinen auf mich zukommen wollte. Da habe ich zum Dolch gegriffen und habe zugestochen, weil ich nicht mehr wußte, was geschah. Fick hatte ihn ebenfalls geschlagen. Wie viel Stiche ich dem Meinen versetzt habe, weiß ich nicht. Wenn Sie mir heute

sagten: es sind hundert gewesen, so müßte ich das glauben. – Ich glaubte, als Meinen seine Hand in die Tasche tat, er wolle einen Revolver ziehen und damit auf mich schießen!
Vors.: Aber Angeklagter! Sie haben ein volles Jahr lang Zeit gehabt, über die Dinge nachzudenken. Wenn jemand solange über eine solche Tat nachdenken kann, dann ist es doch selbstverständlich, daß er sich alles klarmacht, was zu seiner Entschuldigung dienen kann! Sie wissen doch, daß, wenn Schlägereien vorkommen, immer zwei Ausreden vorgebracht werden: erstens will man betrunken gewesen sein und zweitens soll stets der andere angegriffen haben oder man will doch den Eindruck gehabt haben, daß der andere angreifen wollte. Nun kommen auch Sie mit diesen Ausreden. Aber obgleich Sie sich ein volles Jahr lang die Entschuldigungsgründe zurechtlegen konnten, haben Sie bei der polizeilichen Vernehmung Anfang August 1933 kein Wort davon gesagt, daß Meinen so getan habe, als ob Sie sich angegriffen fühlten! Und ferner haben Sie vor dem Kriminalsekretär Schmidt, der Sie polizeilich vernahm, bekundet, daß Sie sich an dem Abend zwar in fideler Stimmung befunden hätten, daß Sie aber, so haben Sie ausdrücklich zu Protokoll gegeben, nicht betrunken gewesen seien! Später wollen Sie alles umdrehen!
Angekl.: Ich will mich nicht als Waschlappen hinstellen, aber schon wenn ich wenig Bier getrunken habe, bricht es aus: ich werde lebhaft.
Vors.: Haben Sie gesehen, daß Fick auf Meinen auch noch eingeschlagen hat, als Meinen blutend am Boden lag?
Angekl.: Nein. Ich bin sofort weggelaufen. Fick sah ich erst wieder in der Höhe des Katharineums. Dann rief ich: Kumm Korl, lat uns tolopen! In der Königstraße habe ich dann noch einen Mann umgestoßen, weil ich dachte, der wolle mich festhalten!
Vors.: Dieser Mann, den Sie angeblich nur umgestoßen haben, soll ein Nationalsozialist gewesen sein, der das Abzeichen trug. Dann sollen Sie gesagt haben: Dat is ok so Eener!
Angekl.: Ich habe kein Abzeichen bei dem Mann gesehen. Wir sind dann zum Gewerkschaftshaus gegangen, dort habe ich mir die Hände gewaschen, habe auch das blutige Dolchmesser gereinigt und Meyer hat uns dann, Fick und mich, nachdem wir ihm Bericht erstattet hatten und er sich die Stelle in der Hundestraße angesehen hatte, im Auto fortgebracht.
Den Dolch habe ich einige Tage später von der Puppenbrücke aus versenkt.
Zu Hause angelangt, war ich so müde, daß ich mich gar nicht erst auszog, sondern sofort in tiefen Schlaf verfiel.
Oberstaatsanwalt Dr. Lienau: Sie sollen an dem Abend nicht nur in der

Böttcherstraße, sondern auch noch in »Paragraph 11« in der Rosenstraße eingekehrt sein?
Angekl.: Davon weiß ich nichts.
Vors.: Wann haben Sie gehört, daß Meinen tödlich verletzt worden ist?
Angekl.: Am Sonntag mittag, Im Wahllokal wurde es erzählt, ich wollte es aber nicht glauben. Als Fick und ich später gemeinsam nach Moisling gingen und eine Frau erzählte: Meinen ist erstochen, da ist mir so schlecht geworden, daß ich ein Glas Wasser erbat.
Der Angeklagte Fick, der dann vernommen wird, erklärt, er sei seit 1931 politisch tätig.
Vorsitzender: »Haben auch Sie öfter an Überfällen teilgenommen?«
Angeklagter: »Nein. Aber was Kaehding über die Kaffeemühlen und die Bohnen gesagt hat, das stimmt. Auch ich habe öfter Waffen mitgenommen. An dem Abend des 30. Juli habe ich einen Gummiknüppel zu mir gesteckt.«
Der Angeklagte Fick schildert dann ähnlich wie Kaehding, was sie beide, nachdem sie in der Roeckstraße überflüssig waren, gemacht haben. Fick, dem man das Verbrecherische seines Wesens ansieht, hat anscheinend inzwischen auch herausgekriegt, daß die Ausrede aller Angreifer, wenn sie vor Gericht kommen, darin besteht, sich mit Betrunkenheit herauszureden. Hatte Kaehding noch von vier Glas Bier gesprochen, die in der Böttcherstraße getrunken seien, so redete Fick gleich von 6 bis 8 Glas. Übrigens nannte Fick auch den Namen des berüchtigten Bromme, der sich an dem Mordabend in der Nähe der Hundestraße aufgehalten haben muß.
Vorsitzender: »Wer hat denn nun den Streit mit Meinen angefangen?«
Angeklagter: »Nicht ich, sondern Kaehding! Als Kaehding bereits Streit mit Meinen gehabt hatte, habe ich ihm das Abzeichen heruntergerissen. Es ist auch nicht richtig, wenn Kaehding sagt, ich hätte beim Verlassen der Fellerschen Wirtschaft erklärt, Meinen müsse eine Abreibung haben. Wenn ich an der Ecke Tünkenhagen-Hundestraße, als Kaehding Meinen geschlagen hatte, zu Kaehding gesagt habe: Kumm Korl! so sollte das heißen: Laßt uns zu Lender gehen, nicht aber, die Verfolgung des flüchtenden Meinen aufzunehmen. Kaehding und ich kamen dann ins Laufen. In der Ferne sahen wir dann Leute in der Hundestraße stehen. Denen riefen wir zu: Hollt em fast! Das geschah denn auch. Ich bemerkte, wie Kaehding den Meinen mit der einen Hand an der Brust anfaßte. Viele Leute waren in der Nähe. Ich hatte beim Laufen meinen Gummiknüppel losgeknöpft. Ich rief dann, als ich in die Nähe kam: Nun laßt mich mal ran! Ich habe dann gleich auf Meinen zugeschlagen. Als ich den Eindruck bekam,

daß Meinen in die Tasche greifen wollte, bin ich zurückgewichen. Gleich darauf holte Kaehding aus. Als ich zum zweiten Male auf Meinen einschlug, sank er schreiend zu Boden. Ich meine, daß Kaehding von vorn geschlagen hat. (In Wirklichkeit hat Kaehding, wie er selbst zugibt, gestochen, und zwar muß er, wie Polizeiarzt Dr. Diederichs sagt, von hinten gestochen haben!)
Vors.: »Daß Meinen in die Tasche gegriffen hätte, sagen Sie auch erst heute. Warum haben Sie das früher verschwiegen? Und weiter: Haben Sie Meinen auch noch geschlagen, als er schon am Boden lag?«
Angeklagter Fick: »Ja, das stimmt. Als Meinen bereits hingefallen war, habe ich noch drei- oder viermal auf ihn eingeschlagen, denn ich war sehr erregt.«
Vorsitzender: »Und nach der Tat?«
Angekl. Fick: Dann sind wir aufs Gewerkschaftsbüro gegangen. Meyer rief uns zu: Wir wissen schon Bescheid! Charly Falkenhagen habe ich später gebeten, von der ganzen Sache nichts zu verraten.
Es stellte sich dann noch heraus, daß der Gummiknüppel, den Fick an dem Abend benutzte, mit Isolierband umwickelt gewesen ist. So machten die Schläge den Eindruck, als ob sie mit Stahlruten ausgeführt worden wären.
Es schloß sich die Vernehmung der Angeklagten Koop und Kreutzfeldt an. Die beiden haben unmittelbar nach der Tat von dem Hundertschaftsführer Prestin gehört, daß Fick und Kaehding die tödlichen Schläge gegen Meinen ausgeführt haben.
Beide haben es nicht für nötig befunden, sich um einen Sterbenden zu bekümmern, ebensowenig wie ihr Reichsbannervorgesetzter Prestin.
Als der Polizeibeamte erschien, war alles geflüchtet.
Vors.: Und warum haben Sie vor Gericht nicht die Wahrheit gesagt, als man fragte, ob Sie die Mörder Meinens kannten?
Angeklagter Koop: Ich habe die Unwahrheit gesagt, weil ich unter einem Druck stand. Unser Reichsbannerführer Meyer hatte uns mehrmals erklärt, daß er mit Verrätern umzugehen wisse. Vor der versammelten Technischen Abteilung ist diese Drohung mehrfach wiederholt worden. Nachdem wir Meyer die Vorgänge in der Mordnacht am Tage darauf erzählten, gebot uns Meyer, zu schweigen. Später ist die Angelegenheit in Unterhaltungen mit Meyer nicht wieder berührt worden. Auf dem Gewerkschaftsbüro hat Meyer uns noch gesagt, wir sollten aussagen, daß der erschlagene Meinen eine Waffe bei sich geführt habe. (!!)
Vors.: Warum haben Sie sich nicht um den getroffenen Meinen gekümmert?

Angekl. Koop: Alle sechs bis acht Mann, die bei der Schlägerei zugegen waren, sind davongelaufen, auch die, die dem Meinen auf der Flucht den Weg versperrt haben. Ich bedaure heute, daß wir uns nicht um den Sterbenden bemüht haben. Aber damals hatten wir Angst, in die blutige Angelegenheit verwickelt, vielleicht sogar als Täter beschuldigt zu werden.
Der Angeklagte Kreutzfeldt bekundet, er habe geglaubt, Meinen sei sowohl von Kaehding wie von Fick mit Gummiknüppeln bearbeitet worden: »Prestin, Koop und ich dachten zunächst, Meinen liege nur für einen Augenblick ohne Besinnung am Boden. Koop hat mir dann aufgetragen, vor der Polizei bestimmte Aussagen zu machen. Die Namen der beiden Mörder habe ich erst in Meyers Wohnung erfahren.«
Trotz dieses Wissens hat Kreutzfeldt unterm Eid vor dem Lübecker Amtsgericht ausgesagt: »Von den Kameraden des Reichsbanners ist es, soweit ist weiß, keiner gewesen!«

Siehe Fotos Seite 77/78



Das Mordopfer Willi Meinen. In der Hundestraße wurde er 1932 regelrecht »abgeschlachtet«. NSDAP-Mitglied war er nicht.



Die Beerdigung des jungen Meinen. An seinem Todestag ließen die Nazis in der Stadt »Ehrenwachen« für ihn aufstellen. Wehe, wenn Vorbeigehende nicht grüßten.

Beginn der Zeugenvernehmung

Um ¼ vor 12 Uhr ist die Vernehmung der Angeklagten beendet. Es tritt eine Pause ein.

Nach der Pause stellt der Oberstaatsanwalt Dr. Lienau einige Fragen.

Oberstaatsanwalt: »Ist es rein zufällig gewesen, daß Sie in die Wirtschaft von Feller gegangen sind?«

Angeklagter Kaehding: »Ja.«

Oberstaatsanwalt: »Haben Sie mit dem Gewerkschaftshaus Verbindung gesucht?«

Kaehding: »Nein.«

Dann wird als erster Zeuge der Polizeihauptwachtmeister Koop vernommen. Koop ist einer der ersten der drei Beamten, die von der Mengstraßenwache an den Tatort gerufen wurden. Dort trafen sie nur Meinen am Boden liegend an. Der Verletzte lebte noch schwach.

Oberstaatsanwalt: »Sind irgend welche Waffen gefunden worden?«

Zeuge: »Nein.«

Als zweiter Zeuge wird der Kriminalkommissar Raht gehört, der sich damals mit der Angelegenheit befaßte und bei der Sektion zugegen gewesen ist. Wie er aussagt, erinnert er sich, daß sich am Kopfe des Getöteten Striemen befunden hätten, die durch einen drahtumwickelten Gegenstand entstanden sein müßten. Er sagt dann darüber aus, daß Kaehding schon einmal von ihm verhaftet, aber wieder entlassen worden sei, denn die Zeugen, denen Kaehding gegenübergestellt wurde, hätten übereinstimmend ausgesagt, daß dieser Mann (Kaehding) nicht in der fraglichen Nacht in der Wirtschaft von Feller gewesen sei. Deshalb habe Kaehding sofort wieder entlassen werden müssen.

Polizeiarzt Dr. Diederichs äußerte sich als Sachverständiger über die Todesursache. Der Körper war völlig ausgeblutet. An stumpfen Verletzungen wurden gefunden: am Kopfe zwischen Ohr und Jochbein ein rechteckiger großer Fleck, wahrscheinlich durch einen Totschläger entstanden. Die rechte Ohrmuschel zeigte Blutungen und Quetschungen. Am rechten oberen Augenhöhlenrand waren starke Hautabschürfungen durch einen Schlagring oder durch einen genagelten Absatz hervorgerufen. Mit einem scharfen Instrument ausgeführte Verletzungen waren folgende vorhanden: Auf der linken Schulter eine klaffende Wunde. Die zweite Wunde verlief weiter nach dem Kopfe zu. Die Länge betrug 7½ Zentimeter. Beide hatten scharfe, glatte Wundränder. Die erste davon zeigte 15 Zentimeter Tiefe! Als dritte und vierte Wunde waren zwei ineinanderlaufende zwischen Hals und Schulterblatt festzustellen. Die Wunde muß von einem mindestens 15 Zentimeter langen Instrument herrühren.

Fest steht, daß die erste Verletzung unbedingt tödlich war. Daneben ist eine schwere Gehirnerschütterung zu erwähnen, durch die eine Betäubung erfolgt ist, so daß Meinen nicht um Hilfe rufen konnte. Im ganzen muß drei- oder viermal zugestochen worden sein. Die Stiche sind mit größter Wahrscheinlichkeit von hinten geführt, nicht, wie die Angeklagten immer wieder behaupten, von vorne.

(Die Verhandlung dauert an.)

Am 15. September 1933 beantragte Oberstaatsanwalt Dr. Lienau die Todesstrafe für die Angeklagten.

Der »Lübecker Volksbote« berichtet am Sonnabend, den 16. September 1933, über das Plädoyer des Staatsanwaltes:

»Sie haben einen politischen Gegner, der Ihnen nichts getan hatte, vorsätzlich und mit Überlegung getötet!«

Oberstaatsanwalt Dr. Lienau führte weiter aus:

Als dann Meinen zu flüchten versuchte, liefen Kaehding und Fick hinter ihm her und riefen: »Haltet den Nazi!« Dann traten – das nehme ich, so betonte der Staatsanwalt, ohne weiteres als erwiesen an – aus dem Weintraubengang oder aus Hauseingängen einige Männer heraus, die sich Meinen in den Weg stellten. Bald darauf stürzten Kaehding und Fick sich auf ihn. Nun behauptet Kaehding, der verstorbene Meinen habe sich umgewandt, habe in seiner Tasche gesucht und den Eindruck erweckt, als ob er etwa einen Revolver suchen wollte. So will Kaehding sich in Notwehr befunden haben.

Keine Notwehr! Nach den Aussagen sämtlicher Zeugen aber kann von einer Notwehr nicht gesprochen werden. Ich habe besonderen Wert darauf gelegt, in der Voruntersuchung festzustellen, ob etwa bei Meinen eine Waffe gefunden worden ist. Nichts dergleichen! Auch das ganze sonstige Auftreten des Verstorbenen an jenem Abend gibt beredte Kunde, daß Meinen nicht willens war, gegen die beiden Reichsbannerleute, die ihm an Körperkraft weit überlegen waren, agressiv vorzugehen.

Nach der klaren Aussage des Zeugen Prestin ist es so gewesen, daß Kaehding den fliehenden Meinen von hinten ergriff und ihm dann einen furchtbaren Stich versetzte. Nachdem Meinen dann eine Wendung vollzogen hatte, versetzte Kaehding ihm einen zweiten Stich in die rechte Schulter und an die rechte Seite.

Während Meinen nun schon zu Boden gesunken war – vielleicht auch schon, als er noch stand – schlug Fick mit einem Totschläger oder einem Gummiknüppel auf Meinen ein. Kaehding hat, wie Zeugen einwandfrei ausgesagt haben, einen 25 Zentimeter langen Dolch benutzt!

Die Frage, ob noch dritte Personen bei der Ermordung des Meinen mitgewirkt haben, glaubt der Oberstaatsanwalt verneinen zu müssen. Auch hier habe der Zeuge Prestin, dem man wohl Glauben schenken müsse, erklärt, nur zwei seien an dem Überfall auf Meinen beteiligt. Daß in der Nähe Leute gestanden haben, ist eine Sache für sich.
In der Königstraße wagte Kaehding es trotz des furchtbaren Geschehens, das sich in der Hundestraße abgespielt hatte, noch einen alten Invaliden, der seines Weges ging und der anscheinend ebenfalls das Abzeichen der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei getragen hat, anzugreifen und gegen eine Ladenscheibe zu stoßen.
Der Oberstaatsanwalt machte längere juristische Ausführungen über die Frage der Mittäterschaft.
Par. 47 des Strafgesetzbuches sagt: »Wenn mehrere gemeinschaftlich eine strafbare Handlung ausführen, so wird jeder als Täter bestraft.«

Es könne kein Zweifel daran bestehen, daß der vorliegende Fall ganz typisch auf diesen Paragraphen zutreffe. Kaehding und Fick sind den ganzen Abend und die Nacht zusammengewesen, sie waren die ganzen Stunden hindurch unzertrennlich. Sie haben in mehreren Wirtschaften gemeinsam Bier getrunken, sie haben sich beide mit Meinen herumgestritten, beide haben sie dann den fliehenden Meinen verfolgt und beide stürzten sie sich dann auf ihren politischen Gegner! Es handelt sich hier um ein gemeinschaftliches Zusammenleben und um ein gemeinschaftliches Zusammenwirken, wie man es sich gar nicht typischer denken kann. Aus dem Zusammenhalten der beiden muß die Gemeinschaftlichkeit des Handelns ohne weiteres gefolgert werden!
Der Oberstaatsanwalt machte die Geschworenen besonders darauf aufmerksam, daß es nicht darauf ankomme, die Angeklagten zu beurteilen, wie sie jetzt auf der Anklagebank sitzen, sondern es sei zu urteilen über Kaehding und Fick, wie sie sich in der Mordnacht aufgeführt haben. Wer sich die ganze Sachlage vergegenwärtigt, der könne sich der Überzeugung nicht verschließen, daß Kaehding und Fick den Tod des Meinen gewollt haben, sonst hätte Kaehding nicht mehrere Stiche ausgeführt, sonst hätte Fick nicht auf den Meinen eingeschlagen, als dieser bereits wehrlos am Boden lag. Für den vielfach vorbestraften Fick ist es ja auch charakteristisch, daß er noch im November 1932 in der Holstenstraße Streit mit einem Nationalsozialisten gesucht hat. Es wäre damals erneut zu Tätlichkeiten gekommen, wenn nicht Polizeibeamte erschienen wären. Kaehding wurde von seinem Vorgesetzten als ein Mensch charakterisiert, der mit Fanatismus gegen politische Gegner erfüllt gewesen sei.

Ganz besonders wies Oberstaatsanwalt Dr. Lienau auf das Bild hin, daß sich bei der Sektion des Meinen gezeigt habe. Es war schon so, wie ein Zeuge ausgesagt hat: in wahrhaft viehischer Weise ist auf diesen Mann eingeschlagen worden! Mit am bedeutsamsten für das Gericht ist die Frage, ob Meinen mit Überlegung getötet worden ist. Dr. Lienau sagte, diese Frage sei unbedingt zu bejahen. Der Sachverständige Dr. Enge habe deutlich ausgeführt, daß im vorliegenden Falle keine Rede davon sein könne, daß Alkoholismus oder Ermüdung bei Kaehding oder Fick die Überlegung ausgeschlossen hätten.

Der Beweis dafür, daß Kaehding und Fick sich nicht in einem pathologischen Zustand, der eine Überlegung unmöglich macht, befunden haben, liegt darin, daß die beiden Angeklagten von sämtlichen Vorgängen in der Mordnacht ein klares Bild haben und sich sogar über winzige Einzelheiten genau äußern konnten. Vollkommen sicher ist ja auch, daß Meinen die beiden in keiner Weise gereizt hat. Die Sache war einfach die: Kaehding und Fick wollten mit Meinen Streit suchen! Form und Art der Verletzungen deuten ja einwandfrei darauf hin, daß die Mörder ihre Tat überlegt haben. Was Kaehding und Fick hinterher im Gewerkschaftshaus und in ihren Wohnungen getan haben, war ebenfalls in allem durchaus zweckmäßig. Auch daraus geht hervor, daß die Überlegung bei der furchtbaren Bluttat nicht geleugnet werden kann.

Der Oberstaatsanwalt wandte sich dann den Angeklagten Koop und Kreutzfeldt zu. Er betonte, daß sich nach der ruchlosen Tat Zeugen gefunden hätten, die wider besseres Wissen unter Eid aussagten, sie wüßten nicht, wer die Täter seien. Koop sowohl als Kreutzfeldt gäben zu, einen Falscheid geschworen zu haben. Aber der Verteidiger hat schon betont, daß beide unter einem gewissen Druck gestanden hätten. »Ich hätte unter normalen Umständen gegen Koop und Kreutzfeldt eine Zuchthausstrafe von sechs Jahren beantragt. Jetzt kommt nach dem Gesetz vom 20. Dezember nur eine Strafe von drei Jahren Zuchthaus in Frage, die aber ganz in Fortfall geraten muß, da sie unter der Mindeststrafe von fünf Jahren Zuchthaus liegt.«

Warum Todesstrafe? Zum Schluß sagte der Staatsanwalt: Die Strafe, die Kaehding und Fick trifft, steht im Gesetz fest. Dennoch fühle ich mich verpflichtet, noch etwas zu sagen, was mir hier sehr geboten erscheint, nämlich noch einmal kurz auszuführen, warum hier die Todesstrafe am Platze ist. Ich habe als Staatsanwalt schon mancher Sektion beigewohnt, aber ich habe noch nie einen Menschen so fürchterlich zugerichtet gesehen wie den ermordeten Meinen. Wenn man sich diese Wunden noch einmal vor Augen führt, dann wird einem die ganze Schwere dieser Tat klar, die

ihre Sühne fordert. Wohlgemerkt, die Tat fordert die Sühne, nicht die Täter, das wollen Sie, meine Herren Richter, bei Ihrem Urteil berücksichtigen!
Oberstaatsanwalt Dr. Lienau beantragt gegen Kaehding und Fick die Todesstrafe wegen gemeinschaftlichen Mordes, vorsätzlich begangen am 31. Juli 1932 an dem Handlungsgehilfen Meinen.
Bei den Angeklagten Koop und Kreutzfeldt werde das Gesetz der Straffreiheit Anwendung finden müssen. Er beantrage deshalb, das Verfahren gegen diese Angeklagten einzustellen und den Haftbefehl aufzuheben.
Die beiden Angeklagten Fick und Kaehding nahmen den Todesstrafenantrag des Oberstaatsanwaltes ohne jede wahrnehmbare Erregung hin.
Anschließend nahmen die Verteidiger das Wort.

Doch zurück zum Plädoyer der Verteidiger. Die Plädoyers wurden seinerzeit nicht mitstenographiert und in den Prozeßakten aufbewahrt. Deswegen hier wieder damalige Zeitungsberichte aus dem »Lübecker Volksboten«:
Die Berichterstattung der »gleichgeschalteten« Lübecker Zeitungen von damals über die Plädoyers der Verteidiger waren natürlich mehr als spärlich. Für die Nazis war dieser Prozeß ein willkommener Anlaß, mit ihren früheren Gegnern abzurechnen und ausschließlich dem Reichsbanner die Rolle der prügelnden und mordenden Schlägertruppe zuzuschieben. Über die Rolle der SA ist in Hunderten von Büchern ausführlich berichtet worden. Nur spärlich berichtet worden ist dagegen über die äußerst brutalen Einsätze und Schlägereien des sozialdemokratischen Reichsbanner oder der kommunistischen »Rot Front«, deren Prügeleien zumindest in Lübeck Anfang der dreißiger Jahre die Rigorosität der SA noch bei weitem übertrafen. Doch zitieren wir erneut den »Volksboten«:
»Im Anschluß an die Anklagerede des Oberstaatsanwalts sprach zuerst Rechtsanwalt Dohse als Verteidiger des Angeklagten Kaehding.
Er betont, daß die Tat eine verabscheuungswürdige sei, er habe auch nicht die Absicht, den Angeklagten Kaehding zu decken, der jetzt seine Tat aufs schwerste bereue. Aber wenn man den Menschen Kaehding betrachte, der kein Blut sehen könne, der ehrlich und treu seiner Arbeit nachgegangen sei, so könne man sich nicht des Gefühls erwehren, daß hier etwas nicht stimme. Er bittet das Gericht besonders zu prüfen, ob Kaehding bei der Tat wirklich mit Überlegung gehandelt habe.
Rechtsanwalt Dr. Hartmann, der den Angeklagten Fick zu verteidigen hat, geht noch einmal ausführlich auf die Vorgänge vor, während und nach der Tat ein. Man könne Fick nicht nachweisen, daß er gewußt habe, daß

Kaehding das Dolchmesser bei sich gehabt habe. Fick habe wohl Meinen im Lokal das Abzeichen abgerissen, aber er habe sich an dem Zwischenfall, bei dem Kaehding Meinen ins Gesicht geschlagen habe, nicht aktiv beteiligt. Es sei allerdings sicher, daß Fick nachher Meinen mitverfolgt habe, um ihm eine Tracht Prügel zu verabreichen. Daß Kaehding dabei die Absicht gehabt habe, gegen Meinen mit der Mordwaffe vorzugehen, habe Fick nicht wissen können. Kein Mensch könne Fick auch nachweisen, daß er eine andere Waffe, als einen Gummiknüppel gehabt habe. Fick habe zugegeben, daß er auf Meinen mehrmals eingeschlagen habe. Es bestehe aber die Möglichkeit, daß die schwere Kopfverletzung Meinens vielleicht durch einen Dritten zugefügt worden sei. Fick habe ihm erzählt, daß er beim Zuschlagen plötzlich Blut an den Fingern gehabt habe, und daß aus einer Wunde Blut gespritzt sei. Da habe er zu Kaehding gesagt: »Was hast du gemacht?«
Fick habe sich ohne Zweifel einer schweren Körperverletzung schuldig gemacht. Ob aber Mittäterschaft am Mord vorliege, daß bitte er das Gericht genau zu erwägen. In der ganzen Verhandlung habe sich nichts ergeben, daß Fick gewußt habe, was Meinen getan hat.
Rechtsanwalt Dr. Meyer-Lürssen sprach dann für die beiden wegen Meineides Angeklagten Koop und Kreutzfeldt. Er gab die Hauptschuld den Führern des Reichsbanners, die ihre Untergebene in eine solche Lage gebracht hätten. Im übrigen schloß er sich den Ausführungen des Oberstaatsanwaltes an und bat um Einstellung des Verfahrens, auf Grund der Schleicheramnestie.
Zum Schlußwort meldet sich nur der Angeklagte Kaehding. Er sagt: »Ich sehe ein, daß es eine rohe Tat war, aber ich habe Meinen nicht töten wollen. Ich war in einem Zustand, daß ich nicht weiß, was ich tat. Wenn ich meine Strafe verbüßt habe, so will ich mich nie wieder mit einem mistigen Messer bewaffnen, sondern mich als anständiger Mensch betragen.«
Die übrigen Angeklagten verzichteten auf das Schlußwort.

Stunden später wird für die beiden Angeklagten das Urteil gesprochen: Todesstrafe!

Und wieder der »Lübecker Volksbote«. Unter der Überschrift »Die Urteilsbegründung« heißt es:

»Landgerichtsdirektor Schrader bezeichnete es als nebensächlich, was die beiden des Mordes beschuldigten Angeklagten vor dem Vorfall in der Wirtschaft Feller taten. Es sei nur zu berücksichtigen, welche Mengen Alkohol die beiden bei ihren verschiedenen Wirtschaftsbesuchen zu sich nahmen. Die Angaben der Angeklagten hierüber seien offenbar übertrieben. Denn bei dem Besuch der Fellerschen Wirtschaft waren sie noch vollkommen Herr ihrer Sinne. In der Fellerschen Wirtschaft provozierten sie den Streit mit Meinen, weil dieser sein Parteiabzeichen trug. Sie rissen ihm das Parteiabzeichen weg, aber Meinen blieb auch jetzt noch ruhig, um keinen Zusammenstoß mit den beiden Angeklagten zu haben. Als diese nach dem Genuß eines Glases Bier aus dem Lokal entfernt wurden, warteten sie vor dem Lokal. Sie warteten unzweifelhaft auf Meinen, denn als dieser mit zwei Bekannten auf der Straße erschien, folgten sie ihm sofort. Es kam dann der schon wiederholt erwähnte Angriff auf Meinen an der Ecke Hundestraße und Tünkenhagen. Meinen ergriff die Flucht, und zweifellos wäre er den hinter ihm herhastenden Kaehding und Fick (Kaehding warscheinlich immer vornweg) entkommen, wenn Meinen nicht durch andere Leute, die wahrscheinlich infolge der Haltrufe der Verfolger aus dem Weintraubengang kamen, aufgehalten worden wäre. Was nun geschah, ist namentlich durch die Aussage von Prestin und durch die ärztlichen Gutachten klargestellt worden. Kaehding erreichte Meinen zuerst und faßte ihn mit der linken Hand von hinten. In der rechten Hand hielt er einen etwa 30 Zentimeter langen Dolch. Er stieß diesen Dolch mit größter Wucht sofort in die linke Schulter des Meinen. Der Dolch drang 15 Zentimeter tief in den Körper und verletzte eine Vene und eine Arterie, so daß sich Meinen in kurzer Zeit verbluten mußte. Damit nicht genug, führte Kaehding noch weitere Stiche gegen den Körper des Meinen. Nun kam Fick heran und hat wiederholt, wie Zeugen sagten, in viehischer Weise auf den am Boden liegenden Meinen losgeschlagen. Daß der Meinen durch die Stiche des Kaehding zu Tode gekommen ist, steht fest. Wenn aber ein Mann mit einer solch gefährlichen Waffe und solcher Wucht an so empfindlicher Stelle zustößt, dann wollte er auch den Tod.

Kaehding verteidigte sich mit Notwehr. Er stellte auch die Sache so dar, als ob Fick zuerst geschlagen habe. Diese Darstellung ist offenbar falsch. Das ergibt sich schon daraus, daß er mit dieser Einwendung erst in späteren Vernehmungen kam. Zugleich ist sie aber auch durch die Darstellung

des Zeugen Prestien als unwahr hingestellt. Diese Aussage deckt sich mit dem ärztlichen Befunde, daß man ihr unbedingt glauben mußte. Kaehding hatte also den Vorsatz, Meinen zu töten. Er muß aber auch mit Überlegung gehandelt haben, und zwar im Augenblick der Tat. Die Überlegung liegt also schon vor, auch wenn der Täter vor der Tat nicht lange Erörterungen angestellt hat. Gerade die schlimmsten Morde werden sehr rasch ausgeführt. Die Überlegung liegt schon vor, wenn er im Augenblick der Tat nach seiner geistigen Beschaffenheit in der Lage war, Überlegungen anzustellen. Diese Fähigkeit kann gehindert oder beseitigt werden durch besondere Erregung oder Haß. Furcht oder etwas derartiges hat nicht vorgelegen. Der Angeklagte hatte keine Ursache, besonders erregt zu sein. Meinen hatte sich ihm gegenüber durchaus friedlich gezeigt. Die andere Möglichkeit ist die, daß die Überlegung durch übermäßigen Genuß von Alkohol ausgeschaltet wird. Kaehding hatte Alkohol genossen, aber nicht so viel, um seine Überlegung zu mindern. Er hat sich also des Mordes schuldig gemacht, und darauf steht nach dem Gesetz keine andere Strafe als die Todesstrafe.

Der Mord – willkommene Abrechnung mit SPD und »Reichsbanner«

Wie sehr dieses Gerichtsverfahren den braunen Machthabern zur Abrechnung mit dem gehaßten Reichsbanner gelegen kam, zeigt ein kommentierter Bericht aus einer Beilage zum »Lübecker General-Anzeiger« vom Sonntag, 17. September 1933. Geradezu triumphierend schreibt das inzwischen klar auf NSDAP-Kurs getrimmte Blatt:

»Selten ist in der Zeit der politischen Morde eine Tat mit solcher Brutalität ausgeführt worden, wie hier am frühen Morgen des 31. Juli 1932. Das Opfer war ein blühender junger Mann, das einzige Kind seiner betagten Eltern. Dieses Opfer wird von allen Seiten als freundlicher, liebenswürdiger junger Mensch geschildert, der niemals Streit suchte und der auch in diesem Falle alles tat, um einem Zusammenstoß mit den beiden Raufbolden aus dem Wege zu gehen.

Mit geradezu bestialischer Wut fiel man über Meinen her, als noch nicht ermittelte Dritte ihm die Flucht unmöglich gemacht hatten. Kaehding besaß einen 25-30 Zentimeter langen breiten Dolch. Von hinten faßte er sein Opfer und stieß ihn diese gefährliche Waffe mit ungeheurer Gewalt von oben durch die Schulter in die Brust. Damit nicht genug, stieß er auch noch mehrmals in die rechte Schulter und in die Seite des Meinen. Sein Mordgenosse aber, der einen offenbar mit Eisenstücken beschwerten Gummiknüppel bei sich führte, schlug damit Meinen mit solcher Wucht auf den Kopf, daß Blutergüsse ins Gehirn erfolgten. Dadurch ist nach Ansicht der Sachverständigen der Tod des Meinen beschleunigt worden.

Kaehding hatte sich im Gegensatz zur ersten Vernehmung später darauf hinauszureden versucht, daß er sich von Meinen angegriffen glaubte, eine Ausrede, die als solche klar erkennbar wurde durch die Feststellung, daß Kaehding die Stiche von hinten ausführte. Das Gericht kam auf Grund der Beweisaufnahme zu der Erkenntnis, daß beide den Mord mit Vorsatz und Überlegung ausführten. So blieb nur die Todesstrafe übrig.

Wenn wir überhaupt im politischen Kampfe wieder zu einer Achtung des Menschenlebens kommen wollen, so muß das Gesetz in voller Strenge gegen solche Mordbuben angewandt werden. Die wahre Gesinnung der beiden Verurteilten konnte nicht treffender gekennzeichnet werden als die Bemerkung des Kaehding, als ihn der Wachtmeister nach dem Urteil abführte. Er sagte: »Nu geiht de Röw zum Deubel! (Nun geht die Rübe zum Teufel!) Fick dagegen machte die Gebärde des Halsabschneidens.

Daß das Verfahren gegen die beiden des Meineides mitangeklagten ehemaligen Reichsbannerleute Koop und Kreutzfeldt eingestellt werden würde, war vorauszusehen, nachdem ersichtlich war, daß diesen beiden Angeklagten der Par. 157 des Strafgesetzbuches zur Seite stehen werde. Dieser Paragraph bestimmt, daß die Strafe um die Hälfte zu ermäßigen ist, wenn sich die Angeklagten durch die Wahrheit selbst einer Strafverfolgung aussetzen würden. Die beiden Angeklagten hatten hier ein Verfahren wegen Begünstigung zu befürchten, weil sie früher in einer unvereidigten Vernehmung die Kriminalpolizei schon angelogen hatten. Selbst wenn das Gericht auf die Höchststrafe von zehn Jahren erkannt hätte, eine Strafe, die hier aus besonderen Umständen kaum beschlossen worden wäre, wären also nur fünf Jahre übrig geblieben. Die sogenannte Schleicher-Amnestie vom 20. Dezember 1932 aber besagt, daß das Verfahren in allen Vergehen oder Verbrechen aus politischen Motiven dann einzustellen sei, wenn nicht eine höhere Strafe als fünf Jahre Zuchthaus drohe.
Man dürfte diesen beiden Angeklagten im Konzentrationslager noch Gelegenheit geben, ein wenig über die Verwerflichkeit von Meineiden nachzudenken.
Den zum Tode Verurteilten steht das Recht zu, gegen das Urteil binnen einer Woche beim Reichsgericht Revision anzumelden.
Der Reichsstatthalter Hildebrandt, Bürgermeister Drechsler und Senator Dr. Böhmcker wohnten der Verhandlung von Anfang bis zu Ende bei. Wir wollen hier noch einmal betonen, daß das ehemalige Reichsbanner durch diesen Prozeß in schlimmster Weise bloßgestellt worden ist. Koop und Kreutzfeldt wurden ein Opfer ihres sogenannten republikanischen Eides, wurden ein Opfer ihrer Vorgesetzten, die ruhig mit zusahen, daß die beiden Leute einen Meineid schworen. Denn die Behauptung von Kreisleiter Meyer, er habe nicht gewußt, daß die beiden ihre angeordnete falsche Aussage noch beschwören mußten, ist absurd.«

Die großen Fragezeichen

Nach dem Prozeß wird Karl Kaehding von seinem Vater und seiner Schwester mehrfach in der Zelle besucht. Allein sind die Familienangehörigen dabei jedoch nie. Karl Kaehding konnte nicht mehr unter vier Augen mit seinem Vater sprechen. Immer waren Wachbeamte dabei. Aber zu Hause berichtete sein Vater, daß der Sohn immer nur mit dem Kopf geschüttelt habe. Den Angehörigen war klar: Das heißt so viel wie »Ich war es nicht«.

Nach dem Besuch des Vaters unternimmt Karl Kaehding einen Selbstmordversuch. Er schneidet sich die Pulsadern auf, wird jedoch noch einmal gerettet. Inzwischen hat sein Verteidiger Revision eingelegt. Erinnern wir uns daran: Rechtsanwalt Dohse hatte in seinem Plädoyer über Kaehding gesagt: »Aber wenn man den Menschen Kaehding betrachtet, der kein Blut sehen kann, der ehrlich und treu seiner Arbeit nachgegangen ist, so kann man sich nicht des Gefühls erwehren, daß hier etwas nicht stimmt.« Hinter vorgehaltener Hand kursierte innerhalb der von den Nazis zerschlagenen Lübecker SPD jetzt immer stärker das Gerücht »Karl Kaehding war es nicht. Es muß ein anderer gewesen sein. Der Karl will ihn schützen.« Aber laut sagt das keiner. Die Angst vor der Gestapo geht um.

Wegen des Selbstmordversuches waren Karl Kaehding inzwischen all die Dinge abgenommen worden, mit denen er seinem Leben selber ein Ende bereiten konnte: vom Gürtel bis zur Rasierklinge. Aber da bekommt Karl Kaehding einen starken Schnupfen oder simuliert zumindest diese Krankheit. Seine Schwester darf ihm deswegen ein großes Taschentuch bringen.

Am Montag, den 18. September 1933, die Schlagzeile auf Seite 1 im »Lübecker Volksboten«, der inzwischen durch ein großes Hakenkreuz »geziert« wird:

»Meinen-Mörder Kaehding begeht Selbstmord!«

Im Artikel heißt es dann: »Wie wir kurz vor Redaktionsschluß erfahren, hat der am Sonnabend vom Sonderschwurgericht zum Tode verurteilte Meinen-Mörder, Karl Kaehding, heute mittag um 12.45 Uhr in dem hiesigen Untersuchungsgefängnis, das unter der Verwaltung der Hamburgischen Strafvollzugsbehörde steht, Selbstmord begangen, indem er sich mit seinem Taschentuch am Kleiderhaken erhängte, und zwar in dem Augenblick, als die Gefängnisbeamten mit der Essenausgabe beschäftigt waren. Der Selbstmord wurde in dem kurzen Zeitraum von fünf Minuten vollzogen. Der sofort benachrichtigte Oberstaatsanwalt, Dr. Lienau, begab

sich sofort zum Tatort. Der hinzugezogene Gerichtsarzt stellte fest, daß Kaehding bereits tot war.«
Soweit der »Lübecker Volksbote«. Was die Zeitungen damals nicht schrieben: Kaehding hatte auf das Mittagessen verzichtet und den Gefängnisbeamten gebeten, ihm statt dessen eine Tasse Kaffee zu bringen. Der Beamte war damit einverstanden. Als er mit dem Kaffee zurückkam, war Karl Kaehding bereits tot.
Was sich aber jetzt – nach seinem Tode – abspielte, ließ die Gerüchteküche auf Volldampf kochen und machte auch mich mißtrauisch.
Die Nazis mußten wohl gespürt haben, daß Karl Kaehding von den Lübecker Sozialdemokraten inzwischen fast wie ein Heiliger verehrt wurde. Deswegen wollten sie ihn – nach Möglichkeit ohne Aufsehen – am äußersten Rande des Vorwerker Friedhofs an einem Abhang verscharren lassen. Doch am Tage der Beisetzung gab es für den Toten eine regelrechte Prozession. Tausende von Lübeckern zogen an das Grab, obwohl die Gestapo ihre Beamten mit Fotoaapparaten aufgestellt hatte, um die Beerdigungsteilnehmer per Bild festzuhalten.
Alle Sozialdemokraten kamen mit tief gesenktem Kopf zur Beisetzung. Aber nicht allein aus Trauer. So konnten sie verhindern, daß die Gestapo ihre Gesichter fotografierte.
Ein Meer von Blumen und für diese Zeit ungewöhnlich aufwendigen Kränzen deckte nach der Beisetzung das Grab von Karl Kaehding (siehe dazu das Foto auf Seite 94). Um das Grab am Abhang des Friedhofs noch besser zu verstecken, ließen die Nazis kleine Büsche und Sträucher darum pflanzen.
Doch Woche für Woche wurden jeden Sonntag Dutzende von Blumengebinden auf das Grab von Karl Kaehding gelegt. Kaum ein Sozialdemokrat ließ sich dabei von in der Nähe des Grabes »zufällig« herumstehenden Friedhofsbesuchern abhalten.
Am Todestag des ermordeten Willi Meinen meideten die Sozialdemokraten jedoch die Lübecker Innenstadt. Dort hatten die Nazis als »Ehrenwache« zwei SA-Männer aufgestellt, die hinter großen Blumensträußen stumm die Passanten ansahen. Jeder der vorbeiging, mußte die Hand zum Hitlergruß erheben. Wehe, einer tat es nicht.
Inzwischen war Johannes Fick, der zweite Verurteilte, geköpft worden. Von ihm redete in der SPD keiner mehr – übrigens bis zum heutigen Tage nicht.
Doch die eigentliche Sensation um den toten Karl Kaehding gab es erst nach 1945. Der bei dem Mord-Prozeß mehrfach genannte Sozialdemokrat Otto Passarge war von den Engländern inzwischen zum Bürgermei-

ster von Lübeck gemacht worden. Eine seiner ersten Amtshandlungen: Er ließ Karl Kaehding ausgraben und gab ihm ein gewaltiges Ehrenbegräbnis, bei dem er selbst als Redner auftrat. Und schon Anfang der fünfziger Jahre ließ der sozialdemokratische Bürgermeister mit finanzieller Hilfe der schleswig-holsteinischen Landesregierung auf dem Vorwerker Friedhof (dort ist auch die Mutter von Willy Brandt beigesetzt), eine eindrucksvolle Gedenkstätte für »Die Opfer des Nationalsozialismus« errichten. Und noch einmal wurde Karl Kaehding wieder ausgegraben. Er erhielt seinen endgültigen Ruheplatz in diesem 15 x 15 Meter großen Ehrenmal, in dem unter anderem auch der in diesem Buch schon mehrfach erwähnte KPD-Führer Erich Klann (gestorben am 6.12.1948) beigesetzt wurde.
»Wir sind Opfer und sind Saat« heißt es über dem Eingang zu dieser Ruhestätte. Dann eine große Ehrentafel mit der Aufschrift:

Dem namenlosen Opfer
Denen, die in deutscher und fremder Erde
Fern der Heimat ruhen
Denen, die des Feuers Glut verzehrte
Und die durch giftige Gase das Leben
Lassen mußten
Denen, die des Wassers Gier verschlungen
Und den Tod in den Wellen fanden
Denen, die die Luft bezwangen und
Ihrem Schicksal gleich dem Ikarus
Verfielen

Ich will an dieser Stelle nicht näher untersuchen, weshalb an diesem Platz auch der frühere Lübecker KPD-Führer Erich Klann beigesetzt wurde. Noch vor Julius Leber wird sein Name (in alphabetischer Reihenfolge) auf einer Gedenktafel am Eingang zum Lübecker Bürgerschaftssaal erwähnt. Vermutlich würde sich Dr. Julius Leber im Grabe umdrehen, wenn er wüßte, daß sein Name und der von Erich Klann (neben sechs anderen) mit den Zeilen versehen wurde: »Sie starben für Freiheit und Demokratie. Ihr Opfer ist uns ständige Mahnung.«
Der frühere SPD-Vorsitzende Kurt Schumacher nannte Kommunisten jedenfalls schlicht und einfach – aber sehr treffend – »rotlackierte Nazis«. Doch hier geht es um Karl Kaehding.
Wieder und wieder denke ich darüber nach, wie es möglich ist, daß einem – angeblich »gemeinen Mörder« – wie Karl Kaehding, so viel Ehre zuteil werden konnte. Als Ende der sechziger Jahre in Berlin Annedore Leber, die Ehefrau des großen Sozialdemokraten Julius Leber aus Lübeck, im

Grab ihres Mannes beigesetzt wird, nimmt die Tochter im Flugzeug nur zwei sozialdemokratische Frauen aus Lübeck mit zu den Feierlichkeiten. Darunter die Mutter von Karl Kaehding!
Inzwischen bin auch ich fest davon überzeugt, daß die alte sozialdemokratische Version richtig ist: Karl Kaehding hat für einen anderen den Kopf hingehalten.
Doch die Lübecker Staatsanwaltschaft belehrt mich eines besseren: Nach meinen bohrenden Fragen hat sie noch einmal die Prozeßakten herausgeholt, die den Krieg völlig unversehrt überdauert haben. Der zuständige Staatsanwalt arbeitet Seite für Seite gründlich durch. Dann sein Urteil: Aus den Unterlagen geht eindeutig hervor, daß der Prozeß absolut korrekt war. Nichts deutet auf ein Fehlurteil hin und auch gar nichts darauf, daß Karl Kaehding für einen anderen sterben mußte. Auf meine Frage, ob das ganze vielleicht auch in juristischer Hinsicht ein politischer Schauprozeß gewesen sein mag, ein klares und unmißverständliches »Nein«. Gleiches hatten mir vorher bereits alte Lübecker mitgeteilt, die damals als Zuschauer den Prozeß im Gerichtssaal verfolgen konnten. Die Lübecker Staatsanwaltschaft hatte einen absolut einwandfreien und korrekten Eindruck gemacht. Ich habe keinerlei Anlaß, an ihrem Urteil zu zweifeln.
Die Legende um den Tod von Karl Kaehding wird deswegen nicht sterben.
Auch die Legende um eine Mittäterschaft von Herbert Frahm an diesem Mord wird nicht sterben. In mehreren Gerichtsverfahren in dieser Angelegenheit hat Willy Brandt erfolgreich alle unberechtigten Verdächtigungen zurückweisen können. Es ist kein Geheimnis, daß ich nicht gerade zu den Verehrern des SPD-Vorsitzenden zähle. Aber in dieser Frage tut man ihm Unrecht. Vermutlich verstärkte sich das Gerücht um seine Mittäterschaft durch seine ungewöhnliche Flucht aus Deutschland im Jahre 1933.
Inzwischen habe ich mir ein sehr klares, aber vermutlich zutreffendes Urteil über das große Fragezeichen im Lübecker Hundestraßen-Mord gebildet. Es mag für viele schockierend klingen, aber ich kann es beweisen: Was Schlägereien und Totschlag auf den Straßen Lübecks Anfang der dreißiger Jahre betraf – da waren radikale Sozialisten und Kommunisten nicht viel besser als die Nazis. Manche Zeitgenossen aus der damaligen Zeit behaupten sogar: »Sie waren schlimmer.« Ohne die späteren Greuel der schrecklichen Nazi-Herrschaft auch nur im Ansatz reinwaschen zu wollen: In sämtlichen Lübecker Archiven habe ich Dutzende von Berichten über ermordete, zusammengeprügelte und

schwerverletzte Nationalsozialisten entdeckt. Als Täter wurden (noch vor 1933) immer wieder SPD- und KPD-Mitglieder verurteilt. Ich war überrascht, selbst im sozialdemokratischen »Volksboten«, bei dem immerhin Julius Leber Chefredakteur war, von vergleichbaren Nazi-Prügeleien vor 1933 nur wenig entdeckt zu haben. Und etliche Sozialdemokraten haben es mir selber bestätigt: »Es war zwar polizeilich verboten, aber unsere Reichsbanner-Leute waren gut bewaffnet.« Selbst der zweifellos anständige Sozialdemokrat Wilhelm Schmuhl, über den ich auf einer der vorderen Seiten berichtet hatte, trug immer einen Eichenstock bei sich, an dessen Ende eine Pike aus Eisen befestigt war. Zum Aufpicken von Papier war sie sicherlich nicht gedacht.
Als Karl Kaehding wegen Mordes festgenommen worden war, sagten sich die meisten Reichsbanner-Leute, »das hätte auch mir passieren können«. Sie alle entdeckten sich selber in Karl Kaehding. Deswegen seine Glorifizierung.
Und nach 1945? Warum wagt eigentlich heute niemand zu sagen, daß es damals fast als »schick« galt, wenn man von sich behaupten konnte, »im Kampf gegen die Nazis und für die Weimarer Demokratie habe ich einen Braunen umgelegt«! Das ist die Wahrheit über den Mord in der Hundestraße.

Siehe die Fotos auf den Seiten 94 bis 98



Das erste Grab von Karl Kaehding. Seine Beerdigung wurde von den Sozialdemokraten zu einer regelrechten »Wallfahrt« umgewandelt – trotz der Gestapo, die mit Kameras zur Stelle war.



Die zweite Beisetzung des Karl Kaehding. Ein Ehren-Begräbnis nach 1945. Bei der Trauerfeier sprach der Lübecker SPD-Bürgermeister Passarge. Wieder kamen Tausende.



Die zweite Grabstelle von Karl Kaehding auf dem Vorwerker Friedhof in Lübeck. Ein schlichter Stein.



Das dritte Grab des Karl Kaehding – fast ein Mausoleum. Noch einmal war die gesamte Lübecker SPD auf den Beinen, als ihr Genosse Kaehding zum dritten Mal (!) umgebettet wurde. Wen sollte das nicht mißtrauisch machen?



Ein schlichter Stein im »Mausoleum«. Der dritten Beisetzung hatte der Vater nur unter der Bedingung zugestimmt, daß der Sarg und die Leiche des Sohnes nicht beschädigt werden durften.

Die »Flucht« des Herbert Frahm

Kehren wir noch einmal zurück in die Jahre, als sich Willy Brandts »grundlegende Überzeugungen« entwickelten und er wurde, was er heute ist. Nach dem Abitur verließ er nach eigener Schilderung das Gymnasium und wurde 1932 erst Lehrling und später Angestellter in einer Lübecker Schiffsmakler-Firma. Offensichtlich hat er nie die Absicht gehabt, ein Hochschulstudium anzustreben. Denn er arbeitete zwei Jahre in dieser Firma, ohne das geringste Interesse an einem Studium zu zeigen.

Diese Feststellung ist wichtig, denn am 2. Oktober 1965 verlangte Brandt – er war damals Regierender Bürgermeister von Berlin – beim dortigen Entschädigungsamt unter der Registernummer 333058 eine Entschädigung »wegen Schadens an der Ausbildung«, auf Grund Verfolgungsmaßnahmen des Dritten Reiches. Bereits nach fünf Tagen (!), am 7. Oktober 1965, (bei Normalbürgern dauert so etwas 2 bis 3 Jahre) wurde Willy Brandt eine Entschädigung von 10.000 Mark bewilligt und ausgezahlt. Brandt selber soll später einmal zugegeben haben, daß er nicht einmal mit Sicherheit gewußt habe, ob seine Flucht überhaupt notwendig gewesen war. Die Fluchtversion jedenfalls eines von den Nationalsozialisten gesuchten und gehetzten Herbert Frahm ist in solcher Form durch keinerlei Hinweise, außer durch Brandts eigene Aussagen, gestützt.
Wörtlich schrieb er später in norwegischer Sprache: »Es war in den Jahren nach 1933 nicht einfach, ein deutscher Gegner des Nationalsozialismus zu sein, gejagt von den Terrorbanden der Gestapo, im Stich gelassen von den Opportunisten, oftmals auch verfolgt – wenn auch in milderer Form – von der Polizei der Demokraten.«
Die Formulierung ist so geschickt gewählt, daß der unbedarfte Leser zweifellos zu dem Ergebnis kommen muß, daß es sich bei dieser Schilderung um den »von den Terrorbanden der Gestapo gejagten« Herbert Frahm handeln muß. Andererseits läßt die Formulierung Brandt wieder das Schlupfloch – nach dem Motto »Wieso? Damit habe ich doch nicht mich gemeint«.
Aber auch hier sollte man gerecht bleiben. Brandt hätte zumindest mit einer mehrmonatigen Inhaftierung rechnen können. Sein früherer Weggefährte, der SAP-Kassierer Heinrich Bruhn, erinnert sich noch daran, wie ihn Herbert Frahm am vorletzten Abend vor der Flucht zu überreden versuchte: »Heini, komm' doch mit. Die Nazis machen dich klein. Heini, du wirst noch gewahr, was die Nazis mit uns machen.« Aber Heinrich Bruhn antwortete damals dem heutigen SPD-Vorsitzenden: »Wir können doch

nicht alle Lübeck im Stich lassen. Einige Genossen müssen in Lübeck bleiben.«
Heinrich Bruhn ist auch davon überzeugt, daß die Nazis Brandt verhaftet hätten. Er selber wurde am 19. April 1933 verhaftet und kam – kaum 19jährig – für 19 Wochen in Schutz- und Untersuchungshaft. Am 1. Dezember 1933 wurde er zu vier Monaten Gefängnis verurteilt, von denen er drei Monate absitzen mußte. Heinrich Bruhn heute: »Ich war an einen gnädigen Richter geraten. Es war ein konservativ gesinnter Deutsch-Nationaler. Wir linken Sozis und die Konservativen waren uns sonst spinnefeind. Aber in unserer Ablehnung gegen die Nazis waren wir uns gleich.«
In seinen Memoiren schildert Brandt seine »gefährliche Flucht« vor den Nazi-Schergen aus Lübeck nach Skandinavien. Der inzwischen verstorbene Fischer Paul Stooß allerdings, der ihn über die Ostsee brachte, erklärte vor einigen Jahren in einem Interview, diese Fahrt sei völlig gefahrlos, gemütlich und harmlos gewesen, und niemand habe sie dabei verfolgt. Paul Stooß trat übrigens wegen des Verhaltens von Willy Brandt aus der SPD aus.
Brandt selbst hat die Umstände seiner Flucht recht ausführlich beschrieben. Das macht deutlich, wie sehr ihn die Aussage seines »Retters« beschäftigt hat.
Wörtlich schreibt der SPD-Vorsitzende in »Links und frei« (Hoffmann und Campe, 1982): »Die Überfahrt nach Rödbyhavn auf der dänischen Insel Lolland war stürmisch und unangenehm. Jedenfalls hat sie sich mir so eingeprägt. Der Fischer, der mich hinüberbrachte, erinnerte sich anders. Es habe sich um eine ganz ruhige Fahrt gehandelt, erzählte er, meine Seekrankheit sei Einbildung gewesen. Doch wer einmal richtig seekrank war, was bei mir nur in jungen Jahren vorkam, der wird das kaum vergessen. Im übrigen mag gerade ein solch' kleines Beispiel – mit einem zugleich eklatanten und banalen Widerspruch – zeigen, was es mit den Schwierigkeiten des Sicherinnerns auf sich hat.«
Warum Brandt überhaupt jenes Fischerboot bestieg, um Deutschland zu verlassen, ist noch heute unklar. Doch »die Flucht« beschäftigte und beschäftigt ihn noch immer, wie die ungewöhnliche Ausführlichkeit, mit der er sich dem Thema »Emigration« in seinen Memoiren widmet, zeigt. In »Links und frei« schreibt er auf Seite 71:
»Ich ging nicht schlechten Gewissens an Bord des Fischkutters, der mich über die Ostsee brachte. Feigheit in meiner politischen Existenz habe ich mir in der Rückschau auf jene Jahre nicht vorzuwerfen. Eine sittliche Pflicht, im Dritten Reich zu bleiben und es dem Zufall zu überlassen, ob man schon früh in einem Keller erschlagen oder erst später in einem has-

senswerten Krieg verheizt würde, konnte es nicht geben. Über den Entschluß zur Flucht mußte sich jeder selbst Rechenschaft ablegen.«
Etwas später versucht er, sich den aufdrängenden Fragen folgendermaßen zu stellen: »Wohlmeinende, auf vorhandene oder fehlende Akten fixierte Zeitgenossen – nicht nur bösartige Widersacher – fragten gelegentlich, was denn wohl ein 19jähriger von den neuen Machthabern zu befürchten hatte. Mußte er mit Schlimmerem als mit einer Tracht Prügel oder kurzfristiger Verhaftung rechnen? Wer hätte eine sichere Antwort geben können. Es wurde ohnehin immer schwerer, einer nachfolgenden Generation zu erklären, was schon oder gerade in den ersten Monaten des Jahres 1933 möglich war.«
Einen Absatz weiter sinniert er, warum es ihn nach Norwegen zog: »Wenn ich schon nicht in Deutschland bleiben konnte, sollte und wollte, war Skandinavien die natürliche Wahl. Wer in Lübeck aufwuchs, hatte in gewisser Hinsicht stets den Norden im Visier, vielleicht sogar im Blut – frei von allem ›germanischen‹ Zauber. Durch Bücher war ich auf Skandinavien schon ein wenig vorbereitet. Die sprachliche Verständigung fiel mir leicht.«
Dann, mit dem für Brandt typischen Unterton der Empörung: »Jahre nach meiner Rückkehr mußte ich mich fragen lassen, warum ich es mir hätte gutgehen lassen, während andere in Deutschland Not litten. Einige Gegner stellten während einer Wahlkampagne ... die scheinheilige Frage, was denn der Brandt wohl während des Krieges in Norwegen angestellt habe. Franz J. Strauß, tonangebend für andere, verband die Frage, was ich 12 Jahre lang draußen gemacht habe, mit dem hintergründigen Zusatz: ›Wir wissen, was wir drinnen gemacht haben‹.«
An dieser Stelle sei eine Kommentierung des Brandt'schen Kommentars gestattet: Warum ist die Frage »Was haben Sie während des Krieges in Norwegen angestellt«, eigentlich scheinheilig?
Wenige Absätze später läutet Brandt die bekannten Glocken für seine eigene Märchenstunde ein. Er scheut sich nicht, sein eigenes Schicksal mit dem berühmter, meist jüdischer Dichter zu vergleichen, Männer und Frauen, die mit Sicherheit nicht überlebt hätten, wenn sie in Deutschland geblieben wären. Brandt stellt diesen Vergleich an, obwohl er wenige Absätze zuvor noch darüber nachgedacht hat, was wohl ein 19jähriger wie er von den neuen Machthabern zu befürchten hatte. Brandt wörtlich: »Hätten denn die Mann und Zweig, Feuchtwanger und Brecht und Seghers, Werfel, Renn und Zuckmayer wirklich bleiben sollen? Der Massenexodus von Schriftstellern (und deutsch-jüdischen Gelehrten) durfte nicht den Vertriebenen, sondern mußte dem verbrecherischen Regime angela-

stet werden, das sie austrieb. Wer das nicht verstehen will, beweist ein kümmerliches Nationalgefühl. Gerade dem schreibenden Exil ist es zum guten Teil zu danken, daß der Name Deutschlands niemals nur mit Hitler identifiziert wurde und das Bild vom ›anderen Deutschland‹ nicht völlig verdunkelt werden konnte.«

Dieses Bild vom »anderen Deutschland« hat Brandt tatsächlich nachhaltig geprägt. Allerdings in einer Art und Weise, die man wohl als einmalig bezeichnen muß. Wir werden später darauf zurückkommen. In seinem schon erwähnten Lebenslauf im amtlichen Handbuch des Deutschen Bundestages erwähnt Brandt aber nichts von dieser zwielichtigen Tätigkeit während der Emigration. Denn es heißt nur knapp: »Historisches Studium in Oslo. 1933 – 1937 journalistische und politische Betätigung in Skandinavien.« Das Munzinger Pressearchiv schreibt über diese Zeit: »Er hielt sich zuerst in Kopenhagen, dann in Oslo auf. Hier studierte er Geschichte, setzte seine politische Arbeit fort und erhielt nach seiner Ausbürgerung (1938) die norwegische Staatsangehörigkeit.«

Dieser letzte Satz, er »erhielt die norwegische Staatsangehörigkeit«, klingt zwar logisch und selbstverständlich. Dennoch ist er nur eine Worthülse, die nichts über den wahren Sachverhalt verrät. Nichts über Brandts Gefühle für Norwegen, vor allem nicht über seine Gefühle für Deutschland.

Erinnern wir uns: In der Rückschau, in seinen Memoiren, vergleicht sich Willy Brandt indirekt mit Emigranten wie Thomas Mann oder Stefan Zweig. Abgesehen davon, daß dieser Vergleich unglaublich vermessen ist: Diese von Brandt genannten Emigranten haben eines nie getan – ihr Heimatland vergessen. Sie haben »an Deutschland in der Nacht« gedacht, mit ihrem Vaterland gelitten, um ihr Vaterland geweint. Und genau das hat Willy Brandt – wie sich jetzt der im Untergrund agierende Herbert Frahm nannte – nie getan. Im Gegenteil.

In Oslo erklärte er, daß er sich nicht als Emigrant fühle, sondern seine neue Heimat sei Norwegen. So erwarb er auch, im Gegensatz zu den meisten anderen Emigranten, die norwegische Staatsbürgerschaft. Später kehrte er in offizieller Mission in der Uniform eines norwegischen Majors nach Deutschland zurück. Sein eigener Bruder und seine früheren Weggefährten haben mir das eindeutig bestätigt (siehe dazu auf der Seite 157 das Gespräch mit seinem Bruder).

Wie sehr sich Brandt als Norweger fühlte, wie sehr er jede innere Beziehung zu Deutschland verloren hatte, ergibt sich aus einem »Rundschreiben an seine Freunde«, das er am 1. November 1946 von Oslo aus versandte. Darin heißt es: »Ich hatte bisher keine Veranlassung, um die Wiedererlangung der gegenwärtig ziemlich fiktiven deutschen Staatsbürger-



Ein klarer Beweis: Willy Brandt in norwegischer Uniform. Immer wieder wurde diese Uniform bestritten.

schaft und damit um Entlassung aus dem norwegischen Staatsverband nachzusuchen.« Die Tätigkeit als norwegischer Offizier im Nachkriegs-Deutschland ab 1945 schien ihm angenehmer gewesen zu sein. Selbst in seinem Buch »Mein Weg nach Berlin«, das 1960 erschien, bekannte Brandt, daß er im Gegensatz zu anderen Emigranten, welche die Rückkehr in ihre alte Heimat als »ein Gebot der Pflicht« ansahen, völlig anderer Ansicht war.

»Mein Fall lag anders. Mein norwegischer Paß war für mich mehr als ein nützliches Reisedokument. Meine norwegische Staatsbürgerschaft bedeutete mir mehr als eine Formalität. Aus ihr ergaben sich Verpflichtungen, die ich nicht einfach abschütteln konnte ...«

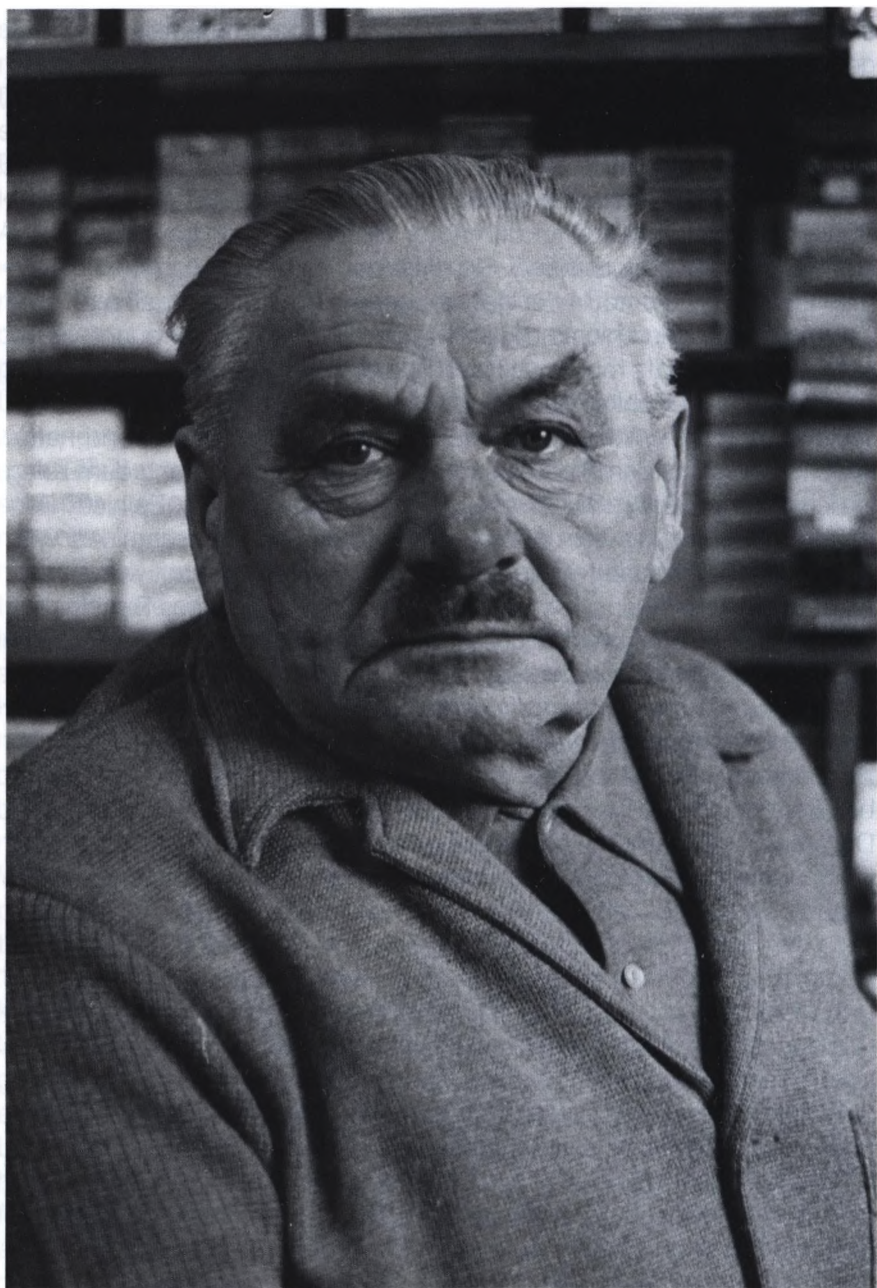
Und an anderer Stelle schreibt er: »Ich bemühte mich ernsthaft, meine Beziehungen mit Deutschland aufrechtzuerhalten, gleichzeitig aber sah ich es als eine ebenso wichtige Aufgabe an, so schnell wie möglich den Anschluß an das politische Leben Norwegens zu finden. Schon ein paar Monate nach meiner Ankunft hielt ich auf einer Versammlung am Sognefjord meine erste Rede in norwegischer Sprache. Sie wurde mir bald so vertraut, als wäre sie meine Muttersprache.«

In dem Buch »Deutschland und ich«, das vor einiger Zeit in Warschau erschien, schreibt der langjährige Bonner Korrespondent des polnischen KP-Organs »Trybuna Luda« über Willy Brandt folgendes: »Wenn mir damals jemand gesagt hätte, daß dieser Norweger 25 Jahre später sozialdemokratischer Kanzler eines Staates werden würde, der Bundesrepublik heißt, hätte ich dieses für einen Säuferwitz gehalten. Für uns war damals Brandt ein Norweger und gab sich auch als solcher.«

Während seines »Exils« in Skandinavien schrieb Willy Brandt zahllose Bücher und Zeitungsartikel, in denen er für ein sozialistisches Europa kämpfte. Allein 20 Bücher sind in norwegischer Sprache, zum Teil noch bis 1953, vom heutigen SPD-Vorsitzenden erschienen. In allen Büchern bekennt er sich als norwegischer Patriot und rechnet mit seinem Geburtsland Deutschland ab. Merkwürdigerweise ist kaum eines seiner damaligen literarischen Erzeugnisse heute auffindbar. Der norwegische Verlag, ebenso der Verlag der schwedischen Übersetzungen, waren nicht in der Lage, mir Brandts Schriften zu beschaffen. Sie seien sämtlich vergriffen, hieß es. Lediglich in seinem Buch »Draußen ...«, das 1969 erschien, veröffentlicht Brandt eine gezielte, aber verharmlosende Auswahl von Zitaten aus diesen Büchern. In dem 1970 erschienenen Buch »Willy Brandt« aus dem Econ Verlag heißt es auf Seite 107: »... Willy Brandt ging zurück nach Berlin – und noch ein Stück weiter. Er unternahm eine Reise in seine Vergangenheit. Am Ende des Jahres 1965 und in den Monaten danach sah

er so gut wie alles noch einmal durch, was er in der Emigration zu Papier gebracht hatte. Anlaß dazu bot ihm einer der jungen Leute aus der ›norddeutschen Mafia‹, seiner ehemaligen Wahlkampforganisation: Günter Struve, damals 26 Jahre alt. Der nämlich hatte sich darangemacht, Willy Brandts ›Schriften während der Emigration‹ unter dessen Mitwirkung und unter dem Titel ›Draußen‹ zu einem Buch zusammenzufassen.
Das Unternehmen wurde für den Autor dieser Schriften unversehens zu einer Art Gewissensforschung. Sie hatte den nicht unerwarteten, heilsamen Effekt, Willy Brandt in der Überzeugung zu bestärken, ›daß man alles vorzeigen kann, daß nichts davon wegerklärt zu werden braucht‹.« Diesen letzten Halbsatz muß man zwei- und dreimal gelesen haben, um die ganze Ungeheuerlichkeit der Aussage zu begreifen!
Welche Einstellung Willy Brandt damals gegenüber Deutschland hatte, spricht schon aus dem Titel eines Buches, das ein Jahr nach dem Krieg in dem renommierten Osloer Aschehoug-Verlag erschien. Es hieß »Forbrytere og andre Tyskere« (Verbrecher und andere Deutsche). Als Willy Brandt von der Illustrierten Quick nach diesem Buch gefragt wurde, antwortete er in der Ausgabe vom 1. Januar 1961, daß dieses Buch richtig übersetzt heiße: »Verbrecher und das andere Deutschland«.
Brandts Übersetzung war falsch. Erstaunlich eigentlich, denn sein norwegisch war gut genug, um als Norweger getarnt nach Deutschland einreisen zu können, ohne daß ihn jemand überführte. Die richtige Übersetzung des norwegischen Titels »Forbrytere og andre Tyskere« lautet: »Verbrecher und andere Deutsche«. »Andre Tyskere« heißt eindeutig »andere Deutsche«. »Das andere Deutschland« würde heißen »det andre Tyskland«. Eine merkwürdige Gedächtnisschwäche des Norwegers Willy Brandt.

Siehe Foto auf Seite 106



Der Fischer Paul Stooß trat aus der SPD aus. An eine dramatische Flucht konnte er sich nicht erinnern. Stooß war »sauer« auf Brandt.

Verbrecher und andere Deutsche

Bei meinen Recherchen ließ mir dieses wohl umstrittenste Buch von Willy Brandt keine Ruhe. Ich konnte und wollte mich nicht damit zufriedengeben, daß mir alle Befragten lediglich die Auskunft gaben: »Dieses Buch ist verschwunden, Sie werden es nirgendwo auftreiben. Vielleicht ist es ja auch nur eine üble Erfindung von fanatischen Rechtsradikalen, die damit Willy Brandt schaden wollen.« So machte ich mich auf die zunächst aussichtslos erscheinende Suche. Sie begann ausgerechnet in der Lübecker Hundestraße, über die ich in vorangegangenen Kapiteln schon soviel berichtet habe.

Hundestraße 9 – 15; ein rot geklinkerter Neubau, der sich gut in die übrigen Häuser der mittelalterlich wirkenden Straße einpaßt: Die Stadt-Bibliothek. »Trave verrecke« hat jemand mit großen, schwarzen Buchstaben an die Hauswand geschmiert. An den Wänden der kleinen Eingangshalle Plakate, die für Günther Wallraff werben und für Greenpeace. Gleich daneben ein Prospekt der »Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegner e.V.«. »Reservisten verweigert« heißt es darin groß. Natürlich fehlt auch der Aufruf zur Teilnahme an der obligatorischen »Friedens-Demonstration« nicht. »Vermutlich haben die Aufrufe zur Jugendzeit von Herbert Frahm ähnlich ausgesehen«, geht es mir durch den Kopf. Nur wenige Häuser weiter, war das Lokal Lender, in dem der junge Frahm 1931 seinen »Aufruf an die Arbeiter« verlesen hat, das Manifest der halbkommunistischen Sozialistischen Arbeiter-Partei. Im Inneren der Bibliothek überall Hinweise auf eine Greenpeace-Ausstellung. Ein Verband, der es durch geschickte Öffentlichkeitsarbeit versteht, sich nicht das Mäntelchen der Links-Gruppe umhängen zu lassen.

»Verbrecher und andere Deutsche« – dieses Buch möchte ich finden. Aber wo? In der Abteilung Kriminalromane, Märchengeschichten? Bei Brandt weiß man nie ... Schließlich zeigt mir eine ältere Bibliotheks-Angestellte eine Kartei, in der die gesamten Bücher verzeichnet sind. Einige Brandt-Bücher sind dabei: »Links und frei«, »Mein Weg nach Berlin«, »Krieg in Norwegen« und der norwegische Titel »Norge fortsätter kampen«. Alles andere sei »ausgelagert«, erfahre ich. »Eigentlich bin ich an einem ganz speziellen Brandt-Buch interessiert«, sage ich der freundlichen Angestellten. Sie schmunzelt. »Verbrecher und andere Deutsche?« fragt sie mich höflich. Ich nicke. »Das gibt es nicht. Das ist wohl aus gutem Grund vom Büchermarkt verschwunden. Da kann ich ihnen leider nicht helfen.«

Beim Verlassen der Bibliothek gibt sie mir den Tip: »Versuchen sie es

doch einmal in einem Antiquariat in der Hüxstraße. Da soll es solch ein Buch gegeben haben.«
Ein freundlicher Mann, vielleicht 45 Jahre alt, kommt in diesem Antiquariat auf mich zu. »Ja«, antwortet er auf meine Frage, »dieses anrüchige Ding habe ich wirklich einmal für wenige Tage gehabt. Ich hatte darüber sogar mit einigen Freunden gesprochen. Wenig später kam ein sehr aufgeregter Mann ins Geschäft und kaufte mir das Buch ab. Ich hätte es behalten sollen. Der Verkauf war ein Fehler.«
In fünf anderen Buchgeschäften bleibe ich ebenfalls erfolglos. Interessant aber: Jeder hat schon einmal etwas von diesem Buch gehört. Gelesen hat es keiner. Später erst erfahre ich, daß es auch nur in norwegischer, aber nie in deutscher Sprache erschien. Verlag und Autor waren offensichtlich gegen die Übersetzung in die deutsche Sprache. Seltsam eigentlich. Denn Brandt – so hat er doch selber gesagt – kann alles vorzeigen, was er in seinem »Exil« geschrieben hat.
Schließlich wage ich mich in die »Höhle des Löwen«: Dr.-Julius Leber-Haus. Hier ist das »Informations-Zentrum der SPD« mit dem Sitz des Unterbezirks VIII., Kreisverband Lübeck. Im Schaufenster ein vergilbtes Werbeblatt für die Vertriebenen (lang ist es her). Ein Buch von August Bebel »Die Frau und der Sozialismus«, eine Anleitung für sozialistische Redner«. Ganz in der Ecke ein Bild des »großen Vorsitzenden« Herbert Frahm beim Lesen der Zeitung »Kampfsignal«.
In der ersten Etage ist der Eingang zur Geschäftsstelle. »Stoppt Strauß« heißt es auf etlichen Aufklebern – oder »35-Stunden-Woche«. Am Ende des langen Korridors das Büro. Zwei zuvorkommende Mitarbeiterinnen, ein männlicher schwarzer Lockenkopf. Auf seinem Schreibtisch eine rote Nelke.
»Verbrecher und andere Deutsche?« fragen sie ungläubig. Ja, gehört habe man davon schon einmal etwas. Aber das ganze sei wohl nur eine Erfindung von verrückten Rechtsradikalen. »Versuchen Sie es doch einmal bei der Friedrich-Ebert-Stiftung«, meint der Lockenkopf. Inzwischen sieht er mich ein wenig mißtrauisch an. Beim Hinausgehen rät er mir, bei diesen ganzen Geschichten ein wenig vorsichtig zu sein. Willy Brandt werde sowieso ständig verleumdet. Das könne man doch schon daran sehen, daß man immer wieder behaupte, daß Brandt eigentlich Frahm heiße. In Wirklichkeit wisse doch jeder Eingeweihte, daß der richtige Name Brandt und der Tarnname Frahm sei. »Gute Nacht«, denke ich mir im stillen und verabschiede mich höflich.
In den nächsten zwei Wochen »graben« mindestens 20 Mitglieder der Konservativen Jugend Deutschland, die ich um Mithilfe gebeten hatte, in

rund 300 Buch-Antiquariaten und Bibliotheken im ganzen Bundesgebiet und West-Berlin nach »Verbrecher und andere Deutsche«. München, Hamburg, Kiel, Berlin, Freiburg, Garmisch-Partenkirchen, Köln, Bonn – von überall die gleiche Meldung: Nichts. Das Buch ist wie vom Erdboden verschluckt.

Da entschließe ich mich, für einige Tage nach Norwegen zu fliegen, um dort das Buch zu suchen. Ergebnis: Null. Ob in der Universitäts-Bibliothek von Oslo, im Büro der Sozialisten oder sämtlichen Buchgeschäften ... : Nichts. Selbst im Aschehoug-Verlag, dem Verlag, in dem das Buch verlegt worden war, ist »der letzte Band gerade vergriffen«.

Inzwischen hat es sich in der Stadt herumgesprochen, daß »ein Deutscher mit Bart, vermutlich ein Brandt-Gegner«, auf der Suche nach einem brisanten Brandt-Buch ist. Als ich am Nachmittag in mein Hotel in der Innenstadt zurückkomme, liegt ein kleiner Zettel in meinem Schlüsselkasten an der Rezeption: »Bitte, sofort nach Hamburg zurückkommen. Wir haben das Buch.« Am nächsten Tag steht ein freundlicher, älterer Herr vor meiner Hamburger Wohnungstür. »Darf ich reinkommen?« fragt er. Ich ahne worum es sich dreht und lasse ihn ins Wohnzimmer. »Wir haben von Ihren Schwierigkeiten gehört«, sagt er, »und wollen Ihnen helfen.« Dann legt er mir das Buch auf den Tisch. Ein einwandfreies Exemplar. Wie druckfrisch sieht es aus. Ein glatter, schwarzer Leineneinband. »Ich bin politisch auf Ihrer Seite«, gesteht mir der freundliche Mann, ein pensionierter Zahnarzt, der seinen Namen nicht genannt haben möchte. »Als wir davon erfuhren, daß Sie wegen Ihres Kampfes gegen Willy Brandt klein gemacht werden sollen, haben wir Himmel und Hölle in Bewegung gesetzt, um Ihnen zu helfen«, offenbart er sich mir. »Schließlich haben wir das Buch bekommen. Norwegische Sozialisten haben es uns verkauft. 3000 Mark mußten wir zahlen. Es waren Sozialisten aus Oslo, die Brandt nicht sonderlich liebten. Einem Kriegskameraden von mir, der während der deutschen Besatzung in Norwegen stationiert war, haben sie es in die Hand gedrückt. Er hat es mir gegeben, mit der Bitte, es an Sie weiterzuleiten.«

3000 Mark – eine stolze Summe für ein Buch von Brandt. Ich zahle dem alten Herrn das Geld, das er selbst ausgelegt hat, zurück. Natürlich bin ich froh, endlich im Besitz dieser Schrift zu sein.

Drei Tage später bin ich wieder in Oslo. Dort habe ich eine Deutsche kennengelernt, die perfekt norwegisch spricht und schreibt. In mühevoller Arbeit übersetzt sie mir »Verbrecher und andere Deutsche«. Gern hätte ich das gesamte Buch in deutscher Sprache neu drucken lassen. Dazu benötige ich aber das Einverständnis des Autoren und des Verlages. Den

Versuch kann ich mir schenken. Aus presserechtlichen Gründen darf ich auch an dieser Stelle nur Auszüge dieses Brandt-Buches veröffentlichen. Aber auch diese Auszüge haben sich schon gewaschen. Lesen Sie selber: Gleich im Vorwort legt Willy Brandt los:

»Es war an einem Novemberabend auf Fabers Schloß in Stein, dem internationalen Presselager bei Nürnberg. Ein polnischer Korrespondent verblüffte einige von uns anderen mit schwärmerischen Schilderungen von der unbeschreiblichen Schönheit der Ruinen von Warschau.

Ich gestehe, daß ich keine Ruinen mag, jedenfalls nicht die, die weniger als hundert Jahre alt sind. Es machte mich nicht glücklich, meine Geburtsstadt Lübeck mit allen Trümmerhaufen und zerstörten Kirchtürmen zu sehen. Dahingegen erfüllt es mich jedesmal mit Freude, wenn ich daran denke, daß es Oslo – der Stadt, in der mich meine besten und wichtigsten Jahre verlebt habe – erspart blieb, ganz und gar zerbombt zu werden. Die Abneigung gegen Trümmerhaufen ist eine Erklärung dafür, daß nicht so viel über sie in diesem Buch steht.

Das Buch enthält Fakten und Reflektionen über Deutschland und die Deutschen. Das Manuskript entstand in Nürnberg und bei Reisen durch Deutschland. Ich habe eine Zusammenfassung des Anklagematerials gegen die großen Kriegsverbrecher miteinbezogen. Ein Referat des Prozesses ist es nicht – das Gerichtsverfahren ist ja noch nicht abgeschlossen. Ansonsten habe ich versucht, das Aufräumen zwischen den Ruinen, auf den Straßen und in den Gehirnen zu schildern. Keiner der Teile kann weggesprengt werden. Sie müssen weggeräumt werden, um Platz für neues Leben zu schaffen.

Ich habe keinen Zugang zu Nachschlagewerken gehabt, und das statistische Material, das heute zur Verfügung steht, ist sehr unvollständig. Das führt dazu, daß die Dokumentation in mehreren Punkten unvollständiger ist als sie sein sollte. Die Darstellung baut auf Dinge, die ich selbst gesehen habe und auf Berichte, von denen ich annehmen darf, daß sie korrekt sind. Die Entwicklung hört nicht auf. Das, was wird, erwächst allerdings aus dem, was war. Das Buch gibt eine Übersicht über das deutsche Problem, so wie es sich für mich in den Wintermonaten, die gerade vergangen sind, vertonte.«

Oslo, im März 1946 W.B.

Schon allein das Inhaltsverzeichnis zeigt dann die Richtung an. Darin heißt es:

INHALTSVERZEICHNIS

Wegen dieses Buches wird Willy Brandt – vor allem wegen des Titels – stark angegriffen. Im ersten Kapitel begründet er – mehr oder weniger deutlich – die umstrittenen Zeilen »Verbrecher und andere Deutsche«. Lesen Sie dieses Kapitel selber. Ich habe es nahezu wörtlich auf deutsch übersetzen lassen. Lediglich Auszüge aus diesem Abschnitt hätten mir den Vorwurf der »Manipulation« eingebracht, daher der volle Wortlaut. Durch die wortgetreue Übersetzung liest der Text sich an einigen Stellen ein wenig »holprig«.

»Herrenvolk oder Verbrecherbande?

Auf Deutschlands bedingungslose Kapitulation folgte seine totale Besetzung.

Die Wehrmacht war zerschlagen und ihre Reste wurden entwaffnet. Die nationalsozialistischen Organisationen hatten sich aufgelöst – Hitler hatte sowohl Göring als auch Himmler exkludiert, bevor er Selbstmord beging. Eine deutsche Regierung gab es nicht länger, nachdem der tragikomische Epilog in Flensburg abgewickelt war. Der deutsche Staat hatte aufgehört zu existieren. Verwaltung, Verkehrsmittel und Versorgungsdienst waren zerschlagen. Die Naziführer hinterließen Trümmerhaufen, ein bankrottes Wirtschaftsleben, wurzellose und apathische Menschen. Der Zusammenbruch war wirklich »einmalig«, ohne Vergleichbares in der modernen Geschichte. Es wäre am schlimmsten für Deutschland geworden, wenn sie es unterlassen hätten. Dann wäre zu einem Kampf aller gegen alle gekommen. Die Auflösung hätte ihre äußerste Konsequenz erreicht.

Die Besetzung nahm in erster Linie die Aufgabe wahr, eine Pestquelle (Pestbeule) zu isolieren. Aber damit war das Problem noch nicht gelöst. In den von den Alliierten besetzten Gebieten mitten in Europa wohnten immer noch über 60 Mio. Deutsche. Gestern »Herrenvolk«, heute Bettler.

Hitler – und andere vor ihm – hatten versucht, den Deutschen einzureden, daß sie dazu berufen wären, die Herren Europas und der Welt zu sein. Er schaffte es, die größte und gefährlichste Verbrecherbande der Geschichte zu rekrutieren. Als er verschwand, waren die Herrenvolk-Anwärter Gefangene, Bettler oder – im besten Fall – Bewohner eines großen Armenhauses geworden.

Die Behauptungen des Nationalsozialismus waren ad absurdum geführt worden. Die wahnsinnigen Ambitionen endeten mit einem gewaltsamen

Fall. Die, die ausgezogen waren, um die Welt zu erobern, führten ihr eigenes Land und Volk in eine Krise, die der nationalen Existenz selbst gilt. Der deutsche Name war mit Blut beschmutzt worden. Er riecht nach Leichen und führt die Gedanken hin zu Plünderung, Mißhandlung, Betrug. Die einzigartige Herausforderung hat starke Reaktionen ausgelöst. Die Deutschen werden die Wirkungen noch lange spüren, auch nachdem der letzte Naziführer seine gerechtfertige Strafe bekommen hat. Der Traum vom Herrenvolk wird nicht noch einmal geträumt werden. Deutschland ist weder »der Nabel der Welt« oder »Europas Herz«. Die Deutschen haben bis auf weiteres nichts mehr in der internationalen Politik zu sagen. Diejenigen, die diese bestimmen, tun allerdings klug daran, wenn sie sich vor allzu großer Vereinfachung hüten. Es war Wahnsinn, die Deutschen dazu aufzuhetzen, eine Rolle als Weltherren zu spielen. Sie marschierten – solange bis sie ihr eigenes Land verloren hatten. Aber das braucht noch lange nicht das gleiche zu bedeuten, als daß sie alle – und zwar für immer – Verbrecher sind.

Die Wirklichkeit ist bedeutend komplizierter und nuancierter als die Nationalsozialisten und andere rassistische Politiker zugeben wollen. Der Nationalsozialismus hat mit teuflischer Systematik die niedrigsten Instinkte und die verbrecherischen Eigenschaften gezüchtet. Der Hitlerismus war ein wohlorganisiertes Verbrecherreich global gesehen. Die Verbrecher entwickelten eine bisher einzigartige Fähigkeit, die Macht der Organisationen, der Propaganda und der Gewalt auszunutzen. Sie organisierten den Abschaum der Gesellschaft und produzierten Menschenschlächter am laufenden Meter. Und sie taten alles, um sich so viele Mitschuldige zu schaffen wie möglich. Aber das ist nicht das gleiche, als daß die Deutschen dazu bestimmt wären, eine Nation von Verbrechern zu sein. Sie sind auf vielerlei Weise ein unreifes Volk. Aber sie sind nicht als SS-Männer geboren. Ihre Kinder sind ungefähr so wie die Kinder in anderen Ländern, wenn sie auf die Welt kommen. Wenn sie aufwachsen, werden sie von den gesellschaftlichen Verhältnissen und der damit verbundenen Erziehung geformt. Sie gleiten hinein in eine Gemeinschaft, die von sozialen und geschichtlichen Faktoren bestimmt ist. Ein geschichtliches Erbe kann eine schwere Belastung sein. Aber sie kann überwunden werden. Soziale Verhältnisse können geändert werden. Auch nicht unter gegebenen gesellschaftlichen Bedingungen ist es so einfach, daß man nur einen beschreitbaren Weg gehen könnte. Nicht nur der Art und Weise des Seins und Lebens von Einzelmenschen, sondern auch der eines ganzen Volkes kann eine neue Richtung gegeben werden, die Ideale können verändert werden.

Es wäre entsetzlich, aber einfach, wenn die Deutschen als solche Verbrecher wären. So einfach ist es nicht und auch nicht so schrecklich. Besondere Verhältnisse haben sie zu Werkzeugen – und Opfern – des Nationalsozialismus werden lassen. Aber sie haben auch einen anderen Hintergrund, als gewöhnliche Menschen, im Guten und Bösen. Sie waren dafür bekannt, daß sie fleißig und gewissenhaft sind, sehr gewissenhaft. Fleiß und Pflichtgefühl sind keine schlechten Eigenschaften an und für sich. Es kommt nur darauf an, wofür man arbeitet und wem man sich verpflichtet fühlt. Die Fähigkeiten, die dem deutschen Handwerk und der Technik – früher auch der deutschen Organisation – einen guten Namen in der Welt verschafften, konnten auf eine falsche Spur geleitet werden. Verschwunden sind sie nicht. Die Deutschen sind nicht so zerstört, als daß sie sich nicht wieder heraufarbeiten können, wenn es ihnen erlaubt wird, wenn soziale Sicherheiten geschaffen werden gegen den nationalistischen Rückfall, und wenn es gelingt, eine einigermaßen stabile demokratische Führung zu schaffen.
Die Deutschen haben es nicht gerade gemütlich nach dem Zweiten Weltkrieg. Viele von ihnen klagen über ein Schicksal, das sie als unberechtigt empfinden. Noch sind viele von ihnen sich nicht über die große Chance im klaren, die sie bekommen haben. Sie können nicht fortsetzen mit dem was war. Sie kommen nicht weiter mit Flickwerk. Was sie tun müssen, ist ein ganz neues nationales und gesellschaftliches Dasein aufbauen, wieder ganz von vorne beginnen. Das ist die große Chance. Der Weg, den sie gehen müssen, ist noch nicht klar. Aber die Besetzung wird nicht in alle Ewigkeit währen. Die Trümmerhaufen der zerbombten Häuser und Fabriken werden nach und nach weggeräumt werden. Es wird bedeutend schwieriger werden, die Gehirne vom ideologischen Schutt zu reinigen. Aber die Schwierigkeiten müssen nicht das Wesentliche durcheinander bringen. Deutschland hat neue Möglichkeiten, gerade in der Eigenschaft einer gründlich besiegten Nation. Der Machtkampf und die Konkurrenz auf der ehemaligen Ebene kommt nicht länger in Frage. Wie auch immer es mit den Deutschen bestellt ist – sie sind auf jeden Fall nicht dazu berufen, andere Völker zu beherrschen. Sie haben genug damit zu tun, sich selbst zu lenken. Aber gerade weil es ihnen erspart bleibt, den Militarismus und andere Verpflichtungen, die zu einer Großmacht gehören, mitzuschleppen, haben die Deutschen beide Hände frei zum Wiederaufbau und dazu, sich in der friedlichen Zusammenarbeit der Nationen geltend zu machen. Gerade weil das militaristische Zwangsmittel wegfällt, wird es möglich, daß sie zu einer echten Einheit zusammenwachsen. Die Gemeinschaft in der Not ist nicht der schlechteste Boden für einen neuen

Patriotismus. Vielleicht hat sogar die deutsche Kultur noch eine Aufgabe zu erfüllen. Ich bin mir darüber im klaren, daß das eine gewagte Hoffnung ist, so kurze Zeit nach Majdanek, Belsen und Auschwitz.

Ich habe mich davon überzeugt, daß Deutschland, trotz allem was geschehen ist, über Kräfte verfügt, die dem Land eine friedliche und demokratische Zukunft sichern können. Es hängt nicht nur von deutschen Faktoren ab, ob diese Kräfte die Oberhand gewinnen. Die geschichtliche Hauptentwicklungslinie wird immer noch vielmals von widersprechenden Tendenzen gekreuzt. Der endgültige Ausgang steht vielleicht in den Sternen geschrieben, jedenfalls nicht in diesem Buch.

Alle Deutschen waren nicht in der Verbrecherbande, »der Deutsche« als solcher ist kein Verbrecher. Aber ich meine gleichzeitig, daß der deutsche Wiederaufbau niemals ein Neubeginn wird, wenn man Verantwortung und schonungslose Offenheit unterläßt. Der Wiederaufbau kann nicht mit Wunschdenken und Lügen beginnen. Eine Lüge wäre es allerdings, wenn man behaupten würde, daß die nationalsozialistischen Angreifer und Torturisten nicht einen großen Teil des Volkes hinter sich gehabt hätten. Es würde der Wahrheit widersprechen, wenn jemand versuchte zu bestreiten, daß 12 Jahre nationalsozialistisches Propagandamonopol starke Spuren in dem Bewußtsein der Deutschen hinterlassen haben. Wunschdenken wäre es zu behaupten, daß eine bestimmte Gruppe oder eine Klasse gegenüber dem nationalsozialistischen Gift immun gewesen wäre. Es ist richtig, daß die Kirchen eine gewisse Unabhängigkeit und Opposition gegenüber dem Totalitätsanspruch an den Tag legten. Aber es gab auch sehr viele Priester, die sowohl den Angriffskrieg als auch die Hakenkreuzfahnen segneten. Es ist wahr, daß die Arbeiter eine größere Immunität zeigten als andere Schichten. Aber der Nationalsozialismus gewann Anhänger und opportunistische Mitläufer auch unter den Vertrauensleuten der Arbeiterbewegung. Mehr als einer von denen, von denen man geschworen haben könnte, daß sie immun bleiben würden, ging einen Kompromiß mit seinem Gewissen ein, indem er sich ein nationalsozialistisches Mitgliedsbuch verschaffte – in der Zeit von 1940–1942. Und viele sind es, die mehr wußten, als sie heute einräumen wollen. Ich bin nicht sicher, daß sie mit ihrem Wissen hätten viel ausrichten können. Aber in einer Existenzkrise, wie sie die Deutschen durchleben, braucht es vor allem Aufrichtigkeit und Verantwortung.

Die Zeit nach den verlorenen Kriegen ist früher eine Zeit des Wachstums für die deutsche Kultur gewesen. Die Jahre nach dem Ersten Weltkrieg bildeten dabei keine Ausnahme von dieser Regel. Die Niederlage rief sowohl progressive als auch reaktionäre Kräfte hervor. Der Fehler war, daß

die Reaktion viel zu billig von der Niederlage davon kam. Man kann auch andere Parallelen benutzen. Die imponierende Arbeit des »roten Wiens« wurde ausgeführt in einem Land, das kaum lebenstüchtig war, das aus seinem wirtschaftlichen Zusammenhang herausgerissen war. Die Russen haben nach der Niederlage 1917 und trotz des Bürgerkrieges, der Intervention und der Hungersnot einen ganz neuen Staat geschaffen. Norwegen war nie größer als zu dem Zeitpunkt, als seine kämpfende Demokratie Rechtsansprüche, Freiheit und Gewissen gegenüber der deutschen Besatzungsmacht behauptete. Gleich nach Dünkirchen wehten sehr frische Winde durch den britischen Staat. Es ist nicht nur schade um die, deren nationale Existenz vom Untergang bedroht zu sein scheint.«

Einige Seiten weiter schrieb Brandt die unglaublichen Zeilen:
»Ich habe niemals eine Begeisterung für Todesurteile aufarbeiten können. Aber so, wie die Welt, in der wir nun einmal lebten, war, rechnete ich damit, daß es notwendig werden würde, eine ganz große Anzahl wertloser nationalsozialistischer Leben auszumerzen. Gleichzeitig habe ich die Auffassung zum Ausdruck gebracht, daß die »Vansittartisten« zittern würden, wenn die Urteile vollstreckt werden sollten, nicht nur gegen den nationalsozialistischen Führer und die Gestapo-Henker, sondern auch gegenüber deren Helfern unter den Generälen und Generaldirektoren. So ist es auch gewesen.«
Offen gesagt, es fällt mir schwer, an dieser Stelle auf eine Kommentierung zu verzichten. Ich mache es aber bewußt. Denn spätestens jetzt wird sich jeder Leser sein eigenes Urteil über den Norweger Brandt bilden können, der einmal deutscher Bundeskanzler war.

Handlungsanweisung zum Töten

Als besonders leidenschaftlicher norwegischer Patriot machte sich Brandt zum Sprecher der norwegischen Partisanen und verherrlichte in dem Buch »Guerillakrieg« den Partisanenkampf gegen deutsche Soldaten. Er lobte darin den gegen die Haager Landkriegsordnung verstoßenden Meuchelmord, dem deutsche Soldaten zu Tausenden zum Opfer fielen. Brandt gab den norwegischen Partisanen gewissermaßen eine Handlungsanweisung zum Töten. Jedenfalls ist es so zu verstehen. So schreibt der heutige SPD-Vorsitzende, daß sich auch ein demokratisches Land keine Fairneß im Kampfe gegen die »Besatzungsmacht leisten kann« und stellt fest, »daß auch der technisch hochentwickelte Gegner selbst mit seiner Blitzkriegstaktik erfolgreich bekämpft werden kann und muß. Die Erfahrungen aus der Sowjetunion haben dies am besten bewiesen.« Dann zitiert er die Methoden der sowjetischen Partisanen und die Anweisung Stalins gleichsam als Vorbild.

»Der Feind wütet in unseren Dörfern. Wenn wir ihn in Ruhe wüten lassen, bekommt er höchstens unsere Dorfbewohner auf den Hals; aber dort draußen, wo der Weg durch den Wald geht, da lauern wir auf ihn! Dort beschießen wir die Eskorte von guten Stellungen aus; dort stellen wir Verwirrung, Unsicherheit und Angst in seinen Reihen an. Aber bevor er sich erholt hat und erfaßt hat, was eigentlich geschehen ist, sind wir fort vom Weg, versteckt in unseren Wäldern und Schlupflöchern ... Je waghalsiger und verrückter ein Unternehmen ist, desto weiter dringt es in sein Etappenwesen ein, desto mutloser wird der Feind. Und dann kommen die Gerüchte von selbst ... Hetzen die eigenen Landsleute auf, treffen den Feind tödlich, wo wir ihn erreichen, bis endlich die Führer der feindlichen Truppen den Kopf verlieren. Unsere Patrouillen können auch Wege zerstören, Fabriken in die Luft sprengen, Eisenbahnlinien vernichten und Telefonleitungen abschneiden ... Und schließlich das wichtigste Ziel unserer Patrouillen ... das Aufwecken der eigenen Bevölkerung! Diese soll auf die Straße gehen, sie soll mit hohnvollen Blicken den Feind messen und seine Armee bespucken. Unsere Bevölkerung soll Mutlosigkeit in den Herzen des Feindes säen, sie muß passiven Widerstand leisten. Und schließlich soll das Feuer des Aufruhrs entflammen, himmelhoch, um den Feind zu verzehren.« Dann zitiert Brandt die Radioansprache Stalins vom 3. Juli 1941 mit der Aufforderung zur »verbrannten Erde« dort, wo die Rote Armee zum Rückzug gezwungen wird, mit den Hinweisen für den danach einsetzenden rücksichtslosen Partisanenkrieg. Diesen Aufruf gegen die deutsche Wehrmacht kommentiert Brandt mit den Worten:

»Bald zeigte es sich, daß eine zweite Front im Rücken der Deutschen entstanden ist, und daß diese zweite Front, hervorgerufen durch die Partisanen, den Gegnern größte Verluste an Menschenleben und Material verursacht hat.« Dann folgt ein Hinweis für seine norwegischen Landsleute:
»Sie benützen die Zivilisten als Spione ... Wo Personen auftreten, die sich der Okkupationsmacht zur Verfügung stellen, ist es die Aufgabe der Partisanen, mit ihnen abzurechnen. Die Verräter werden schonungslos ausgerottet ...«
Brandt berichtet anschließend von den geheimen Organisationen, die in Norwegen und anderen okkupierten Ländern entstanden sind. Wörtlich heißt es:
»Die Okkupation ruft ein Erwachen von nationalen Leidenschaften hervor und eine Brutalisierung, die den Grund für den Übergang der großen Massen von der waffenlosen Opposition zum Aufruhr bilden könnten ... Die Not eines ganzes Volkes kann es zu einem Unternehmen zwingen, das vielleicht nicht ganz mit gewissen völkerrechtlichen Regeln übereinstimmt.«
Unbekümmert wirft Brandt die der Menschlichkeit in der Kriegsführung dienende und allen zivilisierten Völkern verpflichtende Haager Landkriegsordnung über Bord. Er versteigt sich in folgendem Satz: »Die 35 Jahre alten Völkerrechtsregeln bieten keinen haltbaren Boden mehr für die Beurteilung der Kriegsführung unserer Tage.« Folgerichtig verharmlost Brandt auch den Mord an deutschen Soldaten durch Partisanen. Wörtlich heißt es auf Seite 243 seines Guerillabuches: »Der Mord an deutschen Soldaten und Gendarmen muß vor dem Hintergrund der deutschen Besatzungspolitik gesehen werden, die in Polen betrieben wird.«
Das »Rot-Buch«, das die CSU-Landesleitung über Willy Brandt herausgab, kommentiert diesen letzten Satz des heutigen SPD-Vorsitzenden in der 4. und erweiterten Auflage vom August 1976 folgendermaßen:

»Diesen Leitfaden für norwegische Widerstandskämpfer zur Ermordung deutscher Soldaten hat Brandt nicht einmal als Privatmann verfaßt, sondern als Leiter des norwegischen Pressebüros der Zentralstelle für die Verteilung des gesamten illegalen Materials der norwegischen Widerstandsbewegung.
Kann man Brandts publizistische Tätigkeit nun aber nicht vielleicht als einen Kampf eines rechtsstaatlich denkenden Demokraten gegen das verbrecherische NS-System betrachten? Kämpfte er nicht für ein besseres demokratisches Deutschland, wenn auch in der etwas seltsamen Gestalt eines norwegischen Patrioten? Auch diese Rechtfertigungsmöglichkeit

trifft nicht zu. Ganz im Gegenteil: Brandt verbündete sich mit jenem verbrecherischen Gewaltsystem, das gemeinsam mit Hitler Polen überfallen hatte, in dessen Todeslagern seit 1917 60 Millionen Menschen ausgerottet worden sind und dessen Verbrechen daher, was die Quantität betrifft, die des NS-Regimes noch übertreffen. Zwar kämpfte Brandt nie, aber er spielte als geistiger Einpeitscher auf dem sozialistisch-kommunistischen Kampffeld Europas schon bald nach seiner Emigration eine bedeutende Rolle.«

Wir müssen uns zwischendurch noch einmal vergegenwärtigen, daß Brandt seine damaligen Aktivitäten in seinem Lebenslauf als »journalistische Tätigkeit« beschrieb! Werfen wir jetzt einen genaueren Blick auf das, was Brandt in seinem knappen Lebenslauf als »politische Tätigkeit« bezeichnet.

Brandt war nach seiner Emigration weiterhin Funktionär der linksradikalen SAP. Und: Er gehörte der Partei bis kurz nach dem 2. Weltkrieg an. Es besteht kein Zweifel, daß Brandt SAP-Beauftragter für Norwegen war und ein Büro in Oslo unterhielt. Die SAP sah sich selbst als Konkurrenzorganisation der KPD. Willy Brandt reiste im Parteiauftrag mit gefälschten Pässen unter Decknamen wie Willy Flamme oder Karl Martin konspirativ nach Paris, Berlin, in die Slowakei und schließlich für längere Zeit nach Spanien. Im Dezember 1936 unterzeichnete er für die SAP einen gemeinsamen Aufruf des »Volksfrontausschusses« an das Deutsche Volk. Zu den Unterzeichnern des Aufrufs gehörten neben Willy Brandt für die Kommunisten Wilhelm Piek, Walter Ulbricht, Franz Dahlem, Herbert Wehner und Willy Münzenberg.

Dieses wichtige Ereignis in der Geschichte der sozialistischen Bewegung erwähnt Brandt in seinen Lebenserinnerungen mit keinem Wort. Merkwürdig ist, daß Brandt mit demselben Walter Ulbricht, mit dem er gemeinsam den Aufruf an das Deutsche Volk unterzeichnet hatte, angeblich später »keine menschliche oder politische Gemeinschaft« sah.

In seiner Eigenschaft als SAP-Funktionär bekannte sich Brandt 1936 zu einer engen Kooperation mit den sowjetischen Kommunisten. In der SAP-Zeitschrift »Neue Front«, die 1936 in Paris erschien, schrieb er: »Seit dem Bestehen der Sowjetunion war es für alle Revolutionäre eindeutig klar, daß der Sowjetstaat sich mit allen Kräften verteidigen und dort, wo erforderlich, den revolutionären Krieg führen müsse. Für die Proletarier der kapitalistischen Welt ergab sich die unbedingte Pflicht zum Schutz des Sowjetstaates, im Kriegsfalle durch Lenkung ihres ganzen Kampfes gegen den Kriegsapparat der kapitalistischen Mächte.« Im Sommer des-

selben Jahres war in Spanien der Bürgerkrieg ausgebrochen. Als Korrespondent für skandinavische Blätter und als »Vertrauensmann seiner politischen Freunde in der Emigration« »arbeitete« Brandt in Rot-Spanien.

Brandt im Spanischen Bürgerkrieg

»Als Sozialist fühlte ich mein Herz höher schlagen bei den Meldungen über den heldenhaften Widerstand der spanischen Arbeiter gegen die Mächte der Reaktion.« – »Ich sah die großen Gefahren, die sich vor der Revolution auftürmten – und diese Gefahren drohten der Freiheit, nicht nur von Franco und seinen deutschen und italienischen Verbündeten, sondern auch aus den eigenen Reihen.«
Mit der Revolution ist der Volksfront-Umsturz von 1936 gemeint, der durch seine links-anarchistische und kommunistische Entwicklung die Franco-Revolution vom Juli 1936 heraufbeschwor.
Der »Genosse Brandt« berichtet im Juli 1937 seinen »politischen Freunden« über »ein Jahr Krieg und Revolution in Spanien«. Dieser Bericht wurde auch als Flugschrift herausgegeben. Auf der Innenseite des Titelblattes werden auch andere Schriften dieser »politischen Freunde« angepriesen: »Die neue Front«, das Organ für proletarisch-revolutionäre Versammlungen. Einzelnummer: 1,-- ffr. Ferner: »Marxistische Tribüne«. Diskussionsblätter für Arbeiterpolitik – Preis 3,-- ffrs.

In seinem Bericht sagt Brandt: »Ein Jahr lang schon tobt der revolutionäre Krieg in Spanien. Ein Jahr lang sind wir Zeugen dieses größten Ereignisses in der Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung seit der großen russischen Revolution.
Zehntausende spanischer und internationaler Sozialisten und Kommunisten haben für diesen Kampf ihr Leben gegeben. Unter ihnen waren unsere Genossen Trude, Rudolf, Wolf, Erich, Genossen der Kommunistischen Partei wie Hans Beimler, Genossen aus allen Ländern. Wir verneigen uns vor ihnen als den wirklichen Avantgardisten internationaler proletarischer Solidarität. Wir bangen um das Schicksal der spanischen Revolution, des revolutionären Krieges.«
In diesem sowjetfreundlichen, klassenkämpferischen Referat »Ein Jahr Krieg und Revolution in Spanien«, das Brandt in Paris vor den Vorstand der SAP hielt, sagte er weiter: »Die Russen wollen wirklich Franco schlagen, und ohne die russische Waffenhilfe wäre es dort unten schon längst aus gewesen ... Der Einsatz der Russen für die Vernichtung Francos war eine außerordentlich fortschrittliche Angelegenheit ... Um die revolutionären Errungenschaften zu retten, bedarf es im Rahmen breiter Aktionseinheit einer Sammlung der bewußt sozialistischen Kräfte aus dem sozialistischen, kommunistischen, anarchistischen und unabhängigen Lager in einem festen Schutz- und Trutzbündnis ...«

Dann fällt Brandt mit Brachial-Gewalt über die katholische Kirche her: »Die bestorganisierten Mächte der spanischen Gesellschaft waren die Kirche und die Armee. 1924 zählte man eine Armee von 12.000 Mönchen und 42.000 Nonnen. Die katholische Kirche stellte eine gewaltige wirtschaftliche Macht dar. Sie war nicht nur der erste Grubenbesitzer im Lande, sondern besaß alle Arten von Unternehmungen, von Banken und Fabriken bis zu Zeitungen und Bordellen. Und die Kehrseite der Medaille: Im Zeichen der kulturellen oder besser antikulturellen Macht der Kirche bestand die Hälfte der Bevölkerung aus hundertprozentigen Analphabeten. 50 % der Kinder besuchten keine Schule. Von den anderen ging wiederum die Hälfte in die Pfaffenschule.«

Damals wurden Tausende Priester in Spanien durch die Kommunisten ermordet. Hunderte von Nonnen vergewaltigt und umgebracht, Klöster angezündet. Brandt in seinem Referat: »Die Aufgaben der bürgerlichen Revolution sind zum Teil im ersten Ansturm gelöst worden. Ein reinigender Sturm hat die Kirchen und Klöster gesäubert. Die Macht der Kirche als eines sozialen und ökonomischen Faktors ist gebrochen. Die Granden, die Großgrundbesitzer, sind verschwunden, ebenso ein guter Teil des korrupten reaktionären Bürokratengesindels. Mit ihnen gingen so gut wie alle Großunternehmer und Bankherren. Wo sie sich nicht beeilten, hat man ein wenig nachgeholfen, und mit dem Ansturm der Bürgerlichen wurden die ersten Schritte der sozialistischen Revolution unternommen.«

So spricht der Mann, der später Bundeskanzler der Bundesregierung Deutschland und Friedensnobelpreisträger wurde. Daß Brandt später in seinen Memoiren »Links und frei« versucht hat, die damalige Rede zu verharmlosen, ist kein Wunder. So ließ er sich zu der Anmerkung herab: »Aber eines ist gewiß, Grausamkeiten gab es nicht nur auf faschistischer Seite. Franco-Leute allerdings schlachteten Tausende in Stierkampfarenen und Gebirgsschluchten ab.«

Nehmen wir aus Brandts Bürgerkriegsrede noch einmal den einen Satz unter die Lupe. Den Satz, der so infam ist, daß es einen die Sprache verschlägt. Er lautet: »Ein reinigender Sturm hat die Kirchen und Klöster gesäubert.«

Wie dieser »reinigende Sturm« aussah, hat der britische Historiker Hugh Thomas (»Der spanische Bürgerkrieg«, Ullstein-Verlag 1962) geschildert: »Viele der Morde beging man mit einer Mischung aus Frivolität und Sadismus. Als zum Beispiel der Pfarrer von Navalmorales verhaftet wurde, sagte er zu den Milizmännern: ›Ich will für Christus leiden‹. – ›So?‹ antworteten sie. ›Dann sollst Du sterben wie Christus‹. Sie entkleideten ihn und peitschten ihn aus. Dann banden sie ihm einen Holzbalken auf den Rük-

ken, gaben ihm Essig zu trinken und setzten ihm eine Dornenkrone auf ... Die Milizmänner besprachen die Art seiner Tötung. Manche wollten ihn an ein Kreuz nageln. Zum Schluß wurde er einfach erschossen.
Der Bischof von Jaèn wurde mit seiner Schwester von einer eigens dazu aufgeforderten Milizfrau getötet, die unter dem Namen ›La Pecosa‹ (die Sommersprossige) bekannt war. Der Mord fand vor einer tobenden Menge von 2000 Köpfen in einem ›Onkel Raimunds Teich‹ genannten Moor bei Madrid statt.
Die Bischöfe von Guadix und Almería mußten das Deck des Gefängnisschiffs ›Astoy Nendi‹ waschen, ehe sie bei Malaga ermordet wurden. Eine Nonne mußte sterben, weil sie den Heiratsantrag einer der Milizmänner abwies, die das Kloster Nuestra Señora de Ampara in Madrid gestürmt hatten.
Das ›Blutkomitee‹ von El Pardo (Provinz Madrid) betrank sich mit Meßwein, während es über den Ortspfarrer zu Gericht saß. Einer der Milizmänner benutzte den Kelch als Rasierschale.

In vereinzelten Fällen wurden Nonnen vor ihrer Hinrichtung vergewaltigt. Man legte die Leiche eines Jesuiten auf die Calle Maria de Molina in Madrid, dazu ein Schild ›Ich bin Jesuit‹. In Cernera stopfte man Mönchen Rosenkranzperlen in die Ohren, bis das Trommelfell zerriß. Mehrere Geistliche wurden ohne Zweifel lebend verbrannt. Vor einer Ausstellung der exhumierten Leichen von 19 Salesianernonnen drängte sich die Menge in Barcelona. Don Antonio Diaz del Moral aus Ciempozuelos wurde in ein Gehege von Kampfstieren gebracht. Die Stiere spießten ihn wiederholt. Dem Bewußtlosen schnitt man ein Ohr ab, in Anknüpfung an den Brauch, dem Stier nach einer besonders guten ›Faena‹ ein Ohr zu Ehren des Matadors abzuschneiden. Einige Menschen wurden lebend verbrannt, andere lebend begraben – diese, nachdem man sie gezwungen hatte, ihr eigenes Grab zu graben. In Alcazar de San Juan stach man einem wegen seiner Frömmigkeit bekannten jungen Mann die Augen aus. In dieser Provinz waren die Verbrechen besonders grauenhaft. Die Mutter zweier Jesuiten mußte ein Kruzifix schlucken. 800 Menschen wurden in den Schacht eines Bergwerks geworfen. Jedesmal begrüßte, wie bei einer ›Corrida‹, Applaus den Augenblick des Todes. Dann rief man: ›Freiheit! Nieder mit dem Faschismus!‹ Mehr als ein Priester wurde bei diesen Vorgängen wahnsinnig.«
Diese »Vorgänge« also waren es, die Willy Brandt als einen »reinigenden Sturm« bezeichnete, der »die Kirchen und Klöster gesäubert« hätte. Ein Kommentar zu diesem Zitat erübrigt sich wohl.

Es ist noch heute unbegreiflich, wie der Augenzeuge Willy Brandt so geschmacklos, ja infam, die Greueltaten seiner Glaubensgenossen im spanischen Bürgerkrieg verniedlichen konnte. Er hat in seinen Memoiren »Links und frei« versucht, eine Entschuldigung zu finden. Darin bezeichnet er sich als einen, »der seinerzeit mit harter Kritik nicht hinter den Berg gehalten, sondern zuweilen, von den ihm eingepflanzten Voreingenommenheiten angestachelt, in seinen Anklagen eher übertrieben hatte«.



Der Tod im Spanischen Bürgerkrieg. Ein Spanier – vermutlich erschossen von Spaniern. Brandt war »Kriegs-Korrespondent«.



Eine spanische Mutter weint um ihren toten Sohn. Brandt billigte diesen Krieg, ja begrüßte ihn geradezu.

Brandt und die Spionage

Die Beurteilung des spanischen Bürgerkrieges war indes nicht die einzige dunkle Stelle jener Zeit im Leben Willy Brandts. Wie zwielichtig seine Rolle in den dreißiger Jahren war, beweist ein sensationelles Dokument, das die größte sozialdemokratische Zeitung Schwedens »Aftonbladet« am 14. Dezember 1966 veröffentlichte. »Aftonbladet« ist im Besitz der Gewerkschaften und gilt als linksextrem. Die Zeitung veröffentlichte auf Seite 1, daß die schwedische Sicherheitspolizei sogar bis 1966, als Brandt schon deutscher Außenminister war, ihn in ihren Registern der »Ostblockspionage verdächtig« führte. Wörtlich hieß es:

»Heute ist der westdeutsche sozialdemokratische Führer Willy Brandt westdeutscher Außenminister. Es muß für die Sicherheitspolizei so etwas wie ein Schock gewesen sein. In ihrer Geheimliste befindet sich nämlich ein umfangreiches Material über Willy Brandt. Er gilt als der Ostspionage erheblich verdächtig. Viele der Dokumente über Brandt (der unter seinem ursprünglichen Namen Karl Frahm geführt wird) stammen aus der Zeit des 2. Weltkriegs, als die schwedische Sicherheitspolizei mit der deutschen Gestapo Unterlagen austauschte. Aber das Bemerkenswerte ist, daß die schwedische Sicherheitspolizei nach dem Krieg bis zum heutigen Tag auch weiterhin Material über Willy Brandt gesammelt hat – unter der Nachforschungsrubrik ›Ostblockspionage‹.«

Wie das »Deutschland-Magazin«, Jahrgang 6, Juni/Juli 1974, auf Seite 8 schreibt, wurde »Brandt, genau wie Herbert Wehner, bereits 1941 wegen des dringenden Verdachts nachrichtendienstlicher Tätigkeit für fremde Mächte in Stockholm verhaftet. Im Gegensatz zu Wehner wurde er allerdings (auf Grund der Intervention schwedischer Regierungsmitglieder) wieder entlassen. Die schwedische Sicherheitspolizei observierte ihn jedoch weiter.

Je länger Willy Brandt im Exil war, desto wütender wurden seine Angriffe auf sein Heimatland, desto gleichgültiger wurde er gegenüber den Belangen seiner Landsleute.

Brandt und die Deutsche Frage

Ein bezeichnendes Zeugnis der Brandtschen Einstellung gegenüber Deutschland ist ein ungeheuerliches Dokument aus dem Jahre 1944. Wir wollen die Geschichte dieses Dokumentes, und das was Brandt heute dazu sagt, etwas ausführlicher beleuchten. Wir stützen uns auf eine Broschüre der Landsmannschaft Ostpreußen. Deren Sprecher, Staatssekretär Dr. Ottfried Hennig MdB, nennt die Broschüre in seinem Vorwort eine »leider notwendige Dokumentation«. Wörtlich heißt es:
»Ich habe nie zu denen gehört, die sich vorzugsweise mit der Vergangenheit von Politikern auseinandersetzen ... Wenn sich die Landsmannschaft Ostpreußen dennoch mit der politischen Vergangenheit Willy Brandts auseinandersetzen muß, so hat das einen einzigen, allerdings auch sicher einleuchtenden Grund: Es muß einfach aufgeklärt werden, ob der Mann, der von 1969 bis 1974 Bundeskanzler war und heute noch Vorsitzender einer der beiden großen Volksparteien ist, tatsächlich 1944 als erster deutscher Politiker noch vor Kriegsende die Abtretung unserer Heimat Ostpreußen an Polen vorgeschlagen hat. Unzweifelhaft echte Dokumente aus dem amerikanischen Nationalarchiv sagen das aus. In verschiedenen Schreiben an Außenminister Cordell Hull berichtet der amerikanische Gesandte in Stockholm, Hershel V. Johnson, von mündlichen und schriftlichen Meinungsäußerungen des damals in Schweden lebenden Willy Brandt. In seiner Nachricht Nr. 4027 vom 2. 9. 1944 berichtet er, daß sich ein Mitglied des Gesandtschaftsstabes mit Brandt über die Probleme der Ostgrenze Deutschlands nach dem Krieg unterhalten habe. Der deutsche Sozialdemokrat habe vorgeschlagen, den größten Teil Ostpreußens mit seiner Hauptstadt Königsberg an Polen abzutreten. Der offizielle Gesandtschaftsbericht fährt wörtlich fort:
›Brandt fügte hinzu, in einem solchen Fall solle ein vollständiger Austausch von Bevölkerungen in den betreffenden Gebieten stattfinden. Dies ist nach Auffassung der Gesandtschaft ein nicht unvernünftiger Vorschlag, der von einem Deutschen kommt.‹

Damit ist für jeden Ostpreußen und darüber hinaus für jeden Deutschen eine Frage aufgeworfen worden, um deren Beantwortung man sich nicht herumdrücken darf. Mein Vorgänger im Amt des Sprechers der Landsmannschaft Ostpreußen, Landgerichtspräsident a. D. Hans-Georg Bock, und ich haben Willy Brandt insgesamt fünfmal persönlich geschrieben und ihn gebeten, ein klärendes Wort zu sagen. In seinem einzigen persönlichen Antwortschreiben vom 17. Januar 1980 spricht er von einem an-

geblichen, von ihm nicht veranlaßten und ihm nicht bekannten Gesandtschaftsbericht, der sich auf eine ihm nicht nachprüfbare Quelle stütze. So geht es nun aber nicht! Der Bericht des amerikanischen Gesandten ist zweifellos echt. Jedermann kann ihn in den »Nationalarchives« einsehen. Er stützt sich auf ein Gespräch mit Willy Brandt. Mit einem inzwischen negativ beantworteten Schreiben an den amerikanischen Botschafter in der Bundesrepublik Deutschland habe ich zudem klargestellt, daß sich Herr Brandt niemals in irgendeiner Form, sei es über die Botschaft, sei es auf anderem Wege, an die amerikanische Regierung gewandt und Verwahrung gegen den ihm seit fast sechs Jahren bekannten Gesandtschaftsbericht eingelegt hat.
Die Ostpreußen, für die ich seit meiner am 17. November 1979 erfolgten Wahl sprechen darf, werden es nicht zulassen, daß Willy Brandt einfach jede weitere Antwort in der Sache selbst verweigert und statt dessen seinen Pressedienst von einer ›Schmutzkampagne‹ von ›Berufsvertriebenen‹ schreiben läßt. Wir haben ein Recht darauf zu erfahren, wer – außer Hitler und Krieg – für das Schicksal unserer Heimat Verantwortung trägt. Wir können den Vorsitzenden der SPD nicht zu einer Antwort zwingen. Aber wir können dokumentieren: Die amerikanischen Dokumente, ihre beglaubigte Übersetzung, unseren Briefwechsel mit Willy Brandt und einige Pressestimmen. Dazu sind wir verpflichtet. Jeder Ostpreuße, jeder Vertriebene, jeder Deutsche, jeder unbefangene Beobachter kann sich nun informieren. Er mag sich ein eigenes Urteil bilden, ob es gerechtfertigt ist, Willy Brandt einen Erfinder der Vertreibung zu nennen. Wir dokumentieren ohne jeden eigenen Kommentar, ohne jede Polemik. Wir wollen niemanden verleumden. Wir wollen nur Klarheit erreichen, denn in territorialen Fragen darf es kein Zwielicht geben.«
Anlaß zu der Diskussion um die Brandt-Äußerungen hatte ein Leserbrief gegeben, den der Bundestagsabgeordnete Dr. Erich Mende in der »Welt am Sonntag« am 9. Oktober 1979 veröffentlichte. Darin hieß es:
»... daß erinnert mich an die Brandt'schen Memoranden an den damaligen Gesandten der USA in Stockholm ein Jahr vor Ende des zweiten Weltkrieges, die vom amerikanischen Außenministerium im Dezember 1974 der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wurden. Es hieß in einem solchen Memorandum (Nr. 3399 vom 22. 5. 1944): ›Es muß mit dem preußischen Militarismus abgerechnet werden. Beamte, Richter und Polizeibeamte müssen in großer Zahl gefeuert, interniert und in Gefängnisse gesteckt werden. Solche Maßnahmen liegen nicht zuletzt im Rahmen einer kraftvollen demokratischen Revolution, wie sie unglücklicherweise in den Jahren 1918/19 nicht vollendet wurde.«

Dann schildert Erich Mende das schon erwähnte Dokument des ehemaligen US-Gesandten in Stockholm, Johnson.
In der Dokumentation der Landsmannschaft Ostpreußen heißt es weiter: »Diese Veröffentlichung (gemeint ist der Leserbrief Erich Mendes) hat nicht zuletzt unter den heimatvertriebenen Ostpreußen erhebliche Beunruhigung ausgelöst, und zahlreiche Landsleute haben sich an ihre Heimatkreise, an die Vorsitzenden der Landesgruppen und auch an den Bundesvorstand der Landsmannschaft gewandt, um ein klärendes Wort zu hören.«
Der Bundesvorstand wollte in dieser Sache jedoch keine Stellung beziehen bevor nicht dem früheren Bundeskanzler und heutigen SPD-Vorsitzenden Willy Brandt Gelegenheit gegeben sei, eine Klarheit zu erzielen. Um diese Klarheit zu erreichen, richteten der damalige Sprecher, Landgerichtspräsident a. D. Hans-Georg Bock, ein »Einschreiben« an das Präsidium der SPD.
Hierin schildert der Schreiber noch einmal den Tatbestand, also den Inhalt des Leserbriefes Erich Mendes sowie den Inhalt des Original-Dokumentes. Dann fährt Hans-Georg Bock fort: »Diese Äußerungen sind – die Richtigkeit des Leserbriefes unterstellt – ungeheuerlich und müssen von jedem Deutschen, gleichgültig welcher Parteizugehörigkeit, als ein Schlag ins Gesicht empfunden werden. Der Vorgang bedarf der Aufklärung. Deshalb beabsichtigen wir, ihn an eine breite Öffentlichkeit heranzutragen. Bevor wir das tun, halten wir es jedoch für geboten, Ihnen und Herrn Brandt Gelegenheit zu Stellungnahme und Richtigstellung zu geben.
... Wird die Richtigkeit des Inhalts des Leserbriefes bestritten? In welchen Punkten? Sind die zitierten Äußerungen des Herrn Brandt nicht richtig wiedergegeben?
Gerade im Hinblick darauf, daß diese Veröffentlichung nicht nur bei unseren Landsleuten größte Empörung und bittere Enttäuschung ausgelöst hat, sind wir an der restlosen Aufklärung dieses Sachverhaltes dringend interessiert ...«
Weiter heißt es in der Broschüre: »Statt der erwarteten Klarstellung durch den SPD-Vorsitzenden Brandt erhielt die Landsmannschaft unter dem 30. Oktober 1979 ein Schreiben des ›Persönlichen Büro‹ des Herrn Brandt, in dem Klaus-Henning Rosen mitteilte, der CDU-Bundestagsabgeordnete und ehemalige FDP-Vorsitzende Dr. Erich Mende habe aus einer angeblichen amerikanischen Quelle, ›die hier nicht bekannt ist‹, zitiert. Richtig sei, so schreibt Klaus-Henning Rosen, daß in amtlichen Archiven in den USA Berichte von amerikanischen Auslandsbeobachtern aus den

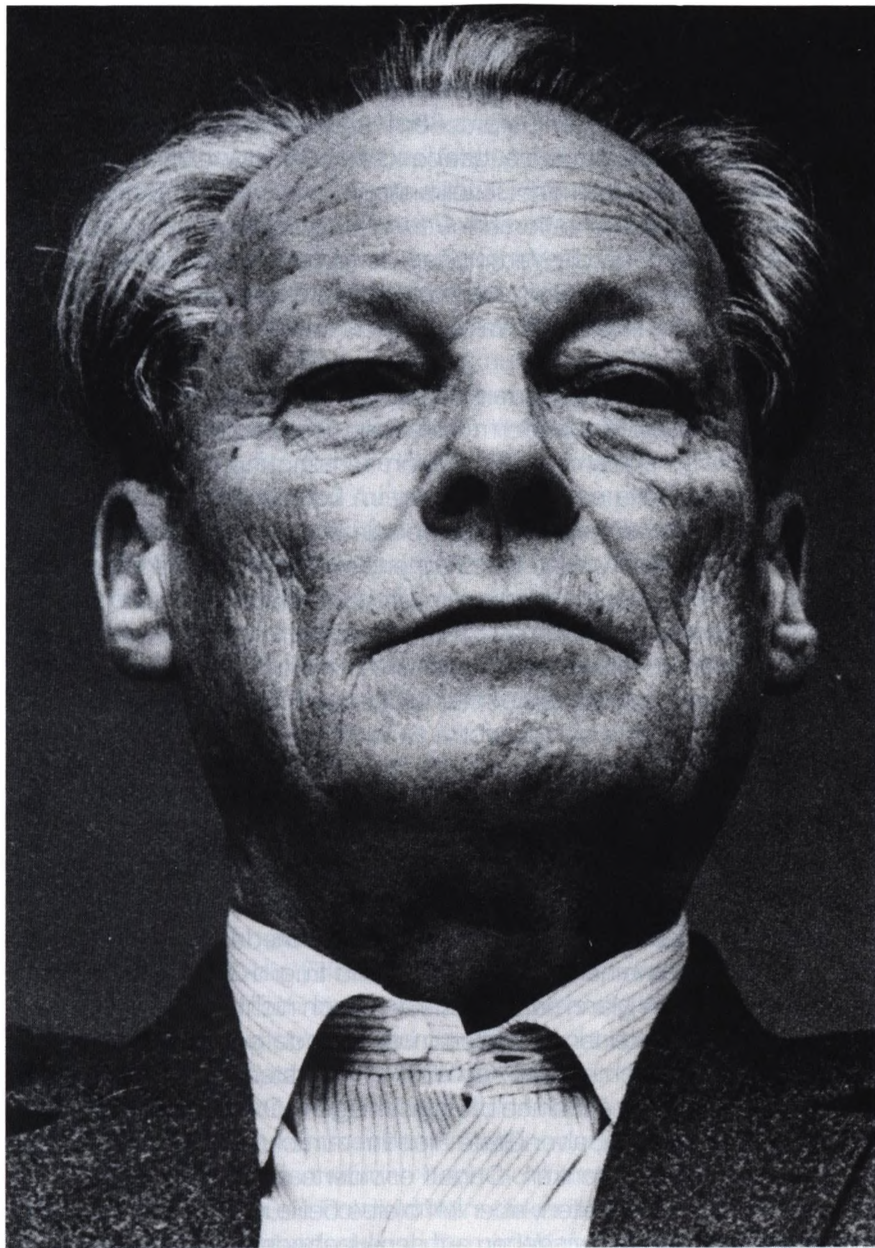
30er und 40er Jahren existieren, die sich auf politische Aktivitäten des vor dem Naziregime nach Skandinavien geflüchteten Willy Brandt und seinen Einsatz für die Beendigung der Hitler-Diktatur beziehen.«

Wörtlich schreibt Rosen: »Diese Tatsache ist – vor allem aus der rechtsextremistischen und neonazistischen Ecke – in der Vergangenheit wiederholt dazu benutzt worden, um den NS-Gegner Willy Brandt zu verleumden und den führenden deutschen Sozialdemokraten mit Fälschungen und Verdrehungen zu diffamieren.
Dies geschieht nicht zuletzt in der Hoffnung, Herrn Brandt in langwierige Zivilprozesse locken und während der zeitraubenden rechtlichen Klärung immer wieder Schlagzeilen produzieren zu können.
Herr Brandt ist auch im vorliegenden Fall nicht gesonnen, von seiner Übung abzugehen, solche Versuche gelassen hinzunehmen und es im übrigen dem Urteil der Bürger zu überlassen, die ihn an seinem tatsächlichen politischen Wirken zu messen bereit sind.«
Die Broschüre: »Die Landsmannschaft Ostpreußen hat verständlicherweise diesen Bescheid als völlig unbefriedigend betrachtet. Da der mit der Abfassung der Antwort an den Sprecher beauftragte Mitarbeiter des Herrn Brandt ausführte, die von Dr. Mende genannte amerikanische Quelle sei nicht bekannt, nahm der Sprecher Gelegenheit, den SPD-Vorsitzenden nochmals konkret auf das Dokument hinzuweisen, auf welches sich Dr. Mende bezogen hat. Aus der Tatsache, daß der Landsmannschaft mit einem abgezogenen Brief geantwortet wurde, konnte mit Recht gefolgert werden, daß es sich bei der Anfrage ihres Sprechers keineswegs um einen Einzelfall gehandelt hat, sondern daß bei Herrn Brandt oder bei der SPD weitere besorgte Zuschriften in dieser Sache eingegangen sind.
Zum Inhalt des vorzitierten Schreibens hat der Sprecher, Landgerichtspräsident a. D. Bock, unter dem 13. 11. 1979 festgestellt, daß derselbe wenig geeignet erscheint, die Bedenken zu entkräften, die bei unseren Landsleuten durch die zitierte Veröffentlichung des früheren Bundesministers a. D. Mende in der ›Welt am Sonntag‹ entstanden sind. Nachdem Herr Dr. Mende sich eindeutig auf das Dokument Nr. 4027 vom 2. 9. 1944 bezogen hat, in dem Herr Brandt vorgeschlagen haben soll, die Ostgebiete aus dem Reich auszugliedern und den Polen zu geben und die gesamte Bevölkerung des Gebietes auszusiedeln, wäre es doch sicher möglich festzustellen, ob ein solches Dokument in den Archiven der USA vorhanden ist oder ob dasselbe tatsächlich die – für die Ostpreußen ungeheuerlichen – Passagen enthält.



Die Ostpreußen stellen Brandt harte und peinliche Fragen. Brandts abwehrende Antworten sind mehr als mager.

Für den Fall, daß dieses Dokument nicht existent ist oder aber sein Inhalt die Ausführungen des Herrn Dr. Mende nicht rechtfertigen sollte, hätte man doch erwarten müssen, daß Herr Brandt einer Verbreitung derartiger Behauptungen entgegengetreten wäre, schon um zu verhindern, daß diese Äußerungen nun noch weiteren Personenkreisen bekannt werden. Hier müßte eindeutig festgestellt werden, ob es sich um eine Fälschung oder Verdrehung handelt. Nicht zuletzt deshalb, weil die Abtretung der Ostgebiete und die Aussiedlung seiner Bevölkerung schwerlich als Einsatz des Herrn Brandt für die Beendigung der Hitler-Diktatur gewertet werden können.
Das Bemühen um die Aufklärung dieses Sachverhaltes sollte auch nicht in dem Sinne gedeutet werden können, als werde hier der Versuch unternommen, aus ›rechtsextremistischen oder neonazistischen Motiven‹ Herrn Brandt zu diffamieren. Die Ostpreußen, die aus ihrer Heimat vertrieben wurden, haben sicherlich ein Anrecht darauf zu erfahren, ob der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Herr Brandt, dessen Gegnerschaft zum NS-Regime außer Frage steht, einem amerikanischen Diplomaten im Jahre 1944 jene Empfehlungen gegeben hat, die leider nach Ende des Krieges zur grauenhaften Praxis wurden.«



Ein Dokument der Amerikaner belastet Brandt schwer. Da ist von einem »völligen Bevölkerungsaustausch« die Rede. Gemeint war damit Ostpreußen.

Ein Bericht des Grauens

Zur Erinnerung für die Nachgeborenen und diejenigen, denen die Hintergründe der Vertreibung der Ostpreußen nicht mehr so gegenwärtig sind, nachfolgend ein paar Augenzeugenberichte über das, was Willy Brandt einer »völligen Austausch der Bevölkerungen« nannte. Die Berichte entstammen der »Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa Band I–II, die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße.« Der erste Erlebnisbericht stammt von der Ehefrau M. N. aus Bärwalde, Kreis Neustettin in Pommern. Es ist das Dokument Nr. 198:

»... Ein Russe ging fort, der andere stellte sich vor unser Haus und rief den fortwährend vorbeikommenden russischen Truppen zu, worauf mehrmals Horden von sieben bis zehn Mann kamen, und meine Schwester wurde auf einer Seite meiner Wohnung im Beisein ihrer siebenjährigen Tochter, ich auf der anderen Seite im Beisein der anderen Kinder und meines Mannes, welchem man eine brennende Kerze in die Hand gedrückt hatte, unter viel Weinen und Schreien vergewaltigt.

Die Bestien standen bei uns an. Der Feldgendarm hielt während dieser Zeit die Haustür zu. Dieses sah ich, als ich einmal früher frei war als meine Schwester. Diese sowie ihre Tochter schrien einmal ganz unnatürlich, da dachte ich, man macht sie tot, wollte zu ihnen hinüber, da kam der Gendarm, die Bestie, in unser Zimmer gestürzt und schlug meinen Mann mit dem Gewehr zu Boden. Ilschen warf sich weinend auf meinen Mann und der Junge und ich hielten dem Gendarm weinend den Arm fest, sonst hätte er wohl meinen Mann gleich erschlagen.

Als wir nach diesem eine kleine Ruhepause hatten und mein Mann wieder zu sich gekommen war, kam meine Schwester wieder zu uns rüber und bat meinen Mann weinend, ihr zu helfen und frug: ›Karl was soll hieraus bloß werden?‹ Mein Mann sagte: ›Ich kann euch nicht helfen, ihr seht, wir sind Horden, aber keinen Soldaten in die Hände gefallen, sie sind alle sinnlos betrunken.‹ Ich sagte: ›Karl muß sich verstecken sonst schlagen sie ihn tot, man hat ihn schon halbtot geschlagen.‹ Darauf wollte sich mein Mann auch verstecken, aber Grete hielt ihn zurück und bat ihn, doch an ihre armen Kinder zu denken. Darauf erwiderte mein Mann: ›Grete, ich kann euch allen nicht helfen, aber ich bleibe bei euch, das einzige wäre, wir verstecken uns alle, wir gehen auf den Heuboden.‹

Gesagt, getan. Aber wir waren noch nicht ganz oben, da waren wieder drei Mann da und da Schnee lag, fanden Sie uns sofort durch die Spur, die wir hinterließen. Wir mußten wieder runter, die beiden kleinen Mäd-

chen wurden geküßt und ihre Mutter wieder mißbraucht. Sie weinte mit ihren Kindern herzzerreißend. Sie rief verzweifelnd: ›Oh Gott, oh Gott, wie soll dies werden?‹ Darauf mein Mann: ›Mich schlagen sie tot, euch machen sie tot, und was aus den Kindern wird, könnt ihr euch denken.‹
Mein Mann meinte dann auch, das Verstecken hat keinen Zweck, wir haben gar keine Zeit dazu. Ich sagte darauf: ›Geht alle rauf, ich schließe alle Türen ab, dann müssen sie die erst aufbrechen‹ und hoffte, dadurch Zeit zu gewinnen, hatte aber in der Aufregung vergessen, daß unsere Hoftore aufgebrochen waren, denn die hatten wir ständig verschlossen.
Wir waren knapp oben, da kam schreiend und johlend wieder eine Meute auf den Hof, schossen wie wahnsinnig auf den Boden und kamen dann rauf. Es war inzwischen schon dunkel geworden, die hatten Taschenlampen. Es waren Zivilpersonen und Militär mit eckigen Mützen und Pompon. Was jetzt kam, sträubte sich die Feder, es zu schreiben. Der Schluß war, es wurden alle gehängt, mit Ausnahme der beiden Kleinen, die hat man mit dem Strick erdrosselt. Später sagten mir alle, die bei Hackbarth's im Keller in der Polzinerstraße saßen, daß man unser unnatürliches Schreien weit gehört, auch im Keller gehört hat, aber niemand hatte Mut zu kommen, jeder kämpfte zur selben Zeit selbst um sein Leben.
... Genaues wußte ich nicht. Denn mich selbst hatte man auf den Boden geworfen, auf den Kopf geschlagen und vergewaltigt ... Ich war sofort besinnungslos.
Später hörte ich Stimmen, ich lag auf dem Boden, vier Mann knieten bei mir: ›Frau komm!‹ ...«
Soweit der Bericht der Frau aus Bärwalde im Kreis Neustettin. Wie schrecklich der Verlust ihrer Heimat für die Ostpreußen war, geht aus zahlreichen anderen Schilderungen hervor. Ein Gutsbeamter mit dem Namen A. B. aus Eichmedien, Kreis Sensburg in Ostpreußen schildert im Dokument Nr. 187 die Erlebnisse und Zustände unter russisch-polnischer Verwaltung in Eichmedien bis zur Ausweisung im Oktober 45:
»Im Anfang hat natürlich niemand daran gedacht, die Heimat zu verlassen. Wir hatten uns doch jeder ein Stück Kartoffeln angebaut, die wollten wir ernten und so einen kleinen Vorrat für den Winter anlegen. Wir hofften doch, daß es dann im kommenden Frühjahr, wieder besser werden würde. Die Russen und Polen würden doch nicht immer hierbleiben können. Doch dann begannen die Polen immer stärker auf eine Ausfahrt zu drängen. Der polnische Dolmetscher sagte mir: ›Warum arbeitet ihr noch hier? Ihr müßt früher oder später doch alle raus.‹ ...
Am 25. September mußten sämtliche Leute die Häuser innerhalb einer Viertelstunde räumen. Für 16 Familien stand nur ein Leiterwagen zur Ver-

fügung ... So manchmal bin ich verstohlen und vorsichtig auf den Hof gegangen, um ihn wieder nochmal anzusehen. Wie sah doch der Hof aus, auf dem ich jahrelang gearbeitet und gewirtschaftet hatte! Ein Anblick des Jammers! Ein toter, öder Hof. Nur halbverhungerte Ratten und Katzen wankten über die Plätze und Wege, auf denen mannshoch die Brennesseln und Diesteln wucherten ...

Ich habe es mir wohl überlegt und alles genau erwogen, bevor ich die Heimat verließ. Aber es bestand ja keine Hoffnung für uns.«
Landwirt K. S. aus Bulgrin, Kreis Belgard in Pommern schildert (im Dokument Nr. 206):
»Im Herbst 1945 wurde unsere alte Dorfkirche, in der unsere Vorfahren und wir getauft und getraut wurden, von den Polen in Besitz genommen. Dabei wurden alle Einrichtungen, die irgendwie an uns Deutsche erinnerten, darunter auch die alten Gedenktafeln für die Gefallenen der Kriege 1866, 1870/71 und 1914/18 herausgerissen und zerstört. Wir mußten die Aufräumungsarbeiten rings um die Kirche tun, und die Einweihung der Kirche wurde von den Polen mit viel Alkohol gefeiert, wobei es auch zu Ausschreitungen gegen uns Deutsche kam.
Wir Deutschen mußten unseren Gottesdienst anmelden, den wir in irgendeinem Raume abhalten konnten. Aber trotzdem kam es vor, daß die Besucher dieser Gottesdienste wegen angeblicher Abhaltung politischer Versammlungen verhaftet, tagelang eingesperrt und geschlagen wurden.
Da die Lebensbedingungen für uns immer schlechter wurden und wir einem sicheren Verhungern entgegengingen, sind wir im Februar 1946 ins Nachbardorf gezogen, wo eine russische Kommandantur war.
Die Bauerndörfer waren hauptsächlich von den Polen in Besitz genommen worden, dagegen bewirtschafteten die Russen die großen Gutsdörfer, deren Ertrag sie für die Truppen brauchten.
Unser Umzug mußte bei Nacht und Nebel geschehen; hätten die Polen etwas davon gemerkt, hätten sie uns sicher geschlagen und mißhandelt und restlos ausgeplündert. Von dem, was wir einst besessen hatten, konnten wir nur einen kleinen Handwagen voll mitnehmen, und zwar nur das allernotwendigste an Kleidern und Wäsche. Möbel konnten wir nicht mitnehmen. Bei den Russen waren die Verhältnisse etwas besser, besonders dort, wo ein etwas deutschenfreundlicher Kommandant war. Und man konnte die Zeit, die bis zur endgültigen Festlegung der deutschen Ostgrenzen nicht mehr lange sein konnte, wie wir glaubten und hofften, besser überstehen, denn wir hofften noch immer, daß unsere Heimat nicht von Deutschland abgetrennt werden würde ...«

Wie wir heute wissen, hat sich diese Hoffnung nicht erfüllt. Umso ungeheuerlicher ist das, was Willy Brandt 1944 den Amerikanern vorgeschlagen hat. Am 10. Dezember 1979 schrieb der neue Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen, Ottfried Hennig, dem SPD-Vorsitzenden Brandt folgendes:
»Sehr geehrter Herr Brandt, die Ostpreußische Landesvertretung, das höchste Beschlußorgan der Landsmannschaft Ostpreußen, hat mich am 17. November zum neuen Sprecher der Landsmannschaft gewählt. Von meinem Vorgänger ... habe ich jetzt einen Briefwechsel mit Ihnen übernommen, den ich so rasch wie möglich zum Abschluß bringen möchte. Hierzu ist eine persönliche und klare Antwort von Ihnen erforderlich, die folgendes aufklärt oder dementiert und damit vom Tisch bringt.
In dem bisher vertraulichen Bericht Nr. 3399 der amerikanischen Gesandtschaft in Stockholm vom 22. Mai 1944 schreibt der US-Diplomat Johnson an Außenminister Cordell Hall, Sie hätten ihm ein Memorandum über die herannahende revolutionäre und nachrevolutionäre Situation in Deutschland zukommen lassen. In den offiziellen amerikanischen Dokumenten Nr. 4027, 4221 und 4331 werden Ihre Überlegungen konkretisiert. Bei den Ostpreußen hat insbesondere große Erregung hervorgerufen, daß Sie selbst als erster dem amerikanischen Außenminister Cordell Hall nahegebracht haben sollen, Polen nach dem Krieg mit einem Teil Ostpreußens einschließlich Königsberg abzufinden. Nach Johnson hätten Sie vorgeschlagen, daß im Falle der Grenzregelung ›ein kompletter Austausch der Bevölkerung in den betroffenen Gebieten vorgenommen werden müßte‹ ... Sie hätten hinzugefügt, daß der Besitz Ostpreußens für Deutschland wirtschaftlich betrachtet nicht von Belang sei. Seine Bedeutung als Kornkammer habe auf den hohen deutschen Einfuhrzöllen auf Getreide vor dem Kriege beruht. Johnson beschreibt Ihre Meinung dahingehend, Sie hätten keine gefühlsmäßige Beziehung zu irgendeiner besonderen Grenzfrage. Alle territorialen Aspekte Nachkriegs-Deutschlands müßte vielmehr Ihrer Ansicht nach dem einen großen Ziel der sozialistischen Gesellschaftsordnung unterworfen werden. Die Grenzfrage dürfte nicht zum Störfaktor für diese Entwicklung werden.
Sie werden verstehen, sehr geehrter Herr Brandt, daß es für alle Vertriebenen, aber nicht nur für sie, eine schlechthin entscheidende Frage ist, ob ein deutscher Politiker in der geschilderten Weise ein Erfinder der Vertreibung war oder nicht. Ich kann mir schlechthin nicht vorstellen, daß diese Berichte der amerikanischen Gesandtschaft auf Tatsachen beruhen. Ich bitte Sie daher sehr dringend um ein aufklärendes Wort, ob Sie ein derartiges Memorandum geschrieben haben oder nicht. Eine Ausarbeitung

von so grundsätzlicher Bedeutung müßte sich ja in Ihren persönlichen Unterlagen befinden.
Nur das könnte diese unheilvolle Debatte sofort beenden. Es ist nicht unsere Schuld, daß ein solches Dementi bisher ausgeblieben ist. Ich bitte Sie um eine baldige Beantwortung dieses Schreibens. Mit freundlichen Grüßen, Ihr gez. Ottfried Hennig, Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen.«
Bereits am 14. Dezember 1979 antwortete Herr Rosen vom »persönlichen Büro« und teilte im Auftrage mit, es sei »richtig, daß Herr Brandt in der Zeit seines Exils in Stockholm auch mit Amerikanern Gespräche geführt hat. Wenn der damalige Botschafter über ein solches Gespräch nach Washington berichtet, dann wird es sich auf etwas gestützt haben, was ihm andere berichteten.
Unrichtig ist es – und der von Ihnen zitierte Bericht kann als Beleg auch nicht herangezogen werden – Herrn Brandt zu unterstellen, er habe der Abtretung von Teilen des deutschen Reiches das Wort geredet. Es mußte jedoch 1944 angesichts des starken Drucks der Sowjetunion auf das östliche Polen jedem Verständigen klar sein, daß das deutsche Volk den von Hitler begonnenen Krieg nicht ohne Gebietsverluste werde überstehen können. Unverständlich ist es nur, wenn man Herrn Brandt heute einen Vorwurf daraus machen will, daß es zu diesen Gebietsabtretungen tatsächlich gekommen ist.«
Aus der Dokumentation: »Nachdem Dr. Hennig als Sprecher der Landsmannschaft in seinem Neujahrsbeitrag in der Wochenzeitung unserer Landsmannschaft ›Das Ostpreußenblatt‹ den hier behandelten Komplex ebenfalls angesprochen hatte, bezog sich Herr Rosen vom ›persönlichen Büro‹ des Herrn Brandt auf diese Veröffentlichung, in der, wie er schreibt. ›die Behauptung wiederholt worden sei‹, Herr Brandt habe ›als erster vorgeschlagen, Polen nach dem Krieg mit einem Teil Ostpreußens zu entschädigen‹. Unter Hinweis auf angebliche Unrichtigkeit dieser Unterstellung wurde Dr. Hennig gebeten, die Leser des Ostpreußenblattes auf sein (Rosen's) Dementi hinzuweisen.
Der im Grunde genommen unfruchtbare Schriftwechsel mit dem zitierten Mitarbeiter des SPD-Vorsitzenden veranlaßte den Sprecher, Dr. Hennig, noch einmal unmittelbar an Herrn Brandt heranzutreten. So schrieb er ihm unter dem 10. 1. 1980:
›Sehr geehrter Herr Brandt, meinen Brief vom 10. Dezember haben Sie bisher ohne die erforderliche persönliche Antwort gelassen. Sie ist nach wie vor dringend, denn das pauschale Bestreiten durch Ihren Mitarbeiter kann nicht ausreichen. Im Gegenteil, Ihr Vorgehen verstärkt in mir den

Verdacht, daß Sie etwas zu verbergen haben. Nach mir inzwischen vorliegenden Dokumenten haben Sie selbst als erster dem amerikanischen Außenminister Cordell Hall nahegebracht, Polen nach dem Krieg mit einem Teil Ostpreußens einschließlich Königsberg abzufinden. Sie hätten vorgeschlagen, daß im Falle der Grenzregelung ›ein kompletter Austausch der Bevölkerung in den betroffenen Gebieten vorgenommen werden müßte‹.
Wenn also jetzt Ihr Mitarbeiter schreibt, es sei unrichtig, Ihnen zu unterstellen, Sie hätten der Abtretung von Teilen des Deutschen Reiches das Wort geredet, so steht dies in eindeutigem Widerspruch zu diesen Dokumenten. Ich fordere Sie letztmalig auf, selbst Klarheit in diese für alle Ostpreußen unglaublichen Vorgänge zu bringen. Sollten Sie dazu im Laufe dieses Monats nicht in der Lage sein, dürfte es den Tatbestand korrekt wiedergeben, wenn man Sie als einen Erfinder der Vertreibung bezeichnet.‹
Diesmal antwortete der frühere Bundeskanzler Brandt unmittelbar und zwar bereits am 17. Januar 1980 wie folgt: ›Sehr geehrter Herr Kollege, als Ergänzung zu der Ihnen bereits zugegangenen Stellungnahme zu einem angeblichen Bericht der US-Gesandtschaft in Stockholm aus dem Jahre 1944 gebe ich Ihnen einen Auszug aus meinem im selben Jahr erschienenen Buch ›Efter segern‹ (zu deutsch: Nach dem Sieg; Untertitel: Die Diskussion über Kriegs- und Friedensziele), in dem ich dargestellt und kommentiert habe, was von verschiedenen Seiten an Vorstellungen für die Zeit nach der Niederringung des nationalsozialistischen Unrechtsregimes in Europa entwickelt wurde.
Im fünften Kapitel – über territoriale Fragen – habe ich u. a. die Problematik von Grenzverschiebungen im Bereich von Ostdeutschland, Polen und der Sowjetunion dargestellt. Ich habe davor gewarnt, die nazistische Expansionspolitik umzukehren und damit alte Gegensätze neu aufleben zu lassen.
Sie werden mir hoffentlich zustimmen, daß dieser Text meine damalige Haltung besser belegt, als ein angeblicher, von mir nicht veranlaßter, und mir nicht bekannter Gesandtschaftsbericht, der sich auf eine mir nicht nachprüfbare Quelle stützt. Hochachtungsvoll gez. Willy Brandt.‹«
So endet dieser Briefwechsel zwischen der Ostpreußischen Landsmannschaft und Willy Brandt. Der SPD-Vorsitzende hat sich bis zum Schluß geweigert, das Dokument (Kopien können Sie beim Autoren dieses Buches anfordern) zur Kenntnis zu nehmen. Weil das Papier ein so bezeichnendes Licht auf den Charakter des SPD-Vorsitzenden wirft, hier noch einmal der (gekürzte) Wortlaut:

»An Auswärtigen Dienst der Vereinigten Staaten von Amerika Nr. 4027, Vertraulich, Amerikanische Gesandtschaft, Stockholm, Schweden, 2. September 1944. Betrifft: Ansichten des deutschen Sozialdemokraten Willy Brandt. Ich beehre mich mitzuteilen, daß sich ein Mitglied des Gesandtschaftsstabes mit Willy Brandt unterhalten hat; Brandt ist exilierter deutscher Sozialdemokrat, der bereits in verschiedenen vorangegangenen Nachrichten erwähnt worden ist, so z. B. in Nr. 3142 vom 11. April 1944 und in Nr. 3399 vom 27. Mai 1944, wobei beide Übersetzungen von Memoranden aus der Feder von Willy Brandt zu deutschen Fragen übermittelten ...
Brandt wurde gefragt, wie sein Lösungsvorschlag für die Probleme der Ostgrenze aussähe. Er antwortete zögernd und mit dem ausdrücklichen Hinweis, daß dies seine persönliche und unbedeutende Meinung darstelle, zunächst müsse es vor allem eine ungebrochene (geschlossene) Grenze geben, d. h. es dürfe keinen Korridor geben. Er, Brandt, würde den Korridor an Deutschland zurückgeben und dies ungeachtet der Nationalität der örtlichen Bevölkerung; ferner seien auch Danzig und ein kleiner Teil des westlichen Ostpreußens an Deutschland zu geben. Der Rest Ostpreußens, mit eingeschlossen Königsberg, würde an Polen gehen. Danzig würde auch den Polen als Hafen zur Verfügung stehen. Brandt fügte hinzu, in einem solchen Falle sollte ein vollständiger Austausch von Bevölkerungen in den betreffenden Gebieten stattfinden. Dies ist nach Auffassung der Gesandtschaft ein nicht unvernünftiger Vorschlag, der von einem Deutschen kommt.
Brandt bemerkte, für den Fall, daß ganz Ostpreußen, Danzig und der Korridor an Polen gegeben würde, gäbe es Deutsche, die dies persönlich als eine drastische, aber endgültige Lösung eines beinahe unlösbaren Problems annehmen, jedoch nicht wagen würden, ihre Ansichten offen zuzugeben. Brandt selbst versicherte, Ostpreußen sei für Deutschland wirtschaftlich nicht notwendig, da sein Wert als Kornkammer vollständig von den hohen deutschen Schutzzöllen für Getreide vor dem Krieg abhängig gewesen sei. Das ostpreußische Getreide könne für den Fall der Beseitigung niemals mit kanadischem oder amerikanischem Getreide in den Wettbewerb treten. Hochachtungsvoll (gezeichnet) Herschel V. Johnson.«
Wie müssen wir uns nun diesen Mann vorstellen, der 1944 darüber sinnierte, wie man Deutschland möglichst schnell und möglichst umfassend »verkaufen« kann? Zunächst: Brandt war kein Teufel in Menschengestalt. Im Gegenteil. Seine Biographin, Carola Stern, bemerkt, daß alle Freunde im Exil übereinstimmten, daß »er sehr gut aussah und Erfolg bei Frauen

hatte. Man lobte seine Fähigkeit, mit Menschen auszukommen, geschickt in politischen Verhandlungen aufzutreten und auch das Vertrauen sehr viel Älterer zu gewinnen ...«
Ein Foto von 1940 bestätigte das »sympathische Bild« Willy Brandts. Ein schlanker, gepflegter Mann mit gewellten Haaren und geöffnetem Hemd, der nachdenklich an seiner Pfeife saugt ...
Das Foto trügt nicht – und tut es doch. Denn Brandt war und ist immer eine Doppelnatur. Ein durchaus angenehmer Plauderer, ein charmanter Unterhalter, der immer zu einem Späßchen aufgelegt ist. Gleichzeitig aber auch der andere, der undurchsichtige und unbegreifbare Zyniker und Opportunist, der immer weiß, wann er was zu wem zu sagen hat. So kann es heute keinen Zweifel geben, daß sich der Mann, der später als Regierender Bürgermeister von Berlin zum Inbegriff des »kalten Krieger« wandelte, in den dreißiger und vierziger Jahren zu dem Regime hingezogen fühlte, das seine politische Grundhaltung, seine weltanschaulichen Träume am besten repräsentierte: der Sowjetunion.

Brandt und der Kommunismus

Der spätere glühende Antikommunist war, an seinen Äußerungen und Reden gemessen, keineswegs ein Sozialdemokrat klassischer Prägung. Zu moskaufreundlich sind seine Auslassungen, zu unkritisch biedert er sich den Kommunisten an. In seinem schon zitierten Buch: »Verbrecher und andere Deutsche« beklagt er, daß im westlichen Deutschland nicht, wie in der sowjetisch besetzten Zone, mehr als 90 Prozent aller Beamten und Lehrer aus ihren Berufen entfernt würden, und er spendet den Russen Beifall, daß sie bei dieser »Reinigung« das »neue Sachsenhausen ganz gut ausgenutzt« hatten. Das NS-KZ Sachsenhausen war nämlich inzwischen zum sowjetischen KZ geworden.

Was Willy Brandt als »ganz gut ausgenutzt« bezeichnete, waren Gefängnis, Folter und Mord. Denn nach 1945 ging das Sterben im KZ Sachsenhausen weiter. Diesmal töteten nicht die Nazis, sondern jenes Regime, das Brandt so schätzte – die Sowjetunion.

In Sachsenhausen wurden nicht nur ehemalige Nazis interniert, sondern auch Sozialdemokraten (!), Angehörige der bürgerlichen Parteien und alle, die ihren Zielen oder dem sich unter der Oberherrschaft der Sowjets entwickelnden Regime hätten gefährlich werden können.

20 000 Tote war die Bilanz der sowjetischen Haftbedingungen. Diese Zahlen beruhen auf Schätzungen und Angaben der Beerdigungs-Kommandos – denn Karteien oder Todeslisten durften nicht geführt werden. Die meisten Gefangenen starben an Hungerödemen und Lungentuberkolose. Sie waren vollständig von der Umwelt isoliert: Zeitungen waren in den ersten Jahren ebenso verboten wie Radio, Unterhaltung und Briefkontakte. Die Angehörigen wurden vom Tod eines Häftlings nicht informiert. War es das, was Willy Brandt als »ganz gut ausgenutzt« bezeichnete?

Am Rande: Auch Julius Leber verbrachte vor seinem gewaltsamen Tod durch die Nazis schreckliche Wochen im KZ-Sachsenhausen. Mit tiefer Erschütterung habe ich seine damals an die Ehefrau geschriebenen Briefe gelesen.

Wie leidenschaftlich sich Brandt zu den sowjetischen Kommunisten hingezogen fühlte, sollen einige Ausschnitte aus Reden und Artikeln von ihm belegen. Schon 1936 bekennt sich Brandt zu einer engen Kooperation mit den sowjetischen Kommunisten. In der SAP-Zeitschrift »Neue Front«, die 1936 in Paris erschien, schrieb er:

»Seit dem Bestehen der Sowjetunion war es für alle Revolutionäre eindeutig klar, daß der Sowjetstaat sich mit allen Kräften verteidigen und dort,

wo erforderlich, den revolutionären Krieg führen müsse. Für die Proletarier der kapitalistischen Welt ergab sich die unbedingte Pflicht zum Schutz des Sowjetstaates, im Kriegsfalle durch Lenkung ihres ganzen Kampfes gegen den Kriegsapparat der kapitalistischen Mächte.«
In den Jahren, als Stalin wahllos seine Gegner hunderttausendfach erschießen ließ, und Millionen Antikommunisten, auch Sozialdemokraten, nach Sibirien verbannt wurden, bekannte sich Brandt mit ganzer Kraft zur kommunistischen Internationale. In einem Schreiben an die »werten Genossen« meint er:
»Als Schüler von Marx und Lenin wissen wir, daß es zum siegreichen Kampf der Arbeiterklasse einer zielbewußten und revolutionären Partei bedarf. Das Ziel dieser Arbeit ist es, in Deutschland eine wahrhaft kommunistische Partei und in der Welt eine wahrhaft kommunistische Internationale zu schaffen.«
Dasselbe Ziel hatte Brandt auch in einem Artikel in der marxistischen »Tribüne« Nr. 5 vom Oktober 1936 vor Augen. Im Archiv des »Internationalen Instituts für Sozialgeschichte«, Amsterdam, ist registriert, was er damals schrieb:
»Wir stehen vor der Aufgabe, eine wahre kommunistische und proletarische Partei der Massen auf dem Boden der westlichen Arbeiterbewegung aufzubauen. Diese Partei muß eine kommunistische Massenpartei sein, d. h. eine Summe aller Erfahrungen der nationalen und internationalen Bewegung der Arbeiter. Sie soll das höchste Maß an Kampfkraft repräsentieren, einer Kampfkraft, die nur erreicht werden kann durch die Sammlung aller Kräfte, die im Proletariat liegen und durch das hohe Ziel, das uns vor Augen schwebt. Die SAP muß ihren Kampf um die proletarische Einheit mit ihrem Kampf um revolutionäre Formen verbinden.«
Daß es sich bei dieser Aussage Brandts nicht etwa um eine »Jugendsünde« handelte, wird deutlich, wenn man die Zeitspanne verfolgt, in der er seine linke Meinung freimütig verbreitet. Noch nach dem zweiten Weltkrieg bekennt er sich zu seinen marxistischen politischen Zielen, in einer Zeit, als die von ihm so bewunderte Sowjetunion halb Europa unterjocht und 17 Millionen Deutsche in ein riesiges Gefängnis gesperrt hatte.
Auf Geheiß Moskaus war der Spion Karl Mewes in Schweden tätig. 1971 veröffentlichte er im Ostberliner Dietz-Verlag ein Erinnerungsbuch »Im Auftrag der Partei« und schreibt: »Willy Brandt, der deutsche Norweger, suchte Kontakte mit mir ... In unserer Unterhaltung gab es weder über aktuelle politische Fragen noch über das Nachher größere Meinungsverschiedenheiten. Willy Brandt trat für die Ausrottung des Faschismus und Militarismus und für die Entmachtung der Monopolherren ein. Während

andere Sozialdemokraten gerade geharnischte Presseartikel gegen zukünftige Gebietsabtrennungen fabrizierten ... blieb Willy Brandt sachlich und meinte, die Grundfrage sei, welche innere Ordnung in Deutschland geschaffen würde ... Erst 1946 sah ich Willy Brandt wieder. Damals befand sich die Landesleitung Berlin der SED schon in der Behrenstraße. Ich arbeitete dort als Sekretär für Agitation und Propaganda. Einige Wochen nach der Vereinigung erschien in meinem Büro ein norwegischer Offizier, der mich freudig begrüßte. Es war Willy Brandt. Begeistert sprach er von der Einheitspartei und erklärte, seine Hauptaufgabe sehe er darin, in Westberlin für die Vereinigung zu wirken.«
Der Auftritt in der norwegischen Uniform wurde mehrfach bestritten. Dabei steht es außer Zweifel, daß Brandt als norwegischer Major nach Deutschland kam. Der »Munzinger Pressedienst« zum Beispiel schreibt: »Von 1945–47 war er Deutschland-Berichterstatter skandinavischer Zeitungen, zeitweise auch Presseattachè der norwegischen Vertretung in Berlin (als Ziviloffizier im Majorsrang). Als Korrespondent hatte er auch am Nürnberger Hauptkriegsverbrecher-Prozeß teilgenommen.«
Aus der im »Munzinger« benutzten Formulierung »Ziviloffizier im Majorsrang« könnte der Eindruck entstehen, als habe Brandt keine Uniform getragen. Dies ist nicht richtig. Er trug die Uniform eines norwegischen Soldaten. Beweis: Ein Foto, das Brandt unwiderlegbar und deutlich in einer solchen Uniform zeigt (siehe Seite 103).
Auch der frühere Brandt-Weggefährte, SAP-Genosse Heinrich Bruhn, erinnert sich noch genau an »Herbert Frahm in norwegischer Uniform«. Wörtlich erklärte er mir: »1946 – ich weiß nicht mehr genau den Monat – besuchte Herbert hier in Lübeck seine alten Genossen von der Sozialistischen Arbeiterpartei, der SAP. Er kam in norwegischer Uniform. In einer Privatwohnung waren sechs oder sieben Genossen zusammengekommen. Das waren diejenigen, die während der Nazi-Zeit nicht zu den Braunen abgesprungen waren. Von denen gab es ja viele. Die haben die SPD und die Gewerkschaft verraten und sich den Nazis angeschlossen. Es wurde ein schönes Wiedersehensfest. Er hatte aus Norwegen herrliche Dinge mitgebracht: Konservendosen, Fleisch, Wurst und Zigaretten.«
Zur Erinnerung: Heinrich Bruhn war vor 1933 einer der engsten Freunde des heutigen SPD-Vorsitzenden. Es war der SAP-Genosse, den Brandt zu überreden versuchte, mit ihm ins »Exil« zu gehen. Ein Mann, der noch heute Brandt verehrt und unmißverständlich auf seiner Seite steht. Selbst Böswillige werden diesem Mann nicht unterstellen können, daß er Brandt wegen der norwegischen Uniform »etwas ans Zeug flicken« möchte. Im übrigen: Auch Günther Kuhlmann, der Halbbruder von Willy Brandt, be-

stätigte mir klar, daß er »Herbert« in norwegischer Uniform gesehen habe (siehe dazu Seite 159). Im übrigen hat Brandt selbst geschildert, wie er norwegischer Soldat wurde. Wir folgen in dieser Frage der politisch unverdächtigen – weil linksstehenden – Carola Stern in ihrer Brandt-Biographie. Auf Seite 29 heißt es:
»Drei Wochen nach Beginn der Invasion kapituliert Norwegen. Brandt befindet sich zu dieser Zeit in einem Tal nördlich von Andalsnes. Was wird geschehen, wenn der staatenlose Flüchtling – 1938 war er von den Deutschen ausgebürgert worden – in die Hände seiner Landsleute, der Gestapo, fällt? In dieser Situation begegnet ihm ein alter Bekannter, den er aus Spanien kennt, Paul Gauguin, ein Enkel des berühmten Malers. Der gibt ihm seine norwegische Uniform. ›Ich bin dem Schicksal dankbar, daß es mich nicht vor die Gewissensentscheidung gestellt hat, mit der Waffe gegen meine deutschen Landsleute zu kämpfen. Die Entscheidung, wie sie auch gelautet hätte, wäre immer tragisch, jedoch nie eine Schande gewesen‹ (Zitat Brandt). Als norwegischer Soldat getarnt, gerät Brandt in Kriegsgefangenschaft, bleibt als Deutscher unerkannt, wird im Juni entlassen und flüchtet im Juli 1940 nach Stockholm.«
Soviel zum Thema norwegische Uniform. Schein und Wirklichkeit klaffen hier – wie so oft bei Brandt – weit auseinander und deshalb vermögen seine merkwürdigen Bekenntnisse auch nicht zu überraschen. Auch das Bekenntnis zur Einheitspartei, wie er es dem kommunistischen Spion Karl Mewes gegenüber ablegte, ist keine Überraschung. In den Jahren, in denen er längst wieder als »politisch gemäßigt« gesehen werden wollte, liebäugelte er weiter mit dem Gedanken an eine Einheitspartei à la SED.

SPD-Chef Schumacher mißtraute Brandt

Wie sehr vielen diese politische Unverläßlichkeit Brandts ein Dorn im Auge war, beweist das Mißtrauen, daß der von Gegnern und Freunden hoch geschätzte Kurt Schumacher dem aus der Emigration zurückgekehrten Willy Brandt entgegenbrachte. Der frühere Schumacher-Mitarbeiter und spätere Braunschweiger Oberstadtdirektor, Dr. Günther Weber, der heute zu meinem Freundeskreis zählt, hat es mir mehrfach bestätigt. »Offenbar beruhte die Gegnerschaft zwischen dem damaligen SPD-Vorsitzenden und dem jetzigen auf Gegenseitigkeit«, stellt das schon zitierte »Rot-Buch« der CSU fest. »Denn Brandt hatte auch in seinem Buch ›Verbrecher und andere Deutsche‹, sich über den Antikommunismus der deutschen Sozialdemokraten des Jahres 1946 bitter beklagt. Er findet es ungeheuer, daß die ›sozialdemokratische Parteiführung in Hessen russische Politik öffentlich angreift‹. Das nennt er eine Kurzsichtigkeit und verdächtigt Kurt Schumacher, die Ursache für diese Russenfeindlichkeit zu sein.«

Wörtlich sagte Brandt über Schumacher: »Aber Geschmeidigkeit ist vielleicht nicht seine stärkste Seite. Seine außenpolitische Orientierung schien ziemlich einseitig zu sein. Seine Haltung in der Einheitsfrage (zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten in der SED) ›wirkte negativ‹.«

Noch 1960 beschimpft Brandt in seinem Buch »Mein Weg nach Berlin« Kurt Schumacher wegen seiner »autoritären Haltung«, wegen seiner »an Fanatismus grenzenden Unbedingtheit« und »seiner Überbetonung nationaler Gesichtspunkte«. Brandt beteuert, daß er sich Schumacher keineswegs »wesensverwandt fühle«. Der jedoch viel »geschmeidigere« Brandt erklärte zwölf Jahre später, zum 20. Todestag Kurt Schumachers 1972, in einer Gedenkrede: »Für Kurt Schumacher gab es eine eindeutige Rangordnung der Werte. Er war leidenschaftlicher Patriot ...«

Während anständige Sozialdemokraten 1946 mit ganzem Herzen gegen jede Zusammenarbeit mit den Kommunisten und deren skrupellose Methoden in der DDR kämpften, schrieb Brandt 1946 in »Verbrecher und andere Deutsche« über die KPD:

»Diese Partei nahm im Gegensatz zu früher eine positive Haltung zur Demokratie und zum Parlamentarismus ein ... Die Kommunisten traten, wie gesagt, mit einem demokratischen Programm hervor ... Auf dem wirtschaftlichen Gebiet waren die Vorschläge der Kommunisten nicht weitgehend. Sie waren im allgemeinen praktisch. Wo es um Arbeitsprogramme ging, fand sich in Wirklichkeit kein großer Unterschied zwischen den beiden Arbeiterparteien (KPD und SPD) ... Häufig ließen sich die Vertreter der

beiden Parteien in Gewerkschaften, Kommunen und Länderverwaltungen auf eine intime Zusammenarbeit ein. Die Kommunisten waren bereit, ihren Teil an der Verantwortung zu tragen. Ihre Vertreter waren nicht immer maßvoll, doch das waren die anderen auch nicht.«

Es ist verständlich, daß es Brandt bis heute ablehnt, diese Bücher ins Deutsche übersetzen zu lassen. Der deutsche Wähler – so scheint der SPD-Vorsitzende zu fürchten – würde zu deutlich die wahren Absichten Brandts durchschauen können.

Klar wird allerdings die Tatsache, daß ihn die Lübecker Sozialdemokraten nach 1945 zunächst nicht nur wegen seiner Bücher und Reden im »Exil« mit größter Zurückhaltung und Ablehnung begegneten. Sie alle erinnerten sich nur noch all zu deutlich daran, wie der junge Herbert Frahm vor 1933 die SPD verraten und bekämpft hatte.

Der schon mehrfach zitierte Heinrich Bruhn dazu: »Der damalige Lübekker SPD-Bürgermeister Otto Passarge wollte von Brandt nichts wissen und ihn so kurz wie möglich halten. Otto Passarge war der Meinung, daß Brandt durch seine Flucht 1933 Deutschland verraten habe. Er konnte ihm auch nicht die Kämpfe der SAP gegen die SPD vor 1933 vergessen.«

Besonders negativ ist die Hemmungslosigkeit, mit der Brandt immer wieder den sowjetischen Imperialismus verteidigt hat. Er hat Hitler verurteilt – und Stalin entschuldigt. Welch merkwürdiges Verhalten, welche doppelte Moral! Kein Wunder, daß Passarge von Brandt in »Verbrecher und andere Deutsche« heftig attackiert wurde.

Ein erstaunliches Dokument und zwar ausnahmsweise in deutsch, ist Brandts Ende 1945 in Stockholm erschienene Schrift »Der zweite Weltkrieg«. Darin befindet sich schon das komplette Vokabular vom »Völkerfrieden«, »friedlicher Koexistenz« und »demokratischem Sozialismus«, mit dem Brandt seine folgenschwere Ostpolitik 25 Jahre später verkauft hat. »Wir finden darin aber auch Kummer«, so das »Rot-Buch« der CSU, »eine eindeutige Rechtfertigung der sowjetischen Aggressionen gegen Polen, Finnland, das Baltikum und Bessarabien sowie der innerstaatlichen Eroberung der Ostblockländer für den Bolschewismus durch kommunistische Emissäre. Eroberungen, die von Brandt während seiner Kanzlerschaft durch die Ostverträge und den Deutschlandvertrag einschließlich des Grundlagenvertrages völkerrechtlich anerkannt wurden, sind also schon 25 Jahre vorher strategisch geplant und publizistisch vertreten worden, auch wenn er dann zwischenzeitlich als Regierender Bürgermeister von Berlin ein Jahrzehnt lang das Schauspiel eines harten Antikommunisten und Verteidigers der deutschen Einheit und der geraubten deutschen Ostgebiete bot«.

Während Brandt zum Beispiel noch am 22. Januar 1940 in einem Aufsatz »Dem Ende der ersten Kriegsphase entgegen« in plötzlicher Umkehr seiner bisherigen Glorifizierung der Sowjetunion nach Stalins Pakt mit Hitler und deren gemeinsamen Einmarsch in Polen schrieb:
»Durch diese Politik ist die Sowjetunion ein Bundesgenosse des Nazismus geworden« und habe sich »darüberhinaus selbst der Methoden des Nazismus bedient, indem sie zum Angriff auf ein friedliches demokratisches Nachbarland überging«, erläutert Brandt den Überfall auf Polen fünf Jahre später in dem Buch über den 2. Weltkrieg, also nach dem Sieg Stalins über Hitler, wie folgt, wobei aus dem »friedlichen demokratischen Nachbarland« Polen plötzlich das Gegenteil wird:
»Die Militärdiktatur, die während des größten Teils der Zwischenkriegsperiode in Polen herrschte, hatte der Sowjetunion gegenüber feindselige Politik betrieben und selbst in der Stunde der größten nationalen Gefahr eine gemeinsame Verteidigung gegenüber Deutschland abgelehnt. Nun sichert sich die Sowjetunion auf eigene Art.«
In dem Buch über den 2. Weltkrieg feierte Brandt unzweifelhaft die kommunistische Machtergreifung in den osteuropäischen Ländern. Regelrecht überschwenglich stellt er fest, daß in Bulgarien »eine kommunistische Volksfront die Macht übernahm, in der die Kommunistische Partei maßgeblichen Einfluß hatte«.
Brandt weiter: »In Osteuropa vollzieht sich der Neuaufbau in stärkerer Anlehnung an die in der Sowjetunion geschaffenen gesellschaftlichen Formen. Wesentlich für die Zukunft ist der entscheidende Bruch mit den halb- und ganzfaschistischen Regimen der Vorkriegszeit, die Einleitung eines Demokratisierungsprozesses, dessen Schwerpunkt auf sozialem Gebiet liegt.«
Die kommunistische Machtübernahme in Polen, der Tschechoslowakei, Bulgarien, Rumänien und Jugoslawien registriert Brandt mit der Feststellung, daß sich die dortigen Regierungen »auf die mächtig entwickelten Bewegungen der Arbeiter und Kleinbauern stützen«.
Seine Strategie zur Errichtung kommunistisch gelenkter Volksdemokratien hat Brandt in einem 1944 in Stockholm erschienenen Buch »Elfter Segern« proklamiert: »Der demokratische Aufstand nach dem Nazismus wird nicht unblutig sein. Aber ohne Blutvergießen läßt es sich auch nicht in Ländern, die die Okkupationszeit durchgemacht haben, machen. Die Forderungen des Volkes müssen garantiert sein. In Frankreich ist es auch ganz klar, daß die Abrechnungen mit den Verrätern aus den früher privilegierten Klassen folgen würden. In Ungarn muß man die Macht der Gutsbesitzer brechen, wenn man eine Volksdemokratie gründen will.«

Wieviel Schamlosigkeit steckt in diesem letzten Satz, wieviel grenzenloser Haß. Und wie oft und wie leicht ist Brandt so etwas oder so etwas ähnliches über die Lippen gekommen. Und dann, einem politischen Damaskus-Wunder gleich, dreht sich Brandt auf einmal um seine eigene Achse. Alles, was er jahrelang, ja jahrzehntelang gut und erstrebenswert fand, verdammt er plötzlich. Er legt die norwegische Uniform ab. Er gibt den norwegischen Paß zurück, läßt sich einen deutschen Paß ausstellen (als könnte man seine Gesinnung mit einem Stück Papier ablegen!) und wird zu dem, was die SPD heute einen »kalten Krieger« und »Revanchisten« nennen würde. Aber diese »Wandlung« hält nur so lange an, bis Brandt am Ziel seiner Wünsche angelangt ist: Kanzler der Bundesrepublik Deutschland. Und von diesem Zeitpunkt an, vom 21. Oktober 1969, kehrt er zu seiner alten politischen Grundhaltung zurück. Er zeigt wieder sein wahres Gesicht, versteckt oder weniger versteckt. Er steht wieder für das ein, für das er immer eingestanden war - für den Sozialismus marxistischer Prägung.

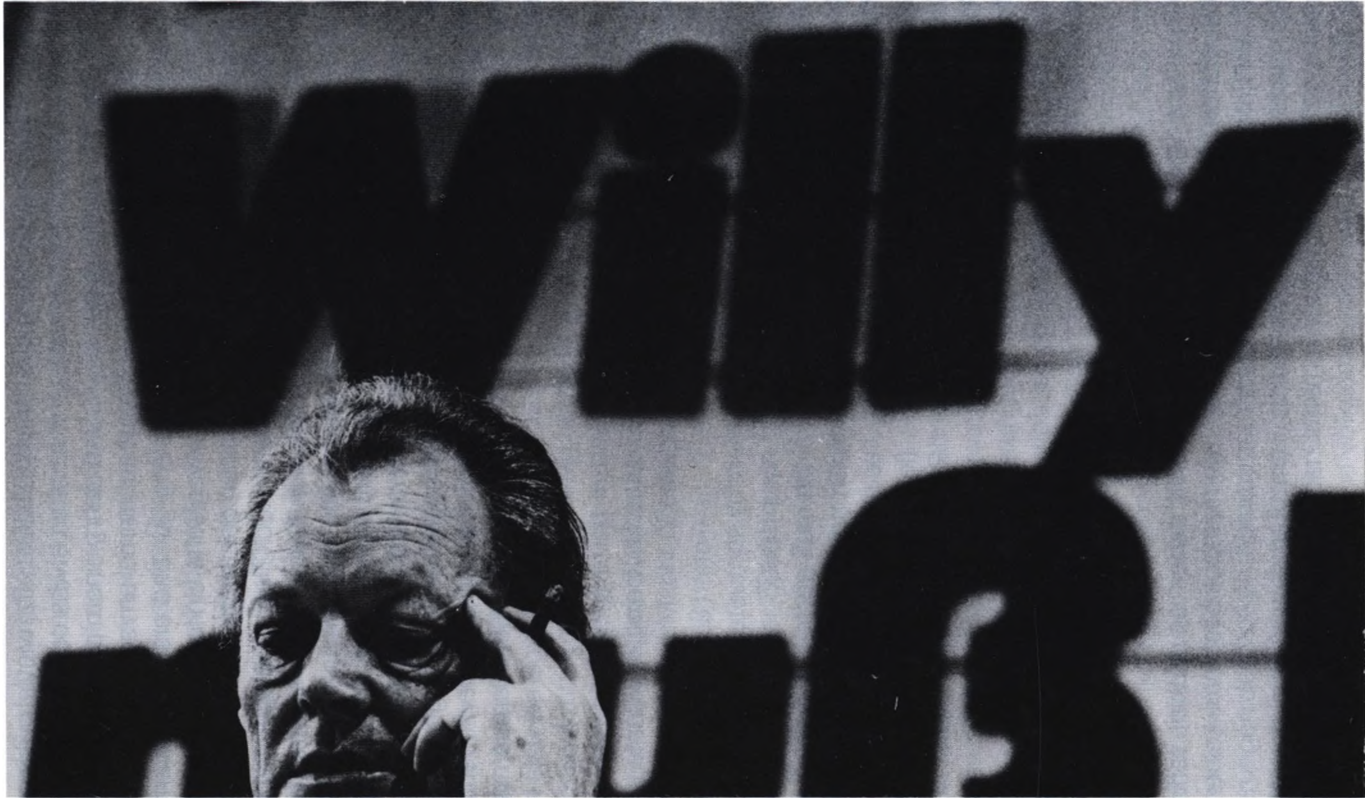
Um diesen fast unglaublichen Sinneswandel zu belegen, könnte man ein weiteres Buch füllen. Hier einige Beispiele:

Vor 1969:
»Die Bundesrepublik kann und darf ein Teildiktat nicht anerkennen, ohne die Verfassung zu brechen. Wir sind uns darüber mit unseren Verbündeten einig, die ebenfalls die Wiedervereinigung zum Ziele ihrer Politik gemacht haben.«
(vor dem Bundestag am 18. August 1961)

Nach 1969:
»Ich muß gestehen, daß ich aufgehört habe, über Wiedervereinigung zu sprechen.«
(Interview in »US News and World Report, Dezember 1969)

»Von uns die Zustimmung zur deutschen Teilung zu verlangen, ist die Erwartung, daß wir uns ehrlos machen. Wer dazu seine Hand reicht, gehört nicht zu uns.«
(in Berlin am 17. Juni 1961)

»Wir haben die Einheit verloren – und es gibt bestimmt keinen Weg zurück.«
(im Fernsehen vor der Abreise nach Erfurt am 18. März 1970)



Opportunist und eiskalter Zyniker. Immer wußte er sich auf die jeweilige Lage einzustellen. Wie bedenkenlos Brandt seine Anschauungen wandeln kann, geht aus diesen Zitaten deutlich hervor.

»Und eine Provokation ist es, uns für dumm verkaufen zu wollen. Seine Teilung als Volk besiegeln, die Wiedervereinigung aufgeben und West-Berlin zur vogelfreien Stadt machen zu lassen, dazu kann sich und dazu wird sich niemand hergeben, der ein freiheitsliebender Deutscher sein will. Wir werden uns nicht selbst ins Gesicht schlagen und die Menschen abschreiben, die das Pech hatten, am Ende des Krieges in Chemnitz, Dresden, Magdeburg oder Leipzig zu wohnen. Dazu wird mich und dazu wird uns keine Macht bewegen können.«
(in Berlin am 17. Juni 1961)

»Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, in diesem Vertrag geht nichts verloren, was nicht längst verspielt worden war. Wir haben den Mut, ein neues Blatt in der Geschichte aufzuschlagen.«
(in Brandts Fernsehansprache aus Moskau vom 12. August 1970)

»Breslau, Oppeln, Gleiwitz, Hirschberg, Glogau, Grünberg: Das sind nicht nur Namen, das sind lebendige Erinnerungen, die in den Seelen von Generationen verwurzelt sind und unaufhörlich an unser Gewissen klopfen. Verzicht ist Verrat, wer sollte das bestreiten. Das Recht auf Heimat kann man nicht für ein Linsengericht verhökern – niemals darf hinter dem Rücken der aus ihrer Heimat vertriebenen oder geflüchteten Landsleute Schindluder getrieben werden... Der Wiedervereinigung gilt unsere ganze Leidenschaft.«
(zum Schlesiertreffen Juni 1963)

»Aus der Logik unserer Politik folgerte, daß die Unantastbarkeit der Grenzen auch für das Verhältnis zum Osten und auch für die beiden Staaten in Deutschland gelten mußte, die ihre Zuordnung zu den beiden Bündnissystemen gefunden haben.«
(bei der Verleihung des Friedensnobelpreises am 10. Dezember 1971 in Oslo)



»Verzicht ist Verrat, wer sollte das bestreiten: Das Recht auf Heimat kann man nicht für ein Linsengericht verhökern« – Originalton Brandt 1963. Wie sehr hat sich seine Meinung gewandelt.

»Niemand wird uns dazu bringen können, die Mauer anzuerkennen oder gar zu garantieren. Die Mauer ist keine Grenze, sondern eine Schande; wer sich mit ihr abfindet, lädt Schande auf sich...«
(am 1. Mai 1962)

(»Im Moskauer Vertrag unterschrieb Willy Brandt die Mauergrenze als »unverletzliche Staatsgrenze« und anerkannte, daß »die Oder-Neiße-Linie die Westgrenze der Volksrepublik Polen bildet.«)

»Die Sowjetunion hat ihrem Kettenhund Ulbricht ein Stück Leine gelassen. Sie hat ihm gestattet, internationales Recht zu brechen. Die Panzer, die in Stellung gebracht wurden, um die Massenflucht aus der Zone zu stoppen, haben unter ihren Ketten den gültigen Viermächtestatus Gesamtberlins zermahlen. Ein Regime des Unrechts hat ein neues Unrecht begangen, das größer ist, als alles zuvor. Ich halte es in dieser Situation für notwendig, daß vor dem Weltforum der Vereinten Nationen gegen die Urheber der Unmenschlichkeit, die sich auf dem Boden Berlins und auf dem Boden des Unrechtsstaates vollzieht... Was sich am 13. August ereignet hat, ist ein Anschlag auf die Moral des deutschen Volkes.«
(am 16. August 1961)

Auf dem Dortmunder Parteitag im Oktober 1972 zur Bundestagswahl erklärte Willy Brandt unter dem stürmischen Beifall der SPD-Delegierten mehrfach lobend, daß die Regierung der DDR ihren Beitrag zum Normalisierungsprozeß geleistet habe. Wörtlich Brandt:
»In dieser Bundesrepublik wurde selten ein gutes Wort über die DDR verloren. Guter Wille drüben werde guten Willen hier begegnen.«
(Am Tag zuvor war bekanntgeworden, daß die DDR nunmehr automatische Tötungsanlagen entlang der Mauer eingerichtet hatte, um möglichst lückenlos alle Flüchtlinge ermorden zu können.)



Kehrt Brandt zur Politik seiner Jugendjahre zurück? Dann wäre ein rot-grünes Bündnis die Folge. Die Grünen betrachten ihn als »akzeptable Integrationsfigur«.

»Ich klage das Regime in Ostberlin an: Der Schießbefehl ist ein Bruch der Haager Landkriegsordnung. Sie verbietet die Tötung von Wehrlosen und Verwundeten, sogar im Kriege, sogar zwischen verschiedenen Völkern. Wer diese Regeln bricht, gehört vor ein internationales Gericht.«
(am 17. Juli 1962)

»Es gibt weder Entspannung noch gesicherten Frieden in Europa, wenn wir nicht ausgehen von der Lage wie sie ist. Wie sie nun schon seit 25 Jahren ist...
(in einer Fernsehansprache am 20. November 1970)

»Aus Feigheit und Bequemlichkeit Unrecht schweigend hinzunehmen, das ist eine Haltung, die es während der Nazizeit gegeben hat.«
(in einer Presseerklärung zu einem neuen Mauermord am 24. August 1962)
»Aber richtig bleibt: Man kann nicht mit den Kommunisten paktieren.«
(am 18. März 1964)

»Unsere Kinder werden uns nicht daran messen, wieviel juristischen Scharfsinn wir auf die Verteidigung der von Hitler zerstörten Grenzen, sondern wieviel Energie wir an die Organisation des Friedens für die siebziger und achtziger Jahre verwendet haben.«
(vor der Akademie Tutzing am 13. Juli 1971)

Widerspruch über Widerspruch – nicht nur in diesen wörtlich widergegebenen Zitaten von Willy Brandt. Sein ganzer Lebensweg ist von Unklarheiten und Widersprüchen gekennzeichnet. Und das eigentlich gefährliche an diesem Mann: Vieles deutet darauf hin, daß er in zunehmendem Alter zu den geistigen Wurzeln seiner politischen Jugendjahre zurückgekehrt ist und »sein Werk vollenden« möchte. Brandt selber hat aus seinem Leben eine Legende gemacht und mehrfach den Versuch unternommen, sich zu glorifizieren. Aber Brandt ist alles andere als ein politischer »Heiliger«.
Ich kann nur hoffen, daß dieses Buch dazu beiträgt, der Öffentlichkeit endlich die Augen über diesen Mann zu öffnen – insbesondere seinen jugendlichen Anhängern, die nicht wissen können, daß sie einem falschen »Messias« nachlaufen. Dieses Buch soll das Ende einer Legende einläuten. Das Ende der Legende Frahm/Brandt.
Ich schließe es mit dem Kapitel, in dem ich meinen Besuch bei seinem Halbbruder schildere:



Willy Brandt und sein Halbbruder Günter Kuhlmann. Günter Kuhlmann ist das einzige Kind aus der Ehe Martha Frahms mit dem sozialdemokratischen Maurer Emil Kuhlmann.

Zu Besuch bei Willy Brandts Bruder

Ein rotgeklinkertes Zwei-Etagen-Reihenhaus in der Lübecker Mozartstraße 13. Hier wohnt der am 14. Februar 1928 geborene Günter Ludwig Franz Kuhlmann, ein Halbbruder von Willy Brandt. Das einzige Kind aus der Ehe Martha Frahm und Emil Kuhlmann. Ich bin angemeldet, klingel an der Haustür.

Eine bescheidene, aber gemütliche Zweieinhalb-Zimmer-Wohnung der Neuen Heimat. Sechzig Quadratmeter groß, 465 Mark Miete »aber mit Heizung«, sagt Christa Kuhlmann (51), die Schwägerin von Willy Brandt. Der »große Bruder« Herbert hat sich lange nicht bei der Lübecker Verwandtschaft sehen lassen. »Er ist ja auch zu sehr beschäftigt«, sagt Günter Kuhlmann, »Er kann den kleinen Bruder nicht gut leiden«, wußten mir andere Sozialdemokraten zu berichten – »Zwischen den beiden liegen geistige Welten«.

Politisch dagegen werden der »kleine« und der »große« Bruder nicht so sehr »durch Welten« getrennt. Denn auch Günter Kuhlmann ist Mitglied der SPD. »Seit dem 4. Februar 1946«, sagt er stolz und präsentiert mir sein Parteibuch. In Lübeck ist er Ortsvorsitzender des sozialdemokratisch orientierten Vereins »Die Naturfreunde«. Der Verein unterhält in Travemünde-Priwall mit seinen 500 Mitgliedern ein 60-Betten-Haus und einen Camping-Platz für 100 Wohnwagen.

Von »Willy« wird nicht gesprochen, nur von »Herbert«. Günter Kuhlmann will sich noch daran erinnern, wie er als kleiner Stepke mit den Eltern und dem »großen Bruder« vor 1933 mit in die Lübecker Holstentorhalle genommen worden war, wo »Herbert« gegen Julius Leber antrat. Ich habe ein wenig meine Zweifel, ob die Erinnerung ihn nicht trügt. Es wird sich doch wohl nicht um die Veranstaltung gehandelt haben, bei der Herbert Frahm von Reichsbanner-Leuten aus dem Saal geprügelt worden war? Diese Veranstaltung hatte nämlich im Gewerkschaftshaus und nicht in der Holstentorhalle stattgefunden. Seltsam – wie so vieles in der Geschichte dieser Familie. Gut erinnern kann Günter Kuhlmann sich an seinen Vater, der am 17. September 1927 Martha Frahm geheiratet hatte. Emil Kuhlmann, der sozialdemokratische Maurer, war ein hochanständiger Mann, wie mir sein Sohn berichtet. Auch andere Sozialdemokraten haben mir das immer wieder bestätigt. Günter Kuhlmann: »Ich war schon 14 oder 15 Jahre alt, da trug mich Vater immer noch auf den Schultern. Auf diese Weise kam er am Hitler-Gruß vorbei.«

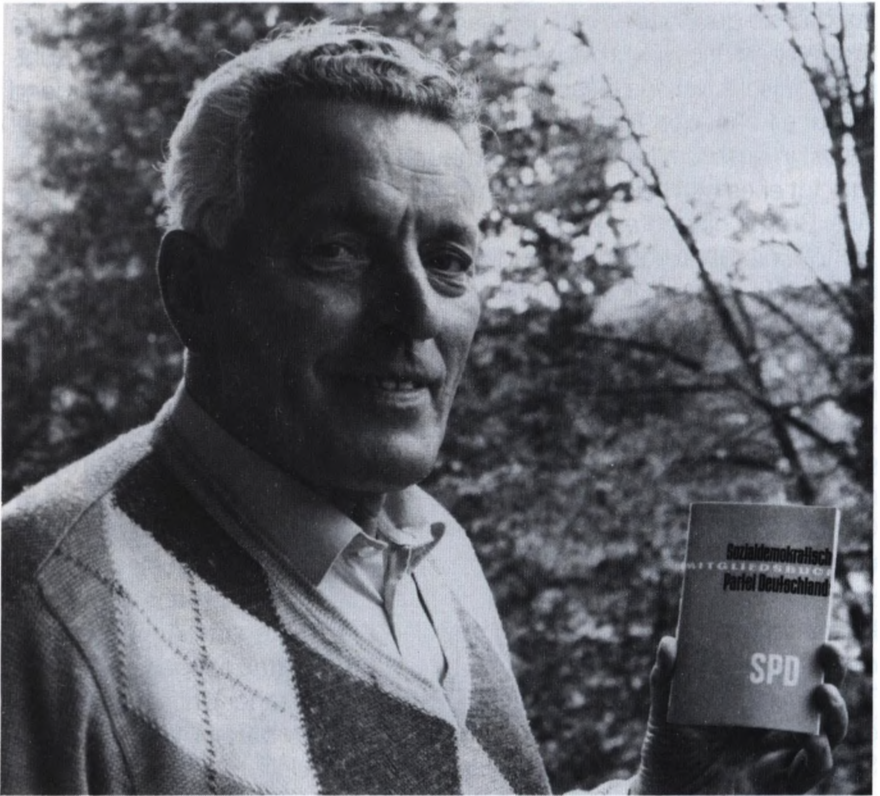
Während des Krieges wurde zu Hause viel über den »großen Bruder« geredet. Nur das Thema seines Vaters blieb tabu. Christa Kuhlmann deutet



Günter Kuhlmann, Willy Brandts Halbbruder, zeigt stolz auf ein Foto. Mit seinem Halbbruder ist er darauf abgebildet. Engen Kontakt haben die Brüder aber nicht.

an, daß sie den Vater kennt und sagt in versteckter Form, daß sie mir den Namen bestätigen würde, wenn ich ihr den richtigen nenne. Günter Kuhlmann mischt sich ins Gespräch ein: »Ach, das ist doch Unsinn. Niemand von uns kennt den Namen. Mutter hat das Geheimnis für sich behalten. Selbst in unserem Familien-Stammbuch steht darüber nichts.« Bereitwillig zeigt er es mir. Auch ich kann nichts entdecken, was auf den Vater von Willy Brandt hindeuten könnte.
Als ich mit Günter Kuhlmann dieses Gespräch führte, kannte auch ich noch nicht den wirklichen Vater von Willy Brandt und glaubte selber an das Märchen von der Julius-Leber-Vaterschaft.
Abgerissen waren die Kontakte zwischen der Familie und Herbert Frahm nie – auch nicht in der Zeit des Exils. Günter Kuhlmann: »Mutter hatte ihn einmal mit einem KdF-Schiff (»Kraft durch Freude«) der Nazis in Kopenhagen und Vater mit demselben Schiff in Oslo besucht. Ich selbst kann mich daran erinnern, wie er sich einmal aus Prag bei uns meldete.«
Günter Kuhlmann weiß noch, wie er nach dem Kriege das erste Mal seinem »großen Bruder« gegenüberstand: »Das war im August 1946. Wir wohnten im Ringstedtenweg 21. Ein Jahr zuvor war ich aus englischer Kriegsgefangenschaft entlassen worden und hatte eine Anstellung bei den Dräger-Werken gefunden. An einem Nachmittag klingelte es an der Tür. Mütter öffnete – ein fremder Mann in norwegischer Uniform im Hauseingang. Mutter sah ihn stumm an. Ich glaube, es war ein minutenlanges Schweigen. Dann fing sie an zu weinen, fiel dem Uniformierten in die Arme und sagte nur immer wieder: ›Herbert, Herbert, mein Herbert.‹
Für mich war mein Bruder ein völlig Fremder. Selbst dann noch, als Mutter zu mir sagte: ›Das ist Herbert, Dein Bruder.‹.«

Günter Kuhlmann erinnert sich weiter: »Dann erzählte Herbert stundenlang über all das, was er im Ausland erlebt hatte. Leider kann ich mich nicht mehr an Einzelheiten erinnern. Ich weiß nur noch, daß er bei uns übernachtete und am nächsten Tag mit einem irgendwo aufgetriebenen Auto zum SPD-Büro nach Hannover fahren wollte. Wir alle waren natürlich überfroh, daß er uns aus Norwegen so viele Lebensmittel mitgebracht hatte.
Anschließend wollte er zum Kriegsverbrecher-Prozeß nach Nürnberg fahren. Er sollte darüber in skandinavischen Zeitungen berichten. Aus dem Gerichtssaal hat er uns eine Postkarte geschrieben.«
Günter Kuhlmann zeigt mir eine geschmacklose Karte, auf der das ganze Gericht mit den Angeklagten abgebildet ist – »verziert« durch einige Zeilen in englischer Sprache »Herzliche Grüße aus Nürnberg«.



Mitglied der SPD seit 1946 – stolz präsentiert Günter Kuhlmann sein Parteibuch.

Günter Kuhlmann erinnert sich auch noch daran, daß zu Hause viel über den Mordfall Willi Meinen diskutiert wurde – vor allem über Karl Kaehding, der sich nach seiner Verurteilung in der Zelle mit einem Taschentuch aufgehängt hatte. Günter Kuhlmann: »Mutter war fest davon überzeugt, daß Karl Kaehding nur deswegen gestanden hatte, weil er den wirklichen Täter schonen wollte, einen sozialdemokratischen Familienvater, der zu Hause vier oder fünf Kinder hatte.«
Günter Kuhlmann hatte auch davon gehört, daß sein Bruder wegen dieses Mordes mehrfach ins Gerede gekommen war. »Das ist doch alles Unsinn«, sagt er mir, »daß sind Verrückte, die ihm etwas ans Zeug flicken wollen. Solche gemeinen Sachen hat es schon häufiger gegeben. Zum Beispiel am Grab meiner Eltern. Da haben Rechtsradikale Blumen aus dem Grab gerissen und es absichtlich verdreckt – wenig später hieß es dann ›der Brandt kümmert sich noch nicht einmal um das Grab seiner

Mutter.‹ In etwa zwei Jahren wird das Grab sowieso aufgehoben. Ich bin ziemlich froh darüber.«

Das Gespräch mit Günter Kuhlmann dauert gut eine Stunde. Die Ehefrau ist inzwischen gegangen. Bereitwillig gibt Günter Kuhlmann mir etliche unbekannte Fotos von seinem Bruder, die zum größten Teil in diesem Buch abgedruckt wurden.

Wir verabschieden uns freundlich voneinander und vereinbaren, daß wir uns demnächst wieder »zusammentelefonieren« wollen.

Ich vermute, daß ich nach der geplanten Verbreitung dieses Buches in Sachen Brandt noch sehr viel telefonieren werden muß - und prozessieren. Aber was ist die Alternative? Schweigen? Ich nicht!

Ich kann nur hoffen, daß mir bei diesem Kampf die Freunde und Förderer der Deutschen Konservativen die Treue halten. Sonst werde ich die »Schlacht« mit Brandt verlieren.